D 1600 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main
Nr. 213, Dezember 1987
DM 5,—, 19. Jahrgang

Foto: Volker Diehl

aktuell:
Startbahn-West
Hafenstraße
Börsen-Crash

Diskussionen:
NATO
Sowjetunion
„Deutscher Herbst“

Tod an der Startbahn West

Bei Protestdemonstrationen zum sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung an der Startbahn West ist erstmals in der Bundesrepublik ein blutiger Anschlag auf Menschenleben verübt worden. Dabei wurden zwei Polizisten erschossen und mindestens zwei weitere durch Schüsse schwer verletzt. Dieses Blutbad hat ein Tabu gebrochen, das den Angriff auf Menschen ausschließt und dem sich noch die militantesten Teile der Protestbewegungen verpflichtet fühlen.

Blutige Demonstrationen hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben und beileibe nicht nur an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen. ,,Opfer'' waren zumeist Demonstranten, die bei brutalen Polizeieinsätzen oft schwer verletzt wurden. Solche Erfahrungen haben die Gewaltbereitschaft bei Teilen der Protestbewegungen ständig erhöht und die Konfrontationen zwischen ihnen und der Polizei zunehmend verschärft. Der Einsatz von Blendschockgranaten dort, von Zwillen und Leuchtkörpern hier, gehört längst zum gewohnten Bild von Auseinandersetzungen, die sich von jedem konkreten Anlaß gelöst und haben und jeden Bauplatz, jeden Demonstrationsort in ein x-beliebiges Schlachtfeld verwandeln können. Diese ,,frei flottierende Gewalttätigkeit'' ist nicht mehr Ausdruck des gesellschaftlichen Verhältnisses eines Konfliktes, sondern dessen Projektion: auf die Polizei.

Die von einigen militanten ,,Autonomen'' praktizierte Bürgerkriegsstrategie setzt einen Imperativ linker Politik außer Kraft, wonach in den Mitteln, die man anwendet, die emanzipatorischen Ziele, die man verfolgt, eindeutig zum Ausdruck kommen müssen. Daß die Mittel selbst zum Zweck der Aktionen werden, ist die politische Sackgasse, in die die falsche Alternative Parlamentarismus oder Bürgerkrieg die Gewaltdiskussion in den letzten Jahren manövrierte. Linke Politik hätte noch immer die Aufgabe, politische Handlungsspielräume jenseits von Parlament und bewaffnetem Kampf zu erschließen. Diese Aufgabe ist durch die Todesschüsse an der Startbahn West nicht hinfällig, sondern aktualisiert worden.

Die jetzt eilends schon wieder geforderten öffentlichen Bekenntnisse zu prinzipieller Gewaltfreiheit sind daher ebenso überflüssig wie vernebelnd. Daß die Ereignisse an der Startbahn West weder das Resultat einer zwangsläufigen Gewaltspirale außerparlamentarischer Politik darstellen noch einen originären Zusammenhang zu den Zielen und Methoden der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung besitzen, haben die ,,bürgerlichen Fraktionen'' der Protestbewegung in den vergangenen Jahren eindrucksvoll demonstriert. ,,Ihre Sache'' wurde von den Schüssen mitgetroffen — zu einer Zeit, da umfangreiche weitere Ausbaupläne des Frankfurter Flughafens bekannt wurden und erster Protest sich zu formieren begann.

Bestürzung und Entsetzen über die Morde und Mordanschläge an der Startbahn West dürfen jetzt nicht zu hysterischen Reaktionen führen. Weder helfen jetzt Selbstbezichtigungen der BI (,,Wir übernehmen die politische Verantwortung'') noch die Forderungen nach neuen und schärferen Gesetzen (,,Vermummungsverbot'') oder weiterer Aufrüstung der Polizei, wie sie die CDU bereits mit Nachdruck erhoben hat. Noch sind keine näheren Umstände geklärt. Fast wohltuend klingen in dieser Situation die besonnenen Töne, die es in dieser Republik trotz allem noch gibt.

links
Sozialistische Zeitung

Herausgeber- und Redaktionsadresse:
Sozialistisches Büro,
Postfach 102 062,
6050 Offenbach 1
Telefon 069/88 50 06

Redaktion: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Helmut Burgwinkel, Micha Brumlik, Diethard Behrens, Dan Diner, Peter-Erwin Jansen, Detlev Claussen, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter Kern, Eva-Maria Krampe, Ludi Lodovico, Dieter Maier, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Andreas Werle, Horst-Dieter Zahn.

Redaktionssekretär: Gerhard Krum (V.i.S.d.P.)

Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH

Geschäftsführerin: Beate Keßler

Satz: Marion Michell, Verlag 2000 GmbH

Gestaltung: Birgit Guhr, Gerhard Krum

Druck: Scholl & Klug GmbH, Mörfelden-Walldorf

ISSN: 0024-404-X

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen:
Einzelexemplar DM 5,—
Jahresabonnement DM 54,— incl.
Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 1741 269500, BLZ 505 101 11
Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.
Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

links-aktuell

Wolfgang Kraushaar:	Selbst-Schüsse	5
Linke Liste:	Zu den tödlichen Schüssen an der Startbahn	9
Ludi Ludovico:	Dohnanyis Wort	11
Joachim Hirsch:	Dollar-Absturz	12
Kurt Hübner:	Die Lust am Spekulieren	13
Rainer Staudhammer:	Der Börsenkrach im Spiegel der Presse	15
Samuel Schneelicht:	Das Bayerndorf in Chile	21

links diskussion: NATO

Angelika Beer/ Reinhard Kaiser:	Die Lanzen der NATO zerbrechen!	18
Ekkehart Krippendorff:	Wider die realpolitische Vernunft	20

links diskussion: Sowjetunion

Winnie Geipert:	Politische Partie	27
Anatolij P. Butenko:	Die Revolution, die die Sache des Oktober weiterführt	28
Klaus Segbers:	Oktoberrevolution: Abschied oder zweiter Atem	32
György Dalos:	Ungarn in der Ära Gorbatschow	36

links-international

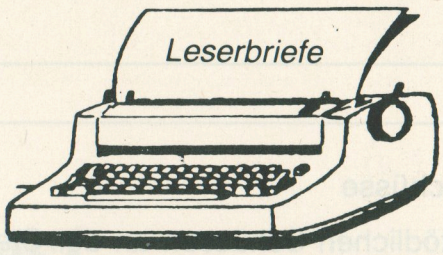
Leopold Spira:	Die Geschichte ist hartnäckig	38
Helmut Seifried:	Die Gewerkschaftsbewegung in El Salvador	40

links diskussion:„ Deutscher Herbst“

Otto Kallscheuer/ Michael Sontheimer:	Der klammheimliche Ausnahmezustand	42
Hartwig Hansen:	Das info	44

Glosse

Ulrich Bröckling:	Revolution und Reklame	46



Wachsende Begeisterung

Die neue links habe ich mit Interesse und wachsender Begeisterung durchgeblättert. Ich habe Eure Zeitschrift vor einigen Jahren schon mal regelmäßig gelesen — muß sagen, heute gefällt sie mir wesentlich besser.

An einer Mitarbeit bei Euch wäre ich wirklich interessiert. Allerdings denke ich nicht an eine passive „Fördermitgliedschaft", sondern würde mich schon gern aktiv einbringen wollen. (. . .)

Jörg M. Sommer

Musik und Information

Betr.: links, Nr. 210

Vielen Dank für den informativen Artikel in „links" von Carl Wilhelm Macke (Akustischer Kolonialismus). Meine Meinung deckt sich mit der Meinung von Wilhelm Macke. Ich höre ja selbst jeden Tag eines der Münchner Privat-Radios wegen der Musik (ganz so „nebenbei" lese ich links, Kontret, Kommune, Deutsche Volkszeitung, FR etc.). Ganz ohne Musik gehts halt nicht. Aber ich informiere mich unabhängig von den Privatradios. Politik kommt in den Sendern so gut wie nicht vor. Ich versuche auch jedem davon abzuraten, nur diese Sender zu hören, sondern auch eine gescheite Tageszeitung zu lesen (z.B. die taz). Aber die Leute interessieren sich nicht für Politik, weil sie ja „alles" haben (ekelhaft). Freiheit, Urlaub, Musik, Wohlstand. Da kann man die Menschen nicht mehr beeinflussen.

Ich will auf alle Fälle „links" regelmäßig lesen. Zwischendurch auch andere Informationsquellen, so die taz, da man sich ja nicht zu einseitig informieren soll. In diesem Sinne, alles Gute, auf weitere *links* und *Widersprüche*.

Manfred Faltheiner

Betr. links, Nr. 211, Oktober 1977

Einzelfaktoren statt Analyse

Von der von der Redaktion vorgenommenen Kürzung des ersten Teils meines Beitrags wurde ich überrascht. Die Kürzung betrifft ziemlich konsequent den Begründungszusammenhang für das militärische Vorpreschen der USA in der Golfregion. Geblieben sind Einzelfakten, die als ziemlich aneinandergereiht erscheinen müssen. Bei dem aufmerksamen Leser ist so der Eindruck unvermeidlich, daß der Autor sein im Vorspann gemachtes Versprechen, eine Analyse der strategischen Ziele liefern zu wollen, in keiner Weise einlöst. Mir persönlich widerstrebt auch tatsächlich, einen im wesentlichen aus einer Faktensammlung bestehenden Beitrag zu schreiben, so daß ich mich leider mit diesem Teil des Beitrages (die ersten drei Spalten) nicht identifizieren kann.

In der Regel lassen sich, bei unerläßlichen Kürzungen, solche doch gravierenden Probleme durch Rückkopplung mit dem Autor vermeiden, was in diesem Falle, aus welchen Gründen auch immer, leider nicht geschah.

Ein böser Druckfehler „Privatisierung" statt „Politisierung des Islam" (in der letzten Spalte, 22. Zeile von unten) entstellt so ziemlich den Sinn der Aussage. Weniger gravierend im Vergleich dazu ist die falsche Schreibweise meines Namens auf dem Deckblatt und im Inhaltsverzeichnis (beim Vornamen ein „e" zuviel und beim Nachnamen ein „r" zu wenig).

Mohssen Massarrat

Die von Ludi Lodovico unterschriebene Stellungnahme der links-Redaktion zu meiner Kritik wegen der ohne Absprache mit mir vorgenommenen Streichungen in meinem in der November-Nr. der ‚links' veröffentlichten Beitrag „Neue Eskalationsstufe im Golfkrieg", wobei neben sinnentstellenden Druckfehlern der Beitrag derart verstümmelt wurde, daß ich mich mit einem Teil davon kaum noch identifizieren kann, fordert mich eher heraus, meine Kritik diesmal öffentlich und vehementer als bisher vorzutragen. Meine Kritik richtet sich wohlgemerkt nicht gegen das Kürzungsrecht der Redaktion an sich, sondern gegen ein offenbar verinnerlichtes instrumentelles Verhältnis der Redaktion zu den Autoren, das überhaupt erst ermöglicht, bei der aus Platzgründen notwendig gewordenen Kürzungsprozedur den Autor zu vergessen.

Die links ist keine übliche Medienware, die Autorenbeiträge werden nicht nach Marktgesetzen erworben und für die Autoren hört die Beziehung zur Redaktion mit der Ablieferung des Manuskripts nicht auf fortzubestehen. Das jenseits der Gesetze der Warenproduktion bestehende Verhältnis zwischen dem Autor und der Redaktion beruht hier ausschließlich auf der Wahrung der Identität auf beiden Seiten, wobei die Redaktion angesichts ihrer ungleich stärkeren Macht gehalten ist, mit Hinblick auf die Nichtverletzung der Autorenidentität besondere Maßstäbe anzulegen.

Nicht minder problematisch ist die in der Stellungnahme angeführte Begründung für die einseitig vorgenommene Kürzung. Die Streichung ganzer Begründungszusammenhänge von Fakten war demnach zulässig, „da wir unterstellen können, daß der Leser durchaus in der Lage ist, aufgrund der von Dir zusammengestellten Fakten und Hinweise den Schluß zu ziehen, worum es den USA strategisch ging und geht" (zit. nach links-Redaktion). Sollte diese überstrapazierte Argumentation „des Vertrauens auf den Leser" keine Verlegenheitsargumentation sein, sondern eine wohlüberlegte Auffassung, eine Art neue Redaktionslinie darstellen, so müßten sich die links-Leser darauf gefaßt machen, daß sie demnächst eine links vorgesetzt bekommen, deren Beiträge auf ihren rein empirischen Gehalt und auf einen winzigen Bruchteil ihres ursprünglichen Umfanges reduziert sind.

Mohssen Massarat

„Selbsternannte Stadtguerilleros"?

Betr.: links, Nr. 212

Im Editorial der November-Ausgabe lese ich etwas über „selbsternannte antiimperialistische Stadtguerillos", die „unter immer noch ungeklärten Umständen in Stammheim ums Leben kamen".

Um für die Vergangenheit und die Zukunft Klarheit zu schaffen: teilt doch bitte in Eurer nächsten Ausgabe mit, an wen sich die RAF damals und heute hätte wenden müssen bzw. zu wenden hätte, um zu Stadtguerillos ernannt zu werden.

Um die Suche nach der richtigen Stelle zu erleichtern, wäre es vielleicht sinnvoll, diesen Text in der Dezember-links den LeserInnen zur Kenntnis zu bringen.

Richard Kelber

Wolfgang Kraushaar

Selbst-Schüsse

Zu den tödlichen Schüssen an der Startbahn West

Als die Nachricht bekannt wurde, reagierten die meisten ebenso erschrocken wie ungläubig. Zwei tote Polizisten an der Startbahn — warum, wofür, wogegen, wie, wodurch, was war da eigentlich geschehen? Bestürzung, Irritation, hilflose Erklärungsversuche, auf jede Antwort drei neue Fragen und das diffuse Gefühl, die Repressionswelle könnte einen doch noch einmal einholen, also auch Angst.

Diese Tat, die so unwirklich anmutet, erscheint irrational, ja zutiefst absurd zu sein. Sie paßt kaum jemandem, auch den meisten Politikern nicht, ins Konzept. Sie steht quer zur augenblicklichen Konfliktlogik zwischen Staat und Bewegungen, zumal der Bemühungen um eine Amnestiekampagne zehn Jahre nach den traumatischen Ereignissen von Köln, Mogadischu und Stammheim.

Diese Tat im Strudel der Alltagsereignisse einfach hinzunehmen, könnte jedoch fast noch gefährlicher sein als ihre Ausführung. Niemand, am wenigsten die Linke, tut sich einen Gefallen damit, sie als Unglücksfall zu deklarieren, sie voreilig als unpolitisch abzutun und seine(n) Täter, sofern aus den eigenen Reihen kommend, zu exkommunizieren.

Klaus Eichhöfer und Torsten Schwalm sind, was vielfach übersehen wird, keineswegs die ersten Toten, die der Konflikt um die Startbahn West gekostet hat. Die Ermordung Heinz Herbert Karrys im Mai 1981, wofür die Revolutionären Zellen erst Monate später die Verantwortung übernahmen, und der Tod Günther Sares im September 1985 durch einen Wasserwerfer sind letztlich nur aus demselben Kontext heraus zu verstehen. Obwohl durch unterschiedliche Anlässe ausgelöst, in verschiedener Form ereignet und an anderen Stellen in Frankfurt geschehen, so liegt auch diesen Todes- bzw. Mordfällen im Kern das Konfliktpotential um die umweltzerstörende Flughafenerweiterung zugrunde.

Dennoch aber ist die Tat an der Startbahn, also am Ursprung des Geschehens, die zum dritten und vierten Toten geführt hat, so spezifisch, daß sie als unvergleichlich bezeichnet werden muß. Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte ist aus einer Protestbewegung heraus mit einer Schußwaffe gegen die Polizei vorgegangen worden, erstmals hat es während eines Demonstrationsgeschehens Tote auf der Seite der Staatsschützer gegeben, erstmals ist die Handlungslogik von Protest und Widerstand — wenn auch nur für einen Moment — in die des Bürgerkriegs umgeschlagen. Gleichgültig wie auch immer die innenpolitischen Folgen aussehen mögen, diese Tat markiert eine objektive Zäsur in der politischen Geschichte dieses Landes.

Entscheidend ist dabei: die Linke, die sich bislang als Opfer im „Land der Täter" gefühlt und zuweilen im Sinne negativer Identitätsbewahrung geradezu auf diese Rolle fixiert hat, sieht sich plötzlich — ungläubig die Augen reibend — in der Rolle des Täters wieder. Diese Inversion, so bitter sie auch sein mag, könnte durchaus heilsame Züge haben. Wenn, ja wenn die zwangsneurotischen, ins Wahnhafte reichenden Elemente im manichäischen Selbstverständnis abgebaut werden könnten. Das würde allerdings voraussetzen, daß die Tat als keineswegs unbestimmtes Geschehen angenommen wird, was mit einer Billigung allerdings nicht zu verwechseln ist.

Die Aufgabe des Augenblicks heißt, sich an dieser unbegreiflich erscheinenden Tat abzuarbeiten, sie soweit als möglich zu verstehen versuchen, sie als kontingentes Ereignis einzuholen. Das hat nichts mit Verständnis für und nichts mit Einfühlung in zu tun. Das ist allein eine Anstrengung des Begreifens, ein Versuch, die Herausforderung anzunehmen, anstatt sie abzuspalten, zu neutralisieren und schließlich zu verdrängen.

Interpretationsversuche

Nachdem der durch die Nachricht ausgelöste Schock etwas abgeklungen war, sind im wesentlichen drei unterschiedliche Interpretationsversuche erprobt worden. Sie stellen eher Formen der Abdrängung denn der Verarbeitung, eher der Verbrämung denn der Klärung dar. Bestenfalls können sie als unterschiedliche Versuche der Annäherung an einen in seinen politischen Implikationen nicht genau definierten Fall verstanden werden.

Die kurzgeschlossene Frage „Wer wars?" ist nicht allein die nach dem Täter. Sie zielt über die Person hinaus auf die Struktur der Tat ab. Von ihrer Beantwortung sind überhaupt nur Schlußfolgerun-

gen möglich, die jenseits rein kriminologischer Erörterungen liegen.

Die Erklärungsvariante A lautet: Der Mordschütze könne nur ein ,,agent provocateur'' gewesen sein. Die Tat sei für Demonstranten — und träten sie noch so militant auf — unvorstellbar. Die Schlüsselfrage ,,Cui bono?'' verweise auf den Staat. Während er den Tod zweier Polizisten zum Anlaß für eine Repressionswelle nehmen könne, hätten die Demonstranten keinerlei Vorteil zu erwarten; sie allein müßten die Folgen fürchten. Und gehöre die Startbahn-Szene nicht zu den am besten beobachteten und wahrscheinlich auch unterwanderten Protestzusammenhängen? — Diese Überlegung ist mit dem Auffinden der Tatwaffe bei einem Startbahngegner so gut wie hinfällig geworden. Daran ändert auch die Fragwürdigkeit der Umstände nichts, insbesondere die Geschwindigkeit, mit der dieses wichtige Indiz durch die Ermittlungsbehörden ausfindig gemacht werden konnte. Würden Linke, Grüne und Alternative an dieser Hypothese unverändert festhalten, so unterschiede sich ihr Realitätsprinzip um keinen Deut von dem der schleswig-holsteinischen CDU, die in ihrer Mehrheit immer noch die Vorstellung aufrechtzuerhalten versucht, ein sozialdemokratischer Komplott habe zum Tode Barschels geführt.

Die Erklärungsvariante B lautet: Wenn der Täter wirklich aus den eigenen Reihen stammen sollte, dann könne es sich dabei nur um einen ,,Durchgedrehten'' handeln. Also um einen Demonstranten, der durch die Umstände des Geschehens, nicht aber durch seinen eigenen Willen zur Waffe gegriffen habe. Die Verantwortung für die Tat läge dann immer noch bei Staat und System, letztlich also bei jenen, die auch die Todesopfer zu beklagen haben. — Diese Interpretation hat neben der ohnehin nahegelegten Schwierigkeit, sich einen Demonstranten vorstellen zu können, der so sehr Objekt der Umstände geworden ist, daß sich sein Handeln auf ein reines Reflexverhalten reduziert, ein grundlegendes Problem: Wie kommt jemand, der in einer bestimmten Situation ,,ausrastet'', zu einer Schußwaffe? Die planerische Abstraktion, die aufgebracht werden muß, um sich eine Schußwaffe zu besorgen und sie — unter vermutlich klandestinen Umständen — zu einer Demonstration mitzunehmen, paßt nicht zur überfallartigen Konkretion, mit der jemand situativ durch kontingente Faktoren zu einer Tat getrieben wird.

Die Erklärungsvariante C lautet: ein militanter Demonstrant habe die Tat vorbereitet und begangen. Sekundär sei dabei zunächst einmal die Überlegung, ob er sich bereits mit festem Vorsatz auf die Demonstration begeben habe oder ob zu einer grundsätzlichen Bereitschaft, die Schußwaffe unter bestimmten Bedingungen auch einzusetzen, noch situative Faktoren nötig gewesen sein könnten. — Hier wird grundsätzlich davon ausgegangen, daß eine solche Tat von einem linken Demonstranten begangen werden könne. Das handelnde Subjekt und die augenscheinliche — wenngleich noch zu überprüfende — Objektivität des Geschehens klaffen hier nicht mehr auseinander, sondern bilden eine Einheit. Dennoch bleibt auch bei dieser Variante ein gravierender Punkt weiterhin erklärungsbedürftig: warum wird gerade jetzt das bislang völlig unangetastete Tabu, aus einer Demonstration heraus auf Polizisten zu schießen, durchbrochen? Es hat in den letzten zwei Jahrzehnten die unterschiedlichsten Formen von Militanz gegeben, zumeist flankiert von äußerst kontroversen Diskussionen. Der Griff zur Schußwaffe aber war, von den klandestin operierenden Kadern der Guerillatruppen einmal abgesehen, soweit jenseits aller Möglichkeiten, daß er — im Unterschied zur italienischen Debatte über die ,,P 38'' vor einem Jahrzehnt — nicht einmal diskutiert worden zu sein scheint. Begrenzte Regelverletzung, Gewalt gegen Sachen versus Gewalt gegen Personen, passive Bewaffnung ja oder nein — diese und andere Kontroversen sind immer ausgetragen worden im Bewußtsein einer unsichtbaren Begrenzung der Mittel. Bereits all das, was über Formen symbolischer Gewalt wie Tomaten, Eier, Farbbeutel etc. hinausging — nämlich Steine, Knüppel, Feuerwerkskörper u.s.w. — blieb umstritten und löste immer

Am Sonntag nach den Todesschüssen errichteten Kollegen der ermordeten Polizisten zwei Kreuze am ,,Tatort'' und legten Blumen nieder. Der hess. Innenminister Milde (CDU) diskutierte mit ,,Sonntagsspaziergängern'' über die Ereignisse

Foto: Volker Diehl

wieder aufs neue erbitterte Kontroversen aus. Die Auffassung, daß für die Linke die Verletzungs- und ganz besonders die Tötungshemmung konstitutiv sei, wurde durch Auseinandersetzungen auch für jene Fraktionen wieder hergestellt, die hin und wieder damit liebäugelten, an der Eskalationsspirale weiterzudrehen. Doch diese unantastbar erscheinende Grenze ist durch die Schüsse an der Startbahn nachhaltig in Frage gestellt worden.

Erklärungsdefizite

Das Erklärungsdefizit der letzten Variante läßt sich in folgender Frage zusammenfassen: wodurch konnte diese entscheidende Schwelle — die Tötung von Polizisten ins Kalkül eines Demonstrations- bzw. Aktionszusammenhanges miteinzubeziehen — überwunden werden? Da hierauf nicht umstandslos eine Antwort gegeben werden kann, sollen verschiedene Begründungsmöglichkeiten gegeben werden.

1.) Das Szenario am Rande der Startbahn ist spätestens seit dem Oktober 1981 durch paramilitärische Züge geprägt. Das Gefühl der Ohnmacht, das das Durchdeklinieren des politischen Formenkatalogs bis hin zum Volksentscheid hinterlassen hat, insbesondere von den jüngeren Startbahngegnern aus der näheren Umgebung durch einen fortwährend wachsenden Militantismus kompensiert worden. Wer beispielsweise den Abend nach der Hüttendorfräumung am 2. November 1981 dort erlebt hat, der muß unwillkürlich an Szenen gedacht haben, die an Bilder eines Stellungskrieges erinnern: ein dunkles, unübersichtliches, äußerst weitläufiges Waldgelände; Leuchtraketen, die zischend aufsteigen und das Gebiet zwischen den Fronten für einen Moment gespenstisch erhellen; Tränengasgeschosse, die fauchend in Zickzacklinien über den Boden schnellen und immer größere Teile des umkämpften Waldstückes in beißende Qualmwolken einhüllen; Wasserwerferkannonaden, die Protestierende wie Spielbälle vor sich herwirbeln; gespenstische Ausfälle von Hundertschaften der Polizei und besonders ausgerüstete Demonstrantengruppen, momentante Geländegewinne, Reißausszenen, Abtransport von Verletzten und erneutes Einigeln in Mulden und hinter Baumgruppen — dazu eine martialisch anmutende Geräuschkulisse mit explodierenden Feuerwerkskörpern, Kommandorufen, krachendem Gehölz, aufheulenden Motoren und gellenden Schreien Getroffener. Das gesamte Ambiente schien literarischen Verarbeitungsformen des 1. Weltkrieges aus Ernst Jüngers „In Stahlgewittern" und Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues" zu ähneln.

2.) Diese Szenerie ist in unterschiedlicher Intensität Woche für Woche wiederholt worden. Wie ein besonders erfolgreiches Theaterstück zuweilen über Jahre hinweg aufgeführt wird, ist hier ein politischer Konfliktstoff zur Dauerinszenierung geworden. Startbahndemo — das war und ist noch immer eine Art Abenteuerspielplatz der Autonomen, Kino ohne Eintritt, Ausflug ohne Lehrer, Indianerspiel mit Maske, Stellungskrieg mitunter Stellungsloser. Startbahndemo — das ist eine spielerisch und aggressiv zugleich nach außen gewendete Puerilität. Staat und Bewegung haben hier ihre Kampfpsychologie solange eingeübt bis sie vollends zum leeren Ritual eines paramilitärischen Wiederholungszwangs wurde. Diese in klinische Bereiche vordringende Qualität des Konflikts hätte den Beobachtern spätestens dann auffallen müssen, als die Startbahn West im Frühjahr 1984 in Betrieb genommen wurde. Seitdem der Grund für Protest und Widerstand — die Waldrodung für Bau- und Inbetriebnahme der Anlage zu verhindern — entfallen ist, tritt die intrapsychische Funktion unverbrämt hervor. Polizisten und Demonstranten, die sich wie zwei gegnerische Fußballmannschaften nun zum Teil auch namentlich kennen, liegen im ewigen Wettstreit um den Pokal teutonischen Starrsinns. Das Bewußtsein ist beiderseitig eingebunkert: dort in der bruchsicheren Kanzel des hochmodernen Wasserwerfers, hier in der an fernöstliche Kampfspiele gemahnenden Maskierung und Behelmung. Kurzum: das Michael-Kohlhaas-Syndrom läßt grüßen. Was für Außenstehende so unverständlich ist, daß einen Tag nach der 300. sonntäglichen „Waldspaziergangsdemo" scharf geschossen wurde, verwundert manchen Insider eher aus umgekehrter Perspektive: daß im „Krieg der Symbole", der von Anfang mehr als ein solcher war, erst nach sechs Jahren jemand die Symbolik beim Wort genommen und — im tragischen Sinne des Wortes — Ernst gemacht hat.

3.) Unbestätigten Meldungen zufolge sollen sich einige Demonstranten am 2. November vorgenommen haben, nur bis zu einem bestimmten Punkt vor den eventuell nachsetzenden Polizeikräften zurückzuweichen. Als dann prompt eine Hundertschaft den profilneurotischen Befehl erhielt, im Flankenschutz von Wasserwerfern auszurücken und tief in das gegnerische Gelände vorzudringen, scheint die ultimative Situation dagewesen zu sein. Gleichgültig, ob der Ausruf: „Scharfschützen Feuer!" ertönt ist oder nicht, die Massivität des Einsatzes alles Werf- bzw. Abschießbaren spricht eine deutliche Sprache. Die Hemm- bzw. Tötungsschwelle könnte in diesem Moment von einem oder mehren Demonstranten überwunden worden sein:-

4.) Blutige Ironie: die tödlichen Schüsse wurden mit einer Waffe aus dem Arsenal des Gegners abgegeben, Polizisten mit einer Polizeipistole erschossen. Wer sich über Jahre hinweg auf Demonstrationen der Erfahrung von Einschüchterung, Bedrohung und Demütigung ausgesetzt sieht, dem werden sich zwangsläufig Phantasien der Gegengewalt einstellen — und sei es auch nur aus Gründen der intrapsychischen Kompensation. Wer zudem einmal erlebt hat, wie rasch ein als Demonstrant vermummter Zivilpolizist mit einem solchen Gerät herumzufuchteln bereit ist, dem mag es in Erinnerung wenn auch nicht an die Idee der Gerechtigkeit so doch an die der Gleichheit, genauer der Waffengleichheit erscheinen, im Zweifelsfall ebenfalls auf eine derartige Waffe zurückgreifen zu können. Daß mit der Entwendung der „Sig-Sauer" auf der Demonstration in Hanau vor einem Jahr die Machtphantasie Wirklichkeit und mit dem Einsatz der Waffe am sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung eine Tötungsdrohung von der Seite der Bedrohten in eine Tötungshandlung umgesetzt werden würde, ist damit allerdings beleibe nicht erklärt. Bemerkenswert ist lediglich, daß die Schüsse mit dem „Motto", den Gegner mit seiner eigenen Waffe schlagen, abgegeben worden sein könnten.

5.) Die Umstände an der Startbahn waren schon immer dazu angetan, die Anonymität eines möglichen Täters zu wahren. Das Risiko, in flagranti festgenommen zu werden, muß hier selbst einem Pistolenschützen als kalkulierbar erschienen sein. Zumindest folgende Faktoren können in diesem Sinne aufgeführt werden: a) Eine Demonstrationsmenge, die groß genug ist, um die Identifizierung eines Einzelnen beinahe zu verunmöglichen, die andererseits aber auch so klein und überschaubar ist, daß die Gefahr, ungewollte Zaungäste zu haben, fast ausgeschlossen werden kann; b) die Unübersichtlichkeit des Waldgeländes; c) die Dunkelheit der Nacht; d) die die Wahrnehmung abstumpfende Geräuschkulisse; e) die völlige Unerwartetheit des Einsatzes einer Schußwaffe und f) die Maskierung der militanten Demonstranten.

6.) Die vor einigen Wochen erfolgte Ankündigung der Flughafen-AG, für einen geplanten Ausbau weitere 43 Hektar Wald roden zu lassen und damit ihr eigenes, erst vor einem Jahr gegebenes Versprechen, keine Bäume mehr abholzen zu lassen, zu brechen.

7.) Die Erwartung, daß die Wasserwerfer-Besatzung, die Günther Sare vor zwei Jahren überrollt und getötet hat, in dem immer noch nicht abgeschlossenen Prozeß straffrei bleiben wird.

8.) Die erneute Selbstvergewisserung der Ohnmacht und Perspektivlosigkeit aller Aktionen am sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung. Die praktische und

symbolische Bedeutung des Hüttendorfes, in dem Dutzende von Leuten über längere Zeit gelebt haben und das mehrmals wieder aufzubauen versucht worden ist, kann kaum überschätzt werden.

Diese und andere Faktoren mögen Plausibilitäten unterschiedlichen Grades aneinanderreihen, die Tat wirklich erklären können sie jedoch nicht. Was defizitär bleibt, das ist jener Erklärungsrest, in dem die Entscheidungslogik des oder der Täter zu lokalisieren ist.

Identitätssuche

Obwohl ein Tatverdächtiger in Untersuchungshaft sitzt und nach einem anderen gefahndet wird, ist es dennoch keineswegs unwahrscheinlich, daß die genannte Interpretationslücke nie ganz zu füllen sein wird.

Trotzdem gibt es gute Gründe, den Versuch, das Unbegreifliche zu begreifen, noch einen weiteren Schritt voranzutreiben. Im Kern geht es immer noch um die Beantwortung der Frage, warum Demonstranten auch drei Jahre nach der Inbetriebnahme eines Großobjekts gegen seine baulichen Vorbereitungen kämpfen und nach dreihundert, oft zwar militanten, letztlich aber doch symbolischen Demonstrationen plötzlich mit scharfer Munition auf Polizisten schießen.

Die Demonstrationen als politisch abgelöstes Dauerinszenario sind Hinweis darauf, daß hier im Kampf auf dem Gelände an der Startbahn etwas gefunden wurde und vielleicht immer noch wird, was woanders nicht zu haben ist. Wo politisch bereits längst alles verloren ist, geht es um den Kampf gegen die Polizei als Staatsorgan, um den Kampf als solchen. Dieser ist im Grunde selbst genug. Er hat keine wirkliche Funktion mehr. Das Mittel ist selbst zum Zweck geworden. Gerade daraus aber resultiert sein unablässiger Wiederholungszwang. Denn ist die Aktion vorüber und das in ihrem Verlauf gestärkte Selbstwertgefühl nach einiger Zeit verflogen, dann bedarf es einer neuen. Wie bei der Produktion künstlicher Welten, wei bei einer Droge z.B., muß das Geschehen ad infinitum wiederholt werden.

Die Kampfdemonstrationen sind insofern Ausdruck einer verzweifelten Identitätssuche, die längst zur Identitätssucht geworden ist. Die jeweils zu erneuernden Konstitutionsakte sind nur aus einer Ichstruktur heraus zu begreifen, die im Alltagsleben defizitär bleibt. Aus der alltäglichen Tristesse heraus wird die Sehnsucht nach der Irregularität geboren. Viele gehen Sonntag für Sonntag in die Disco, einige hingegen an die Startbahn oder an den Bauzaun in Wackersdorf. Der Flash, der bei den einen sowohl optisch als auch taktustisch an der Oberfläche verbleibt, geht bei jenen, die ihre Haut riskieren, auch unter die Haut.

Doch so, wie die Wirkung einer bestimmten Droge mit der Häufigkeit ihres Konsums abnimmt und zwangsläufig zur Suche nach einer Steigerungsmöglichkeit der Erlebnisintensität durch ein stärkeres Mittel führt, so könnte auch die Eskalationsspirale in der Militarisierung einzelner Demonstrantengruppen zustandegekommen sein. Vom Farbbeutel zum Stein, vom Feuerwerkskörpfer zur Leuchtmunition, von der Präzisionszwille zum Molotow-Cocktail ist die Stufenleiter vorstellbar, der eine Steigerung der Erlebnisintensität bei entsprechendem Einsatz inhärent ist. Und so wie der Übergang zur harten Droge irgendeines Tages passiert, so könnten die auf die Polizisten abgegebenen Schüsse vom 2. November zugleich welche in die Venen des Selbstwertgefühls der Militanten gewesen sein.

Die Faszination, die von einer Pistole ausgeht, ist oft, auch von ehemaligen RAF-Kadern, beschrieben worden. Die Schußwaffe ist das Ding gewordene Versprechen, tiefsitzende Ohnmachtsgefühle in einem einzigen Akt — mit einem winzigen Fingerzug den möglicherweise existenzauslöschenden Schuß auszulösen — in eine Omnipotenzhandlung zu verwandeln. Mit einem solch handlichen Gerät in der Tasche kann der als dauerhaft demütigend erfahrenen Realität ein nachhaltiges Dementi erteilt werden. Wer in der Bitterkeit seiner Perspektiv- und Chancenlosigkeit keinen Zugang mehr zur Veränderung seiner Situation erkennt, der kann vielleicht in der „Komplexitätsreduktion mit der Waffe" (Herfried Münkler) eine momentan sich bietende Möglichkeit sehen. Mit einem Fingerzug scheint korrigierbar, was durch Ausbildung, Arbeit, Wohlverhalten etc. nicht zu erreichen war. In der Existenzauslöschung nicht irgendeines anderen, sondern eines die Gewaltdrohung personifizierenden Repräsentanten des Staates spiegelt sich — so absurd das auch erscheinen mag — eine ins Gigantische gesteigerte Bedeutung der eigenen Person.

Die Selbstbezüglichkeit der als politisch apostrophierten Taten, die über weite Strecken hinweg bereits Charakteristikum der RAF-Gründergeneration gewesen ist, läßt sich kaum eindrucksvoller in Worte fassen, als es ein Autonomer getan hat: „Ich schmeiße die Steine nicht wegen der Bullen, ich schmeiße die Steine wegen mir." Das Referenzsystem eines solchen Steinwurfs läßt sich nicht mehr aus dem politischen Konflikt ablesen, in dem die entsprechende Aktion steht, sondern nur aus dem Ich. Dieses aber ist gerade dort, wo es sich seinem Umfeld zu entziehen scheint und abstrakt zu werden droht, in einer spezifischen Weise gesellschaftlich geprägt.

Das Bedingungsgefüge, aus dem heraus derartige selbstreferentielle Ichstrukturen entstehen, resultiert vermutlich in einem hohen Maße aus beruflicher Perspektiv- wenn nicht gar struktureller Arbeitslosigkeit. Gäbe es, was allerdings nur schwer vorstellbar erscheint, eine sozioökonomische Untersuchung jener marginalisierten Gruppen, die simplifizierend unter dem Ausdruck „Autonome" zusammengefaßt werden, dann träte wohl objektiv vor Augen, was als unerträglicher Widerspruch zwischen anhaltender Pauperisierung ganzer Schichten bei gleichzeitig wachsendem Konsumversprechen durch die Gesamtgesellschaft bezeichnet werden muß. Der Ende der siebziger Jahre, ursprünglich auf die Alternativbewegung gemünzte Buchtitel „Du hast keine Chance, aber nutze sie!" (Reimar Oltmans) gilt in verschärfter Weise für die Lebensbedingungen derjenigen, die auf Demonstrationen einem kollektiven Expressionismus frönen, der in der Düsterkeit seiner Drohgebärden kaum zu übertreffen ist.

Was die USA nach dem Niedergang der Bürgerrechtsbewegung Mitte der sechziger Jahre mit den Gettoaufständen der Schwarzen in den Vororten von Los Angeles und Chicago erlebten und was in Großbritannien alle Jahre wieder in den „riots" der Fabriken von Liverpool, Birmingham und anderswo geschieht, das könnte sich eines nicht allzu fernen Tages auch hier, in Kreuzberg oder St. Pauli z.B., ereignen. Die Startbahn oder der Bauzaun in Wackersdorf sind keine Stätten, an denen eine Art „ökologischer Bürgerkrieg" erprobt würde, sondern Nebenschauplätze für die um sich beißenden urbanen Outcasts. Die tödlichen Schüsse an der Startbahn West können insofern auch Warnschüsse gewesen sein.

Linke Liste an der Uni Ffm.

Die tödlichen Schüsse an der Startbahn

In der Woche nach dem 2.11.87, also nach den Morden an der Startbahn West in Frankfurt, fanden an der Universität mehrere Diskussionsveranstaltungen zu den Vorfällen an der Startbahn statt. Die Linke Liste an der Universität Ffm. organisierte am Dienstag, den 3.11.87 ein Teach-In, an dem Autonome, Libertäre und Anarchisten aus dem Frankfurter Raum teilnahmen. Ca. 400 Leute, nicht nur aus der „Scene", diskutierten hier Konsequenzen aus den Vorfällen vom Vorabend. Dort sprach sich die Mehrzahl der Anwesenden deutlich gegen die „feigen Morde" aus. In einigen Beiträgen wurde versucht zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen zu unterscheiden. Allgemein war jedoch zu hören, daß die Morde neue Ängste produzieren, da nachfolgende Demonstrationen, sei es nun durch neue Gesetze (Vermummungsverbot), Nachrüstung des Polizeiapparates oder schärfere Ausgrenzungen innerhalb der Demonstration selbst, noch problematischer werden könnten.

Zwei Gesichtspunkte bildeten die Eckpfeiler, an denen sich die Gespräche orientierten, die die Linke Liste dann im weiteren Verlauf der Woche intern führte. Da war zum einen das unmögliche Verhalten von Teilen der Grünen (z.B. zur Fahndung aufzurufen oder die Rede von Waltraud Schoppe vor dem Bundestag). Zum anderen die Äußerungen einiger Autonomer in einem Interview, das am 4.11.87 im HR 1 gesendet wurde, wo von Mollies und Zwillen sowohl von Defensiv, als auch von Offensiv-Waffen und vom „Restrisiko Tod" die Rede war.

Das hier abgedruckte Positionspapier der Linken Liste stellt den Versuch dar, die Gespräche über die Ereignisse an der Startbahn, die Politik und Aktionsformen der verschiedenen autonomen Gruppen und die eigene Position in diesem Konflikt zu bündeln und zu orten, um weitere Diskussionen über Gewalt und Militanz innerhalb des außerparlamentarischen Widerstandes zu ermöglichen.

Peter-Erwin Jansen

Zur Verantwortungsfrage der Linken

Zwischen den Aktionsformen der militanten Linken und den Schüssen an der Startbahn besteht keine kausale Logik. Diese läßt sich vor allem nicht von Sitzblockaden über Vermummung, einkalkulierter Sachbeschädigung bis hin zu Mord direkt ableiten. Die Idee und Ausführung, mit Schußwaffen zu einer Demo zu gehen und gezielt auf Polizisten zu schießen, lag nie im Konzept der beteiligten Gruppen. Es ist nun völlig falsch, unreflektiert alle Formen des Widerstandes unter einem Militanzbegriff in einen Topf zu werfen und z.B. jeden Steinewerfer nun zum potentiellen Mörder zu stigmatisieren — der Mord an den beiden Polizisten ist ein „qualitativ neuer Schritt", der sich von den bisherigen Auseinandersetzungen streng unterscheidet. Aber es bleibt die Frage, inwieweit sich in den Gruppen, die mit militanten Mitteln „den Kampf gegen den Staat" führen, nicht strukturelle Ausformungen gebildet haben, die ein solches Ereignis ermöglichen.

Die Bürde der politischen Verantwortung tragen wir Linken jedoch in einer ganz anderen Weise: Die Schüsse vom 2. November fielen in einer Situation, in der nicht nur die breite Anti-Startbahn-Bewegung, sondern die Bewegung der außerparlamentarischen Linken deutlich zerfallen war; Hoffnungen und Perspektiven auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen haben sich verflüchtigt, die Resignation führte zur Dezimierung und Zersplitterung der Linken, die Grünen assimilierten sich in den Parlamenten und verneigten sich vor den Sachzwängen. Viele zogen sich in die Privatheit zurück und die anderen sektierten seit langem in Klein- und Kleinstgruppen vor sich hin, jeder auf seine Art: teilweise vergruben wir uns isolierend in den intellektuellen Diskurs an der Uni, die militanten Gruppen fetischierten zunehmend das Mittel der Gewalt und ersetzten damit die politischen Inhalte. Resultat hieraus ist eine fatale Situation, in der es keine öffentliche, kritische und selbstkritische Diskussion mehr über politische Aktionsformen und über den Begriff der revolutionären Gewalt gibt. Rasch gingen Teile der militanten Scene dazu über, Militanz mit gesellschaftspolitischem Kampf gleichzusetzen, anstatt Gewalt zu entmystifizieren und als das, was sie ist, als ein Mittel zu begreifen, dessen Gebrauch rational vom politischen Ziel und den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen hergeleitet werden muß. Ob Gewalt oder Gewaltfreiheit adäquat ist, läßt sich nicht a priori als Prinzip entscheiden, Prinzipien sind meist undialektisch. Vielmehr muß in der jeweiligen Aktion das konkrete Problem der Auseinandersetzung für die Öffentlichkeit transparent werden und immer das Ziel einer menschlichen Gesellschaft im weiteren enthalten sein. Deshalb muß sich auch die Gewalt der Linken im gegebenen Fall deutlich von der Gewaltförmigkeit der bestehenden Gesellschaft unterscheiden.

Ein Beispiel des Einsatzes adäquater Mittel in einer Auseinandersetzung bietet die Demo am Römerberg anläßlich der Tschernobyl-Katastrophe: die Ursache für unseren Protest war ungeheuerlich, unsere Forderung, die AKWs stillzulegen, radikal. Es duldete keinen Aufschub und kein Vertrauen in den Rechtsstaat, also war Gewalt legitim. Die gesellschaftliche Situation jedoch bot keine Aussicht mit Steinen und Mollies unserem Ziel näher zu kommen, dennoch verlangte diese Situation mit der bestehenden Rechtsordnung zu brechen. Mit verstrahltem Gemüse die Fenster des Römers einzuwerfen war somit richtig: die eingesetzen Mittel enthielten symbolisch in deutlicher Weise das konkrete Problem, ohne daß im Verhältnis zum potentiell Erreichbaren ungerechtfertigte und vor allem unvermittelbare Körperverletzungen entstanden. Zum anderen war in einer bestimmten Phase des Widerstandes in Wackersdorf Massenmilitanz auch angemessen, als es noch eine breite und intensive Bewegung gab und die Erreichung des Ziels mit außerparlamentarischen und auch mili-

tanten Mitteln noch reale Erfolgsaussichten hatte (z.B. Verhinderung der Bauarbeiten).

Der Einsatz militanter Mittel hängt somit ganz eng von der konkreten Situation ab, die sich sehr schnell ändern kann. Wenn eine außerparlamentarische Bewegung politisch scheitert, dann ist es falsch, diese Niederlage militärisch kompensieren zu wollen, das politische Ziel und die reale Situation gehen dann im Bewußtsein der Akteure oft verloren und es entwickeln sich ritualisierte Kraftproben an irgendwelchen Bauzäunen oder gegen Polizeitruppen. Sinnvoller ist es dann, andere Widerstandsformen und andere politisch Perspektiven zu entfalten. Darüber müßte dann erst recht breiter diskutiert werden.

Zur Frage der Gewalt steht somit für uns fest, daß sie sich immer nur aus der spezifischen Situation heraus entscheiden läßt: gegenwärtig gibt es keinerlei Bedingungen, die weder einen politischen Mord, noch das Inkaufnehmen von Menschenopfern durch den Gebrauch von Zwillen und Mollies von vorneherein rechtfertigen. Gewalt kann in der BRD in der momentanen Lage bloß symbolischen und aufklärenden Charakter haben, es geht nicht um die Machtfrage in der Gesellschaft. Dementsprechend verantwortungsvoll muß deshalb nicht bloß individuell, sondern in möglichst breiter linker Öffentlichkeit diskutiert werden. Es darf deshalb auch keine Tabus mehr geben, über Gewalt muß offen und rational diskutiert werden. Sowohl die Dogmen der abstrakten Gewaltfreiheit, als auch die Selbstverständlichkeit von Gewalt und konspirativer Widerstandsromantik verschleiern bloß die gegebenen gesellschaftlichen Probleme und tragen zu einem irrationalen und gefährlichen Umgang mit Gewaltmitteln bei.

Die Definition einer gesellschaftlichen Situation muß in einem breiten und transparenten Diskurs hergeleitet werden und somit auch die Bedingungen von bestimmten Kampfformen. Die gegenwärtige Inferiorität der Mittel kann sich historisch allerdings auch wenden, auch das darf nicht ausgeschlossen werden. Auch in der BRD können Situationen eintreten, in denen eine offensivere Militanz geboten sein kann (Rudi Dutschke plädierte z.B. 1967 für den bewaffneten Kampf im Falle, daß Einheiten der Bundeswehr in Vietnam einmarschieren).

Eine radikale Linke kann das gegebene Gewaltmonopol des Staates nicht uneingeschränkt akzeptieren, weil es immer wieder zur Schranke für die Auflösung von Herrschaftsverhältnissen wird. Die ideologische Konstruktion von der Absolutheit des staatlichen Gewaltmonopols ist in der BRD direkt vermittelt mit dem Schein demokratischer Transformierbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, über den sich das Gewaltmonopol seinerseits legitimiert.

Erweist sich jedoch die Unmöglichkeit, über die vorgegebenen Insitutionen radikale Veränderungen erreichen zu können, so entfällt auch die rationale Begründung für eine Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols.

Das parlamentarische System ist nun tatsächlich so angelegt, daß es über seine immanenten Wege seine eigene Überwindung und die der bestehenden Herrschafts- und Eigentumsordnung, ausschließt. Läßt man sich ganz auf die Ideologie des Parlamentarismus ein, so beschränkt man sich zugleich auf die Aussicht von möglichen aber unsicheren Reformen, wie es die Grünen äußerst erfolglos zeigen. Der Entwurf einer gesellschaftlichen und konkreten Utopie geht jedoch verloren, an dem wir hingegen festhalten. Die Verwirklichung einer freien Gesellschaft wird es, wenn überhaupt, nicht mit, sondern über den Kampf gegen diesen Staat geben. Der Zweck des bestehenden Staates ist es schließlich nicht, die Menschen von ihm selbst zu befreien.

Zum Startbahnprotest

Nachdem die Massenbewegung gegen die Startbahn zerfallen ist und das Projekt durchgezogen wurde, hielt ein relativ kleiner Teil der Protestbewegung am Widerstand fest, aus dem berechtigten Grund, nicht vor der realen Macht der Gegenseite zu kapitulieren. Es entwickelte sich eine Protesttradition, die sich über die Sonntagsspaziergänge mit Kaffee und Kuchen, den häufigen Scharmützeln an der Mauer und den Jahrestagen konsolidierte. Einerseits stabilisierte sich hierbei ein wichtiges Gefüge politischer Kommunikation. An all den Sonntagen, an denen es nicht krachte und die Presse folglich nichts zu berichten wußte, diente die Startbahn als wichtiger Kommunikationsort, auch zur Organisation der verschiedenen BIs. Es ging in erster Linie darum, die über Jahre gewachsenen internen Strukturen zu retten, das ,,Nichtvergessen" zu dokumentieren, sowie gegen z.B. den jetzt geplanten weiteren Ausbau des Flughafens zu mobilisieren.

Andererseits jedoch tendierte diese Widerstandsform deutlich zu ritualisierten Aktionsformen, die ein positives Moment von Freiheit zunehmend verschütteten und die politischen Perspektivlosigkeit stützten. Das ritische ,,Gegen-die-Mauer-rennen" nimmt die Resignation von vielen in Kauf und lähmt die Kreativität. Nur den Fetisch des Objekts hochzuhalten, nützt niemand.

Die Ritualisierung von Aktionsformen erstreckt sich nicht bloß auf die Militanten, auch die ,,Gewaltfreien" erschöpfen sich darin, mit immer neuen Aktionen von Menschenketten, Sitzblockaden und Händchenhalten.

Die Grünen gar üben ihre Ritualisierungskraft in immer neuen Unterwerfungsgesten unter den Staat durch Beteuerung ihrer Loyalität, noch bevor sie ihnen überhaupt noch abverlangt wird. Politischer Erfolg bedeutet bei den Grünen nun das ständige Abrücken von den erfolgdefinierenden Zielen, bis das, was sein soll, mit dem was ist, identisch ist.

Ihr realpolitscher Erfolgskurs fand nun seinen aktuellen Höhepunkt mit dem Aufruf der Bundesfraktion zur Fahndung nach den Tätern vom 2. November. Der Fahndungsaufruf der Grünen belegt einen weiteren Bruch mit linken Selbstverständlichkeiten. Wessen Wohnungen sollen denn durchsucht werden? Wer denn festgenommen werden? Woher das plötzliche Zutrauen in die Wahrheitsliebe und -fähigkeit der Fahndungsorgane? Ein Aufruf, der nicht bloß dumm und sinnlos war, sondern zugleich feige. Die Angst, wohl etwa selbst in die Mittäterschaft, zumindest der geistigen Munitionsbeschaffung für jenen Startbahnschützen hineingezogen zu werden, ließ jene grünen Biedermänner und -frauen nun völlig den Verstand verlieren. Anstatt sich sachlich mit dem Problem auseinanderzusetzen und einen tabufreien und breiten Diskurs über dieses Ereignis zu suchen, riefen sie hysterisch nach der Polizei, die in einem solchen Fall sowieso ihren gesamten Apparat in Bewegung setzt.

Konsequenzen

Unsere politischen Konsequenzen aus diesem schrecklichen Geschehen wird nicht bloß sein, die drohenden Repressionen versuchen abzuwehren, sondern zugleich eine neue Qualität der politischen Diskussionen zu versuchen. Das Problem der Militanz darf nicht länger den verschwörerischen Geheimzirkeln von Widerstandsromantikern oder selbststilisierten ,,Kämpfern" und auch nicht den niveaulosen Predigern abstrakter Gewaltfreiheit überlassen werden. In der Linken gibt es unterschiedliche Einstellungen zum Umgang mit Gewalt, darüber muß offen diskutiert werden. Die Gewaltphantasien müssen raus aus den Köpfen und Bäuchen und unter realen gesellschaftlichen Bedingungen analysiert werden. Tabus haben keine Berechtigung mehr, sie vernebeln bloß, anstatt aufzuklären. Der Diskurs darüber muß mit möglichst allen Gruppen und Individuen gesucht werden, die Inhalte der politischen Arbeit müssen in den Vordergrund unserer Überlegungen gestellt werden.

Eins muß noch klargestellt werden: Der Tod der beiden Polizisten ist nicht nur zu bedauern wegen den drohenden repressiven Konsequenzen für Teile von uns, sondern ganz klar auch wegen der Toten selbst. Wenn sich noch jemand von der Linken damit zu trösten versucht, daß ,,bloß zwei Bullen" tot sind, der übersieht, daß es zugleich zwei Menschen waren, für deren Opfer es keinen Grund und keine Rechtfertigung gibt. Die beiden Menschen auf ihre Funktion zu reduzieren, folgt genau der brutalen Abstraktionsmethode, mit welcher der Kapitalismus die Menschen von ihrem menschlichen Sein entledigt und sie zur Ware Arbeitskraft, zu Material, das verarbeitet wird, reduziert. Für den Staat, sprich seine Repräsentanten, sind die Polizisten tatsächlich keine Menschen, sondern Instrumente, die den Gefahren der Herrschaftssicherung ausgesetzt werden. Wallmanns Ruf nach dem Vermummungsverbot nur eine Stunde nach den Morden zeigt, wie unter machtpolitischen Motiven instrumentalistisch mit den toten Polizisten umgegangen wurde.

Die Tatsache, daß ein Polizist zur ,,anderen Seite" gehört, darf noch lange kein Grund sein, ihm seine Rechte als Mensch in Frage zu stellen. Linke Politik muß eine konstitutive Tötungshemmung immer enthalten, das unterscheidet uns grundlegend von den Herrschenden. Der Mensch darf niemals bloß als ein Mittel in irgendeiner Strategie gesehen werden, sondern er muß zugleich auch immer Zweck an sich sein. Der immanente Humanismus einer freien Gesellschaft muß auch auf dem Weg dorthin ständig und und in jedem Schritt bewahrt bleiben.

Linke Liste an der Uni Ffm.

Ludi Lodovico

Dohnanyis Wort

Jutta Dittfurth hat sich etwas übernommen, als sie schnurstracks über die Sehnsüchte des Staates spekulierte. Ausgerechnet die Sehnsüchte! Das ist ein arg tiefes Wasser, und in Sachen Staat hält man sich besser ans Handfeste. Das ist allerdings aufregend genug, wenn man z.B. bedenkt, was der Staatsmann Uwe ,,Ehrenwort'' Barschel alles anstellte oder anstellen ließ, um Staatsmann — nicht doppelter Doktor, Anwalt, Ehemann, Vater, Bruder, Mensch — bleiben zu können. Die Frage nach den Sehnsüchten des Staates führt in den sprichwörtlichen Abgrund, und keiner kennt, was man dort finden wird, außer dem, was im Laufe der Zeit von dort hochgekommen ist an Rechtsstarrsinn, Profilwahn, Autoritätsfanatismus, Machtnarzißmus und Gewaltgeilheit. Die Sehnsüchte sind tabu.

Was man hingegen nicht erst seit gestern wissen kann: Es gibt Gruppen, die radikalen Protest und politischen Widerstand verwechseln mit paramilitärischer Militanz, die auch Tote in Kauf nimmt, mindestens nicht dafür bürgen kann, daß es sie nicht gibt. Es gibt Politiker, die die Existenz und die Aktivitäten solcher Gruppen zum Vorwand nehmen für Gesetzesverschärfungen, für polizeiliche Aufrüstung und allerlei andere Ersatzhandlungen und Sekundärverwertungen. Und es gibt die unverwüstlichen FAZianer: Sie spielen den öden ciceronianischen Trauermarsch (,,wie-lange-noch-quo-usque-tandem'') auf den angeblichen Abgang von Staat, Recht, Autorität, Ordnung, Bindung, Eigentum und Friede.

Da benützt einer seinen Kopf statt ,,seine'' Hundertschaften samt zugereisten Helfern (4000 laut dpa) und Bundesgrenzschützern mit schwerem Gerät; da reagiert einer auf gezielte Regelverletzung und einen Rattenschwanz von provozierten und selbstproduzierten Eskalationsstufen nicht wie ein ordinärer Pawlowscher Hund auf einen hingeworfenen Knochen; da riskiert einer seine eigene politische Position zu einem vernünftigen Zweck und nicht zur Fortschreibung des einträglichen Wahnsinns; da verpfändet einer sein Wort, und nichts, aber auch gar nichts erinnert an schmierige Ehrenworte; da stellt sich einer den schwierigen politischen und sozialen Realitäten und duckt sich nicht hinter Rechtsbarrikaden, von denen aus alles in der Welt wie Paragraphen und Eigentumstitel ausieht — kurz, da verhilft einer mit beträchtlichem Risiko der politischen Vernunft zum Durchbruch gegen abgestandenen Formelkram, und dann kommen die tantenhaften FAZianer mit ihrem Legalitäts-Fundamentalismus und lesen ihm die Leviten, als ob er ein unfähiger Rechtsreferendar wäre.

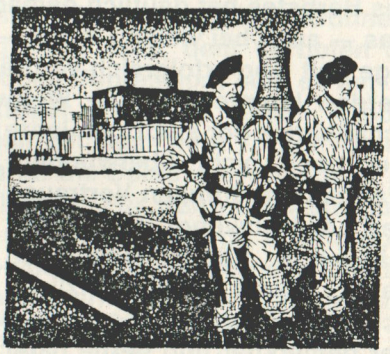
Der Berufs-Dresdener und Spezialist fürs Rechte — F.K. Fromme — war zunächst verhindert. Er mußte dringend die Besetzung einer Richterstelle in Nordrhein-Westfalen begutachten. Für ihn warf sich am 19.11. F.U. Fack in die Bresche: Ein ,,Trauerspiel'' nennt er die Hamburger Vorgänge. Hätte es ihn vielleicht gefreut, wenn richtig geholzt worden wäre an der Elbe? Und natürlich sind ,,Rechtsstaat'' und ,,Rechtsfriede'' auf ,,der Strecke geblieben'', abgemurkst wegen der abgeblasenen Straßenschlacht und Großkeilerei zwischen 5000 Hamburger, 4000 bundesdeutschen und ein paar hundert BGS-Polizisten und den Hamburger Hausbesetzern. Merke: Friede ist, wenn eine solenne Klopperei (Schießerei?) zwischen Polizei und Militanten abgeht.

Tags drauf bekam dann Fromme das Wort. Er schrieb dreimal so viel wie Fack, aber nichts Neues. Einzig Frommes Schlußsatz ist bemerkenswert und so richtig zum Aufbewahren. Wie hier der leerlaufende Rechtsfanatismus ins wilhelminische doppelte Aber hechtet — ein wonniges Wort in praller Zeit: ,,Aber die Veränderung im Respekt vor einer Ordnung, die gleiche Rechte gibt, aber gleichen Respekt vor dem Recht verlangt, erreicht nicht nur Hamburg, sondern führt über die Stadt hinaus'' (FAZ 20.11.87) direkt in den Orkus, wo es wohl wenn und aber, aber aber nicht gibt.

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift
für libertäre Kultur und Politk

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.



Inhalt von Nr.23

★ **Gentechnologie, Männersprache,**

★ **Antipädagogik, Soziale Bewegungen,**

★ **Neokonservative, Anarchafeminismus** – Bericht über das letzte FLI-Treffen von Friederike Kamann

★ **RAF-Kritik und autonome Selbstreflexion** – von Lupus aus Frankfurt

★ **Spassguerilla** – über notwendige Aktionen ganz anderer Art zusammengestellt von Wolfgang Haug

★ **§ 130a, Kessel-Treiben und andere freiheitlich erprobte Herrschaftsmittel**

★ **Neokonservatismus am Beispiel Späths** – Libertäre Initiative Tübingen

★ **Spanienfilme** – über den ideologisch-politischen Standort ihrer Macher von Jörg Auberg

★ **Von der FAUD zur NSDAP** – eine Dortmunder Gruppenentwicklung nachgezeichnet von Andreas Müller

★ **Der arme Teufel** – Robert Reitzel neuentdeckt, eine Rezension von Heinz Hug

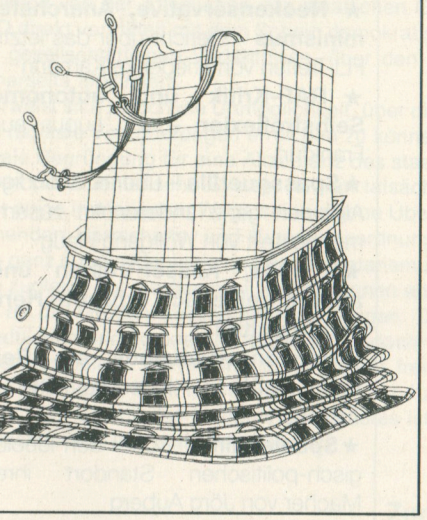
Einzelnummer: 5.– DM
SF-Abonnement: 15.– DM
Sondernummer ARBEIT: 5.– DM
Sonderdruck: SF 0–12: 10.– DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1
PSK Stuttgart, Kto.-Nr. 574 63-703

Joachim Hirsch

Dollar-Absturz — oder die Wiederkehr der ökonomischen Realität

r Finanz- und Börsenkrach die- s Herbstes hat deutlich gemacht, s — auch bei vielen Linken — ei- ge Zeit lang erfolgreich verdrängt rden konnte: daß die Weltwirt- haftskrise der siebziger Jahre im- r noch nicht überwunden ist. ährend im diffusen Vertrauen auf n ,,Aufschwung'' sich Politik all- hlich in ,,Kultur'' aufzulösen be- nn, macht sich plötzlich die hlichte ökonomische Basis wie- r bemerkbar und gerne harsch.



Dabei hatte sie einige Zeit lang so schön funktioniert, die internationale Arbeitsteilung der achtziger Jahre: was die Japaner und die Westdeutschen an Überschüssen produzierten, haben die Amerikaner konsumiert. So schloß sich der kapitalistische Verwertungs-Kreislauf. Das ,,Modell Deutschland'' mit seinen disziplinierten Arbeitern, mit seinen gefügigen Gewerkschaften, das notorisch an seinem schwachen inneren Markt krankt und nur durch immense Exportüberschüsse ökonomisch zu stabilisieren ist, fand in der amerikanischen Schuldenökonomie seine ideale Ergänzung. Dort kurbelte ein ungeheures Staatshaushaltsdefizit die (Rüstungs-) Wirtschaft an, sorgte für einen Konjunkturaufschwung, von dem vor allem die Mac Donalds-Ökonomie des sogenannten ,,Dienstleistungssektors'' profitierte und erzeugte ein gewaltiges Außenhandelsdefizit. Diese ,,Reaganomics'' hatten den Vorteil, zunächst sogar trotz der defizitären Handelsbilanz den Dollar zu stabilisieren: die durch den Kreditbedarf hochgepuschten Zinsen und das Vertrauen in die ,,Reagan-Revolution'' ließen riesige Kapitalien in das Land fließen, der Dollar war gefragt und sein Preis kletterte in absurde Höhen. Der spekulative Finanzschleier verbarg indessen sehr viel nüchternere reale Verhältnisse, vor allem die Tatsache, daß die US-Industrie nicht zuletzt *wegen* ihrer rüstungstechnischen Ausrichtung international immer konkurrenzunfähiger wurde und die Produktivitätsfortschritte äußert bescheiden blieben. Möglich war die gigantische Finanzspekulation (inklusive der massiven privaten Kredite an Dritt- weltländer, die zu deren Schuldendesaster geführt haben) deshalb, weil ein stabiles Wachstum nach dem Einbruch der siebziger Jahre bis heute nicht erreicht ist und als Folgen fehlender profitabler Anlagemöglichkeiten riesige Mengen überschüssigen und anlagesuchenden Kapitals um die Welt jagten.

Die durch das Zusammenspiel von Reaganomics, Modell Deutschland und Japan Inc. gekennzeichnete internationale Arbeitsteilung litt nicht nur an dem Schönheitsfehler, daß sie nicht einfach auf Geschenken beruhte, sondern in Geld und Kredit abgerechnet wurde. Und irgendwann möchten Gläubiger ihre Darlehen schon zurückhaben. Das andauernde Außenhandelsdefizit der USA hatte zwar Mitte der achtziger Jahre den Dollarkurs gegenüber seinem Höchststand fast wieder halbiert, ohne daß sich freilich dadurch die internationale Konkurrenzfähigkeit der USA-Industrie wirklich verbesserte. Die Nervosität der Spekulanten wuchs, und es bedurfte schließlich nur ein paar kleiner ,,psychologischer'' Anlässe, um den Börsenkrach auszulösen. Daß dieser nicht auf die USA beschränkt blieb, hängt damit zusammen, daß die dominanten kapitalistischen Ökonomien integraler Bestandteil des Reaganomics-gesteuerten Weltwirtschaftssystems sind und trotz sehr unterschiedlicher Ausgangslagen von der US-Krise unmittelbar betroffen werden. Der Börsenkrach mußte die Talfahrt des Dollar beschleunigen, was dazu führt, daß auch dem ,,Modell Deutschland'' seine entscheidende Basis ins Wanken geriet: irgendwann sind die ohnehin schon extrem überteuerten BMWs, Mercedes' und Porsches in den USA nicht mehr profitabel zu verkaufen. Die durch spekulative Finanztransaktionen geschaffene Verschnaufpause ist zu Ende, die Krise wieder offenkundig.

Daß es trotzdem nicht zu einem umfassenden ökonomischen und weltwirtschaftlichen Zusammenbruch wie nach 1929 gekommen ist, hängt mit dem besser ausgebauten Staatsinterventionismus zusammen, der sich seither entwickelt hat. Die Folge davon ist freilich nur, daß sich die Krise, die zugleich die Krise der kapitalistischen Hegemonialmacht USA ist, auf unabsehbare Zeit weiterschleppen wird, solange der Kapitalismus im Weltmaßstab nicht eine neue, stabile politische Struktur und Verwertungsbasis gefunden hat. Das ,,Exportmodell Deutschland'' scheint vorerst ebenso alternativlos wie die in den USA praktizierte und eher magischen Beschwörungsformeln denn nüchternen Kalkülen gehorchenden ,,Vodoo-Ökonomie''.

Natürlich hat es in den USA merkliche Veränderungen gegeben. Spekulationsgeile Mittelständler haben ungeheure Summen verloren, viele ,,Yuppies'' haben sich in ,,Pupies'' (= previously upward moving professionals) verwandelt und sogar die ,,BOBOs'' (boaring, old, but opulent) kommen wieder zu Ehren. Für eine

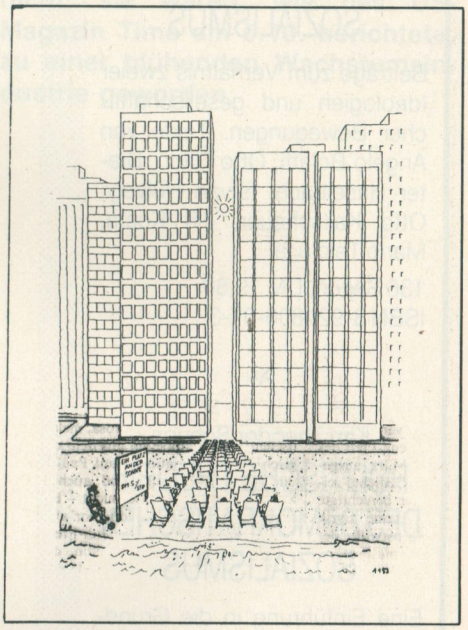
drastische ökonomische Kurskorrektur fehlen aber alle politischen und gesellschaftlichen Grundlagen. Immer noch staunt der Besucher über die Unfähigkeit selbst vieler Linker und Liberaler, ökonomische Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Daß die Konsumexpansion der vergangenen Jahre im wesentlichen auf Pump beruhte, wird ebenso übersehen wie die Tatsache, daß die viel gepriesene Beschäftigungszunahme zu einem wesentlichen Grade der Ausdehnung peripherer und schlecht bezahlter ,,Dienstleistungs''-Jobs zu verdanken ist. Wenn selbst amerikanische Linke mitleidig-nachsichtig auf die hohen europäischen Arbeitslosenzahlen blicken, dann bemerken sie kaum den Umstand, daß hierzulande halt noch ein Sozialstaatssystem besteht, das nicht zur Annahme jeder, selbst der miesesten und schlechtest bezahlten Arbeit zwingt. Und nicht nur die politische Demontage Präsident Reagans, sondern vor allem das fragmentierte politische System der USA macht eine ökonomische Kurskorrektur, eine funktionierende Industriepolitik und ein Abbau der Staatsverschuldung in absehbarer Zeit höchst unwahrscheinlich.

Angesichts dieser Bedingungen scheint eine Lösung wahrscheinlicher, die auf eine weitere drastische Dollarabwertung und einen damit verbundenen Inflationsschub zielt. Leidtragende wären die ausländischen Gläubiger und die Exportmatadore BRD und Japan. Eine Krisenlösung ist das nicht, sondern eine Verlagerung ihrer Auswirkungen. Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß die Krise des fordistischen Nachkriegskapitalismus unverändert andauert. Die Situation ist nicht nur ökonomisch brisant. Die Neigung der USA, ihre zerbröselnde ökonomische Position durch den Einsatz militärischer Überlegenheit zu stabilisieren, ist bekannt. Nicht immer vollzieht sich der Niedergang imperialer Mächte friedlich. Die Verschärfung internationaler Spannungen nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch innerhalb der kapitalistischen Metropolen könnten sogar den Dollar vorübergehend wieder ansteigen lassen. Selbst ungeachtet solcher Perspektiven bleibt die Tatsache, daß die Zukunft der ,,Stabilitätsinsel'' BRD angesichts eines wieder offen krisengeschüttelten Weltkapitalismus mehr als ungewiß ist. Auch für die hiesige Politik geht eine Verschnaufpause zu Ende, selbst wenn regierungsamtliche und wissenschaftliche Gesundbeter dies immer noch nicht wahrhaben wollen. Die Schimäre ,,Aufschwung'', die zur allgemeinen politischen Beruhigungsdroge wurde und die Illusion stabiler Freiräume auch für ,,alternative'' Politik erzeugt hat, löst sich in nichts auf. Mit den kruden ökonomischen Fakten des Kapitalismus werden wir in nächster Zukunft wieder erheblich zu tun haben.

Kurt Hübner

Die Lust am Spekulieren

Nur wenige Tage vor dem 58. Jahrestag des ,,Schwarzen Donnerstag'' von 1929, dem Vorboten der Großen Depression, kam es am 19. Oktober 1987 zu einem großen Knall auf dem New Yorker Aktienmarkt. Die Börse wankte — aber sie fiel nicht. Für weltweite Aufregung war dennoch gesorgt, drohte doch wenigstens kurzweilig der Einsturz einer internationalen Finanzpyramide, die in den letzten Jahren zu einer Rekordhöhe aufgetürmt wurde.



An dieser Pyramide sind ,,große'' wie ,,kleine'' Anleger und Spekulanten beteiligt. Der Wunsch nach dem schnellen Geld bestimmt die kollektiven Triebstrukturen in den achtziger Jahren. Ermüdet von den ökologischen Katastrophenmeldungen, den monatlichen Mitteilungen über das Wachstum der Arbeitslosenzahlen, den Fünf-vor-Zwölf-Mentalitäten und den moralischen Einbrüchen der Politik-Darsteller haben sich die YUPPIES, die DINKs (Double Income No Kids) und die Neuen Alternativen aller Schichten ein Feld erschlossen, das sie solchen nichtigen Realitäten entrückt. Das Spiel des kleinen und großen Geldes ist angesagt. Die Verfügung über Geld ist zur Eintrittskarte in das Reich eines befreiten Individualismus geworden, das sich um gesellschaftliche Zusammenhänge nicht länger schert. Allein das Mitspielen im globalen Monopoly entscheidet darüber, wer auf der Höhe der Zeit ist. Dem Geldkomplex des linken Zeitgeistes der siebziger Jahre ist die Geldeuphorie des modernen Zeitgeistes der achtziger Jahre gefolgt. Der Zeitgeist ist berechenbar geworden: Hier ein günstiges Schnäppchen bei Optionen, dort ein paar rasante Futures und zum Abspannen noch ein wenig Pilotenspiel bei Schampus und small talk. Mitspielen ist angesagt. Die Mc Cash Flows der einstigen Radikalen sagen uns, wo es langgeht.

Die Welt des großen Geldes

Der Kapitalismus hat sich transformiert. Während die Zahl der regulären, gewerkschaftlich kontrollierten und rechtsförmig abgesicherten Arbeitsplätze in den letzten Jahren im Zuge der weltwirtschaftlichen Umstrukturierung weltweit abgenommen hat, sind die finanziellen Transaktionen steil in die Höhe geschnellt. Tausende von Milliarden Dollar werden jährlich auf den internationalen Finanzplätzen auf der Suche nach Zins-, Währungs- und Spekulationsschnäppchen hin- und hergeschoben. Die günstigen Profitmöglichkeiten auf den Weltfinanzmärkten haben aus Unternehmen wie etwa Siemens ,,Banken mit angeschlossenen Elektroabteilungen'' gemacht. Bei Daimler-Benz und VW sind die Zinserträge mittlerweile genauso hoch

NEU

Wolfgang Luthard
Arno Waschkuhn (Hg.)

POLITIK UND REPRÄSENTATION

Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen. Mit Texten von Gerhard Göhler, Bernhard Claußen, Jürgen Fijalkowski, Detlef Perner, Roland Czada, Werner Pfennig u. a.
Stichworte zum Inhalt: Institutionentheorie, Eliten, direkte Demokratie, Interessenvermittlung, Verwaltungshandeln, politische Rituale, Ausländerwahlrecht, internationale Vergleiche

ca. 290 Seiten, DM 24,80
ISBN 3-924800-63-4

*

Thomas Meyer (Hg.)

LIBERALISMUS UND SOZIALISMUS

Beiträge zum Verhältnis zweier Ideologien und gesellschaftlicher Bewegungen. Texte von Angelo Bolaffi, Otto Dann, Dieter Haselbach, István Hülvely, Otto Kallscheuer, Jiři Kosta, Mario Telò u. a.

136 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-924800-07-3

*

Karl Theodor Schuon

POLITISCHE THEORIE DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

Eine Einführung in die Grundelemente einer normativ-kritischen Theorie demokratischer Institutionen und Begründung konkreter Reform- und Demokratisierungsvorschläge

320 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-924800-61-8

SP-Verlag, N. Schüren
Deutschhausstr. 31,
3550 Marburg.
Auslieferung:
BücherPresse
Pf. 500266
2000 Hamburg 50

wie die Gewinne aus der Produktion der PKWs — auch trickreiche Betrügereien bei Devisengeschäften konnten nichts daran ändern. Bei der schnellen Absahne kommt es immer weniger darauf an, kostengünstig und effizient zu produzieren. Eine gute Spekulationsnase ist wichtiger — und das ergibt sich als Kombination von Information, modernster Computertechnologie, Phantasie und Dreistheit: Man mische einige Äußerungen des US-Finanzminister Baker über den nach wie vor zu hohen Dollarkurs mit den zinspolitischen Strategien der Bundesbank in Frankfurt, gebe etwas japanische Exportinteressen hinzu, bereite das alles im Computer auf, und schon hat man die Erkenntnis, daß es allerhächste Zeit ist, aus den US-amerikanischen Investments abzutauchen. Gehen die großen Anleger, wie am „Schwarzen Montag" geschehen, voran, dann gibt es fast kein Halten mehr. Verkaufen, um die Verluste zu minimieren, ist dann die Botschaft, die das Handeln bestimmt. Was individuell rational ist, ist für das System allerdings höchst irrational: Der run auf die Verkaufsorders bewirkt nur tiefere Kursrückgänge. Die Letzten beißen dann die Hunde.

Die kleine Teilhabe am großen Geld

Szenenwechsel. Berlin — zum Leidwesen des Diepgen-Senats kein Finanzplatz von irgendwelcher Bedeutung, weshalb für September 1988 ersteinmal Weltbank und internationaler Währungsfonds zu ihrer Jahrestagung eingeladen wurden, um den haut gout der Hochfinanz wenigstens für wenige Tage in der Stadt zu haben. Aber ganz abgeschnitten vom internationalen Finanzgeschen ist auch Berlin nicht. Den Knall von New York haben nicht nur institutionelle Anleger verspürt, sondern auch Finanzjongleure aus dem Kreis der „neuen Selbständigen" und der Lehrer-, Ärzte- und Architektenmittelschicht, die sich im Zuge des mehrjährigen Aufwärtstrends haben dazu verleiten lassen, auch mal 'ne schnelle Mark zu machen.

Nächtlicher Treffpunkt dieser Szene sind die Hallen der BHI-Bank und der Berliner Bank in der City, in denen die notwendigen Computer und BTX-Geräte stehen, die es ermöglichen, über die Zeitzonen hinweg die weltweiten Finanzoperationen zu verfolgen und Käufe und Verkäufe zu tätigen. Die wichtigsten Finanzplätze der Welt auf dem Bildschirm und die direkte Kommunikation auf dem Tisch — die Bedingungen für eine Teilhabe am globalen Monopoly sind da. Und sie werden genutzt: Uni-Assistenten mit speziell geschriebenen Börsenprogrammen füttern ihre portables, Lehrer mit dünnen Spezialtip-Broschüren entwickeln umspannende Anlagestrategien. Die Direktleitung zum Brokerhouse nach New York vermittelt Exklusivität und die notwendige Omnipotenz, die das Spielchen so reizvoll macht. Favoriten sind hier die besonders reizvollen weil risikobehafteten Terminoperationen, bei denen die Kurse von Papieren, Aktien oder auch Schweinehälften für ein bestimmtes späteres Datum fixiert sind. Die Teilnehmer am Spiel brauchen zum Einstieg fast kein Geld: bezahlt wird erst zu Termin. Am „Schwarzen Montag" sind einige der Träume geplatzt: Die Kurse sind auf breiter Front so stark gefallen, daß bei vielen Termingeschäften keine Erholung bis Fälligkeit zu erwarten ist. Dann muß zu einem Kurs gekauft werden, der vom Markt längst nicht mehr als realistisch eingestuft wird. Das ökonomische „high noon" ist angesagt. Wer schon heute seiner Nachschußpflicht nicht nachkommen kann, steuert spätestens zu Termin in den ökonomischen Ruin.

Das schnelle kleine Geld

Neuer Szenenwechsel. Eine großzügige Altbauwohnung in Kreuzberg. Bei Schampus und small talk werden Flüge gebucht. 3.000 Murmeln kostet das Ticket in das Reich des besonders schnellen Geldes. Fälligkeit sofort oder in 24 Stunden. DINKs, YUPPIES, SchülerInnen, Alternativos stellen das Ensemble. Unter der Regie geld- und ausbeutungserfahrener Sanyassins agieren die cleveren Abzocker, die als erste einsteigen und auf die Dummheit der großen Zahl, zumeist von Freunden und Bekannten hoffen, die dem Gesetz der geometrischen Reihe weniger Glauben schenken als dem New Age-Gesülze der Absahner. Die Umverteilung des Szenegeldes von den Zuletzt- zu den Zuerstgekommenen ist ein Nullsummenspiel, das durch das Gerede von der Lust an der Leistung und, wenn das nicht reichen sollte, durch einen — bescheidenen — Ablaß in Gestalt einer Spende an alternative Politikprojekte kaschiert wird.

Um all diese Spiele am Laufen zu halten, bedarf es eines ständigen Liquiditätszuflusses. Dafür sorgt ein neuer psychosozialer Typus: SGT (Schneller-Geld-Typus). Er ist die direkte Antwort auf den in den 70er Jahren von eifrigen Sozialwissenschaftlern entdeckten NST (Neuer Sozialisations Typus), der die immateriellen Werte hochhält und dem schnöden Mammon entsagt hat. Geld ist für den SGT das Schmiermittel seiner psychosozialen Reproduktion. Er ist immer auf der Höhe der Zeit, der wahre Agent der Postmoderne. Frei von moralischen oder politischen Skrupeln bewegt er sich im Dschungel des modernen Kasino-Kapitalismus. Im Zeitalter von Sexualangst und AIDS-Neurosen hat er ein neues lustvolles Betätigungsfeld aufgetan. Schwarze Tage, so lautet seine Botschaft, sind auch immer Kauftage. Nur eingetreten, meine Damen und Herren, die Spiele gehen weiter.

(aus: zitty, Nr. 23, 11. Jahrgang, 5. - 18.11.87)

Rainer Staudhammer

Die Märkte haben das letzte Wort

Der Börsenkrach im Spiegel der deutschen Presse

Schon seit geraumer Zeit wurde an den amerikanischen Börsen nicht nur über steigende Aktienkurse, sondern zunehmend auch darüber spekuliert, wann es — nach einer fünfjährigen beispiellosen Börsenhausse — zum nächsten Crash, einem Börsenkrach wie 1929, kommen würde. An Prognosen, die ein derartiges Ereignis für die nahe Zukunft voraussagten, mangelte es nicht; sie waren, wie das US-Magazin Time am 5.10. berichtete, zu einer blühenden Wachstumsindustrie geworden.

Bekanntlich kommt es bei Krisenprognosen dieser Art jedoch nicht nur auf das vorausgesagte Ereignis an, entscheidend ist vielmehr der exakte Zeitpunkt. Die Voraussagen eines Börsencrashs verloren deshalb im gleichen Maße an Glaubwürdigkeit, wie die Aktienkurse, getragen von einer gewaltigen Spekulationswelle, weiter haussierten und auf immer neue Rekordstände zutrieben. So kam denn auch der dramatische Kurssturz am ,,Schwarzen Montag'' des 19. Oktober, der in seinen Ausmaßen, wenn auch (noch) nicht in seinen Auswirkungen den ,,Schwarzen Freitag'' des Jahres 1929 in den Schatten stellte, trotz aller Vorwarnungen für die meisten Beobachter ziemlich überraschend.

Besonders unerwartet kam das Debakel, das in kürzester Frist allein in den USA Vermögensbestände im Wert von über 1 Billion Dollar auslöschte, für die deutsche Medienöffentlichkeit, nachdem es ihr seit der Bonner Wende gleichsam zur pflichtgemäßen Gewohnheit geworden war, Konjunkturoptimismus auszustrahlen, und sie auch im laufenden ,,fünften Jahr des Aufschwungs'' die konjunkturellen Aussichten unverdrossen in rosigen Farben gemalt hatte. So urteilte etwa die FAZ noch am 10.10., nachdem ihr Anzeichen einer gewissen Verunsicherung an den Märkten aufgefallen war, klipp und klar: ,,Somit dürfte auch die Gefahr von plötzlichen Kurszusammenbrüchen an den Weltbörsen nicht allzugroß sein. Im Gegenteil.''

In der Tat schien im Lichte der ökonomischen Fakten, zumal aus deutscher Sicht, auch wenig Anlaß zu ernster Besorgnis zu bestehen. Das Wirtschaftsbarometer zeigte weiter aufwärts: die Wachstumsaussichten waren positiv, die Inflation weitgehend unter Kontrolle, das Arbeitslosenproblem hatte man erfolgreich aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt, der Außenhandel verzeichnete Rekordüberschüsse, und die Schuldenkrise, von der man am ehesten eine Erschütterung der Finanzmärkte erwartet hätte, war zwar nicht gelöst, aber doch irgendwie im Griff. Dementsprechend verharmlosend fielen auch die ersten Reaktionen auf den Schwarzen Montag aus. Sie waren geprägt von einer Mischung aus ungläubigem Staunen, Zweckoptimismus und dem alles überragenden Bemühen um Beschwichtigung. Die Märkte, die durch den Börsenschock arg durchgerüttelt wurden, sollten durch kritische Pressestimmen nicht noch weiter verunsichert werden. Ruhe schien die erste Journalistenpflicht. ,,So schnell wie möglich ‚business as usual', heißt die Devise'' — so gab das *Handelsblatt* (HB) am 26.10. die auf Vertrauensbildung zielende Losung aus.

Zur Beruhigung wurde auf die ,,fundamentalen'' Konjunkturdaten verwiesen, und die waren, folgte man der deutschen Presse, so gut wie schon lange nicht mehr. So versicherte das HB am 21.10. seinen Lesern: ,,Für den Einbruch an den Aktienbörsen der Welt kann die Entwicklung der Wirtschaft in den westlichen Industriestaaten und des Welthandels nicht als Beitrag oder Ursache herangezogen werden. Im Gegenteil: nach den meisten Prognosen. . . wird sich die weltwirtschaftliche Expansion fortsetzen.'' Und eine Betrachtung der jüngsten Konjunkturentwicklung in der BRD verleitete das Blatt gar zu dem Schluß: ,,Das Fundament für ein solides Wachstum ist somit fester geworden. Dies ist ein gutes Omen für die Börse.'' Auch die FAZ attestierte der deutschen Wirtschaft noch am 3.11. ,,insgesamt einen grundsoliden und prosperierenden Eindruck''.

Konnte man so einerseits keinerlei reale Basis für den spektakulären Börseneinbruch erkennen, weshalb man ihn auch vorzugsweise in Naturmetaphern als ,,Börsengewitter'', ,,Oktoberblitz'', ,,Erdbeben'', ,,Klimawechsel'', ,,Höllenfeuer'' etc. beschrieb und so gleichsam in den Rang eines Naturereignisses hob, so vermochte man ihm auf der anderen Seite sogar noch Positives abzugewinnen. Nachdem man den Börsenboom jahrelang als untrügliches Zeichen für die weitere Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft gewertet hatte, war man sich nun einig, daß es mit dem Höhenflug nicht ewig so weitergehen konnte, daß Wall Streets Börsenauf-

,,Wirklich ‚arm' geworden sind durch die Ereignisse der letzten Tage nur wenige. Die meisten können sich nur nicht mehr so reich fühlen wie bisher.''
(FAZ vom 22.10.1987)

schwung, wie das HB (20.10.) im nachhinein herausfand, „eine Stimmungs-Hausse, kein Realitäten-Boom" war. So gesehen, erschien der Finanzkrach bloß als „reinigendes Gewitter", als „notwendige Kurskorrektur", um der Überspekulation ein Ende zu bereiten und an den Börsen wieder zu normalen Verhältnisse zurückzukehren.

Gegenüber diesen Beschwörungs- und Beschwichtigungsversuchen trat die Suche nach den Gründen für das Börsendesaster verständlicherweise in den Hintergrund. Wie nach rettenden Strohhalmen griff man nach Begründungen, wo immer man welche finden konnte. Neben den unverhüllten Drohungen von US-Finanzminister Baker, den Dollar weiter absacken zu lassen, reichte die Palette der vermeintlich krisenverursachenden Faktoren von der Einführung der Quellensteuer über die Zuspitzung im Golfkrieg bis hin zu den „übrigen Krisenherden" dieser Welt — „wie etwa den Philippinen" (Süddeutsche Zeitung v. 24.10.) — die im politischen Umfeld für Hektik und Nervosität sorgten. Wobei offen blieb, was die Einführung der Quellensteuer hierzulande mit der Börsenpanik in New York zu tun hatte, oder weshalb die schon seit längerem schwelenden Krisenherde ausgerechnet jetzt eine solch verheerende Wirkung entfalten sollten.

Das HB (20.10.) machte in der Unerfahrenheit vieler in den letzten Jahren zu schnellem Reichtum gelangter und vom Hochgefühl steigender Aktienkurse verwöhnter Börsen-Yuppies, die „die deprimierenden Auswirkungen fallender Notierungen bislang zu selten erlebt" hätten, eine wesentliche Ursache des Debakels aus. Schließlich glaubte man, im sog. Programmhandel, computergesteuerten Kauf- und Verkaufsoperationen, den eigentlich Schuldigen gefunden zu haben. Mit geradezu fortschrittsfeindlicher Pathetik stellte die Süddeutsche Zeitung (SZ v. 24.10.) den „seelenlosen Rechenmaschinen" die Vorzüge der heutigen Präsenzbörse gegenüber, „bei der sich Menschen gegenüberstehen und feinfühlig-flexibel auf die Änderungen des Markttrends reagieren können."

Doch gerade mit diesen feinfühligen Wesen ging ein paar Tage später das HB (5.11.) hart ins Gericht und klagte insbesondere jene Investoren an, „denen jahrelang das Geldverdienen an den Börsen zu leicht gemacht wurde", und die sich auf der Suche nach immer neuen Gewinnquellen wie die Ratten von Hameln „blind auf die notorisch positiven Tendenzanalysen der Wertpapierindustrie verließen". Dabei hatten doch die einschlägigen publizistischen Organe zuvor selbst das grassierende Börsenfieber nach Kräften angeheizt, indem sie sich mit lukrativen Aktientips und gewinnversprechenden Anlageempfehlungen aller Art gegenseitig überboten.

In ihrer schieren Beliebigkeit und Widersprüchlichkeit offenbarten diese Erklärungsversuche ein Maß an Konfusion, das dem Chaos an der Börse kaum nachstand. In der sicheren Erkenntnis, daß sich auch aus Krisen eine Menge Kapital schlagen läßt, hatte bereits einen Tag nach dem Schwarzen Montag der Aktienberater der alternativen taz, der seit einiger Zeit das Börsengeschehen für die Alternativszene fachkundig kommentierte und so das gestiegene Interesse einstiger Kapitalismusverächter an der Umverteilung des Mehrwerts im Wege der Börsenspekulation bzw. an den Verlockungen der Casino-Society dokumentierte, für besonders Risikofreudige den Tip des Tages ausgegeben: „Schwarze Tage sind Kauftage!" — so wollte es zumindest das Börsenlatein.

Doch die Freude währte nicht lange. Über eine Woche hat es gedauert, ehe die Medien in diesem unserem Lande — angesichts des „größten Börsenkrachs aller Zeiten" (Die Zeit) — aus ihrem Dornröschenschlaf, in den sie sich mit schönfärberischen Konjunkturprognosen und einfältigen Wendeparolen selbst gelullt hatten, aufwachten und zu einer realistischeren Lagebeurteilung zurückfanden. Dabei lagen die tieferen Ursachen des Börsenkrachs seit langem auf der Hand: die gigantischen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die wiederholt fehlgeschlagenen Versuche, diese abzubauen, auf der einen Seite sowie die zunehmende Diskrepanz zwischen Finanz- und Gütermärkten, zwischen monetärer und produktiver Entwicklung des Kapitals, die in der jüngsten Spekulationswelle ihren sinnfälligsten Ausdruck fand, auf der anderen.

Für beide trägt die als „Reaganomics" auch hierzulande zu hohen Ehren gelangte angebotsorientierte Wirtschaftsdoktrin zwar nicht die alleinige, aber doch einen wesentlichen Teil der Verantwortung. Ihre Politik des deficit spending, der Einkommensumverteilung zugunsten der wohlhabenden und der Deregulierung gaben der Börsenspekulation mächtig Auftrieb, während gleichzeitig der defizitfinanzierte Aufschwung und ein infolge der restriktiven Geld- und Zinspolitik maßlos überhöhter Dollarkurs die Ungleichgewichte im Welthandel zu Lasten der USA enorm verschärften. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Chronologie der Ereignisse, die schließlich zum Crash führten, ihre zwingende Logik: die Bekanntgabe des abermals höher als erwartet ausgefallenen US-Handelsbilanzdefizits am 14.10. und die wieder ansteigende Tendenz der Zinsen, die die Aktienmärkte in höchste Alarmstimmung versetzten, sowie kurz darauf die drohende Ankündigung des US-Finanzministers an die Adresse der BRD, den Dollar weiter fallen zu lassen, d.h. die Phase der währungspolitischen Zusammenarbeit auf Basis des Louvre-Akkords aufzukündigen, reichten aus, um den Börsentaumel von Euphorie in Panik umschlagen zu lassen.

War Reagans Angebotspolitik einst mit dem Ziel angetreten, die Staatsverschuldung drastisch zu reduzieren, das Haushaltsdefizit auszugleichen, den Geldwert zu stabilisieren, Staatseingriffe zu minimieren und die Leistungsfähigkeit der US-Ökonomie zu steigern, so wurde am Ende in all diesen Punkten das genaue Gegenteil erreicht: die Verschuldung stieg in Reagans Amtszeit schneller als in irgendeiner anderen Periode, das Haushaltsdefizit erreichte astronomische Höhen, die USA wurden in wenigen Jahren vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt, der Dollar fiel — nach einer künstlichen Stärkephase — auf seinen historischen Tiefstand, die staatlichen Interventionen an den Devisenmärkten nahmen ein ungekanntes Ausmaß an, und während die Welt in dem phänomenalen Dollaranstieg noch ein Zeichen wiedergewonnener Stärke zu erkennen glaubte, untergrub dieser in Wirklichkeit auf fatale Weise die Konkurrenzfähigkeit der US-Industrie. Schlimmer noch: war es dereinst das vorrangige Motiv der „konservativen Revolution" gewesen, für stabile ökonomische Rahmenbedingungen zu sorgen, so waren diese nach dem Schwarzen Montag instablier denn je.

So berechtigt die Kritik an der amerikanischen Wirtschaftspolitik zweifellos ist, so sind einseitige Schuldvorwürfe an die Adresse der USA, wie sie gegenwärtig allenthalben zu vernehmen sind, jedoch nicht nur kurzsichtig, sondern zum jetzigen Zeitpunkt auch völlig deplaziert. Ihre Attraktivität ergibt sich vor allem daraus, daß sie von eigenem Verschulden ablenken und eine einfache Lösung der Krise suggerieren: die USA brauchten nur ihr enormes Budgetdefizit abzubauen, und schon käme die Weltwirtschaft wieder ins rechte Lot. Doch die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind nicht nur das Problem der USA. Von der amerikanischen Schuldenpolitik und dem überhöhten Dollar konnte — neben Japan — vor allem die BRD profitieren, da sie die heimische Exportwirtschaft massiv ankurbelten und so zur entscheidenden Konjunkturstütze wurden. Ohne sie hätte es den viel gepriesenen „Aufschwung" hierzulande nie gegeben.

Die ungebrochene Stärke der deutschen Exportwirtschaft, die zuletzt im September mit einem neuen Rekordergebnis aufwarten konnte, ist die Kehrseite der defizitären US-Handelsbilanz. Der Aufschwung, in dessen Glanz sich die Kohl-Regierung sonnte, war zum Gutteil mit gepumpten und überteuerten Dollars finanziert. Die Rechnung dafür steht allerdings

noch aus. Erst als die rasante Talfahrt des Dollars die Exportchancen der deutschen Industrie beeinträchtigte, wurde in der hiesigen Presse, nachdem man Reagans Politik lange genug applaudiert hatte, Kritik an den horrenden US-Defiziten laut.

Es wäre indes töricht zu glauben, die USA würden — womöglich um den Preis einer internen Rezession und zum Nutzen ihrer schärfsten Weltmarktkonkurrenten — die Zeche für den geborgten Aufschwung und den Abbau der Handelsbilanzungleichgewichte allein bezahlen, schon gar nicht in einem Wahljahr. Und selbst wenn sie wollten, wären sie dazu vermutlich kaum in der Lage. Die USA sind zwar noch stark genug, um weltwirtschaftliche Krisen zu erzeugen, aber nicht mehr, um diese zu steuern, geschweige denn zu lösen. Die gegenwärtige US-Strategie zielt denn auch darauf ab, eine Rezession im eigenen Land um jeden Preis zu verhindern und mittels der Dollar-Waffe die Kosten des Anpassungsprozesses so weit wie möglich den Überschußländern aufzubürden.

Der Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte wird — wenn überhaupt — nicht ohne schwerwiegende Konsequenzen für die deutsche Exportwirtschaft bleiben, ob er sich nun zwangsweise (über einen weiteren Dollarverfall) oder freiwillig (über eine Reaktivierung der Binnenkonjunktur) vollzieht. Gegenüber solchen Überlegungen stellt sich die deutsche Wirtschaftspresse jedoch taub, während die führenden Konjunkturforschungsinstitute gar nach wie vor — an jeglicher Realität vorbei — in weiter steigenden Exporten den Motor für künftiges Wirtschaftswachstum sehen.

Während sich so die Konflikte zwischen den führenden Welthandelsmächten im Gefolge des Börsen-Crashs gefährlich zuspitzten, war sich die Presse weitgehend einig, daß die heutige Situation mit der der 20er Jahre nicht zu vergleichen sei. „1987 ist nicht 1929" — so lautete fortan die gebetsmühlenartig wiederholte Trostformel. Schon am Tag nach dem Schwarzen Montag stand für das HB zweifelsfrei fest: „Für die Wiederkehr eines ‚schwarzen Freitags' gibt es kein Anzeichen", und auch für die SZ (24.10.) war der Crash von 1929 „aus grundsätzlichen Gründen mit dem Debakel von heute nicht vergleichbar". Und dies, obwohl zu jenem Zeitpunkt die Parallelen zwischen beiden Ereignissen immer zahlreicher und immer augenfälliger wurden. Nicht nur der fieberhafte Spekulationsboom hatte sein Pendant in den „Goldenen 20er Jahren", auch die liberalistische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, der ungleichgewichtige Handelsaustausch und die Verschiebung der ökonomischen Machtzentren sowie die wachsende Tendenz des ökonomischen Nationalismus und Protektionismus riefen fatale Erinnerungen an die Zeit vor Ausbruch der damaligen Wirtschaftskrise wach.

Zum Beweis für die Unvergleichbarkeit der beiden Situationen wurde in der Regel auf das seither installierte „Sicherheitsnetz" in Form von wohlfahrtsstaatlichen Auffangmechanismen, ein erprobtes Krisenmanagement sowie die verbesserte internationale Koordination verwiesen. Dabei hatten gerade die Erfahrungen der letzten Jahre — etwa die zu einem reinen Medienspektakel entarteten Weltwirtschaftsgipfel oder zuletzt das soeben gescheiterte Louvre-Abkommen, das die Wechselkurse auf ihrem Stand von Anfang des Jahres stabilisieren sollte — gezeigt, daß die Existenz eines solchen Sicherheitsnetzes wenig nützt, wenn fundamentale Interessengegensätze einer effektiven, auf Konsens basierenden Politikkoordination entgegenstehen.

Die Bundesregierung wäre derzeit gut beraten, jetzt das seit Jahren von den linken Alternativ-Ökonomen der Memorandum-Gruppe geforderte konjunkturelle Ankurbelungsprogramm schnellstmöglich in die Tat umzusetzen, statt rechthaberisch die Schuld bei anderen zu suchen oder störrisch die Versäumnisse der Vergangenheit anzuklagen. Die außenwirtschaftlichen Bedingungen für ein solches Ankurbelungsprogramm nach keynesianischem Muster, das den USA mehr Anpassungsspielraum einräumen und die von der Börsenkrise ausgehende Rezessions- und Protektionismusgefahren dämpfen könnte, waren selten so günstig — ein solches Programm selten so dringlich wie jetzt.

Während die US-Regierung schon seit längerem auf Expansionskurs gegangen ist, gefällt sich die Kohl-Regierung jedoch lieber bei der irrigen Vorstellung, auf einer Stabilitätsinsel inmitten von weltweiten Wirtschafts- und Währungsturbulenzen zu leben, und hält unbeirrt an ihrem „Konsolidierungskurs" fest. Dabei fehlt es auch im bürgerlichen Lager nicht an gewichtigen Stimmen, die vor den Gefahren einer solchen Politik warnen. „Wer sich in der jetzigen Phase immer noch die Inflationsbekämpfung auf die Fahne schreibt", malte die Wirtschaftswoche (30.10.) die Konsequenzen drastisch an die Wand, „könnte gerade jenen volkswirtschaftlichen Kontraktionsprozeß in Gang setzen, der 1929 so fatale Folgen hatte". Und im Hinblick auf die Tagesordnung stellte der Economist (31.10.) kurz und bündig fest: „The immediate task is a Keynesian one!"

Daß sich die Bonner Wende-Regierung zu einer solchen radikalen Kehrtwende, die einem politischen Offenbarungseid gleichkäme, entschließen könnte, erscheint allerdings mehr als unwahrscheinlich. Sie droht vielmehr zum Gefangenen und Opfer ihrer eigenen Wirtschaftsideologie zu werden. Vielleicht besteht darin heute die größte Gefahr, daß sich die Ereignisse von 1929 — wenigstens in groben Zügen — noch einmal wiederholen könnten. . .

Gut zwei Wochen nach Ausbruch der Börsenkrise, die „Nebel an den internationalen Wertpapiermärkten" hatten sich laut HB (5.11.) noch immer nicht gelichtet, hatte die deutsche Presse ihre Fassung fürs erste wiedergewonnen und verfiel einmal mehr in ihre Lieblingsrolle: der Politikerschelte wg. Sündigens wider die Tugenden der Marktwirtschaft. ‚Die Märkte', so lautete ihr Fazit aus dem Börsenmassaker, hätten den Politikern das Vertrauen entzogen. In den Worten der vornehmen Neuen Zürcher Zeitung (NZZ v. 1.11.) klang dies so: „Die Krise an den Aktienmärkten ist vorab ein Mißtrauensvotum an die Adresse der Regierungen und spiegelt in erster Linie den Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Wirtschaftspolitik wider." Zugleich war sich die NZZ ganz sicher, „daß von einem Versagen der Märkte nicht die Rede sein kann, ganz im Gegenteil." Auch die SZ (22.10.) entdeckte jede Menge „Sünden wider die Marktkräfte" — und es klang schließlich fast wie die Ankündigung des jüngsten Gerichts, als das HB (21. u. 22.10.) in der „Lawine" an der Wall Street, „unter welcher Millionen von Anlegern verschüttet wurden", ein „vernichtendes Mißtrauensvotum" gegen die Politik der Louvre-Partner erkannte (was bekanntlich deshalb besonders mißlich ist, da in bürgerlichen Demokratien in erster Linie „die Märkte" und nicht Politiker oder Parlamente die Politik bestimmen).

Doch wie, so fragt sich der Laie, kann es sein, daß die Märkte, die doch nach klassischer Auffassung Ausdruck und Inbegriff ökonomischer Rationalität sind, wegen einiger Lappalien von der Art der Baker-Äußerungen plötzlich derart ins Rotieren kommen und einer Politik das Mißtrauen aussprechen, die doch wesentlich dazu beigetragen hat, daß die fundamentalen Daten der Konjunktur, wie immer wieder versichert wird, in bester Ordnung sind und zu keinerlei Besorgnis Anlaß geben? — In Wirklichkeit offenbarte der Börsenkrach vor allem zweierlei: erstens, daß die Reaktion der Märkte weder in der Phase der spekulativ überreizten Börsenhausse noch in den Tagen der alles mitreißenden Börsenpanik sehr viel mit ökonomischer Rationalität, dafür umso mehr mit Profitgier und dem rastlosen Streben nach kurzfristiger Gewinnmaximierung zu tun hatte. Und zweitens, daß es mit den ökonomischen Grunddaten nicht so weit her sein kann, wie es professionelle Konjunkturdeuter ständig weiszumachen versuchen.

Wenn der Börsen-Crash etwas zurecht erschüttert haben sollte, dann zuallererst das Vertrauen in die Magie der Marktkräfte und in eine Politik der zügellosen Dere-

gulierung, Liberalisierung und Privatisierung. Und auch dies wurde — kleine Ironie am Rande — nirgendwo deutlicher formuliert als in der ehrwürdigen NZZ (27.10.): „Der Börsenkrach hat aber auch die Erkenntnis wieder in Erinnerung gerufen, daß Märkte häufig weitaus weniger effizient sind, als behauptet wird, und daß marktinduzierte Anpassungen mit hohen Kosten behaftet sein können. (. . .) In den letzten Jahren ist es mehrfach zu absurden Marktentwicklungen gekommen: insbesondere die krassen Überbewertungen von Dollar und Pfund und anschließenden Korrekturen, die Entwicklung der Zinsen, die Inflation der Aktienkurse und dann der Kurssturz". Und nicht zuletzt hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Implikationen wagte das Blatt eine weitsichtige Prognose: „Eine Konsequenz dieser Ineffizienz der Märkte ist eine Änderung der politischen Haltung in den Fragen der Deregulierung und Intervention. (. . .) Auf praktischer Ebene heißt dies, daß die Ereignisse der letzten Woche zu einer Phase der Re-Regulierung der Märkte führen werden."

Die Wirtschaftsjournaille hätte also — wie dieser Streifzug durch den deutschen Blätterwald zeigen sollte — allen Grund gehabt, sich selber an die Nase zu fassen: wegen blinder Marktgläubigkeit, konjunktureller Schönfärberei und fortgesetzter Irreführung der Öffentlichkeit!

Das **Sozialistische Büro** in Offenbach sucht zum 1.1.88 eine/n

Fotosetzer/in

(halbtags, 20 Stunden) für ein Compugraphic Satzsystem.

Der/die Bewerber/in sollte mit selbständigem Arbeiten vertraut sein. Erfahrung im Fotosatz ist erwünscht, aber nicht Bedingung. Die Arbeit kann selbständig eingeteilt und organisiert werden, Stechuhren gibt es bei uns nicht, Engagement und Interesse für die Arbeit sind daher vonnöten.

Bewerbungen: Tel. 069/88 50 06

Angelika Beer/Reinhard Kaiser

Die Lanzen der NATO zerbrechen!

Auf den Artikel von Dan Diner: „Eine Lanze für die NATO" in der letzten Nummer von „links" antworten Angelika Beer, grüne Bundestagsabgeordnete, und Reinhard Kaiser, Mitarbeiter der „Grünen im Bundestag".

In der NATO laufen gegenwärtig verschiedene außerordentlich spannende Diskussionsprozesse ab. Ganz kurzfristig geht es darum, ob auch nach Abschluß des Mittelstreckenabkommens am 7.12. die Stationierung dieser Waffen in Europa weiter fortgesetzt werden soll. Darüber hinaus stellt sich die Frage, durch welche neuen Waffensysteme die entstandene Raketenlücke geschlossen werden kann. Dafür sind eine ganze Reihe von Optionen im Gespräch: Vermehrung der seestationierten und/oder luftstationierten Cruise-Missile, Stärkung und Verbesserung der mit Atombomben bewaffneten Luftstreitkräfte (Erhöhung der Eindringfähigkeit o.a. durch Entwicklung der elektronischen Kampfführung), Einführung von luftgestützten Mittelstreckenraketen, statt der demnächst verbotenen bodengestützten. . . Weiter steht an die („dringend erforderliche") Modernisierung der atomaren Kurzstreckensysteme, die Integration der binären chemischen Waffen, die die USA ab Dezember produzieren werden, und eine generelle Verstärkung der konventionellen Streitkräfte.

Weitgehender Konsens scheint über die neue Seekriegsdoktrin zu bestehen, aber es gibt Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Überhaupt tut sich die NATO im Moment mit Entscheidungen schwer. Dafür ist eine Fülle von Widersprüchen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern und in ihnen verantwortlich, die sich unter zwei wesentlichen Rahmenbedingungen entfalten:

Erstens: den überall einigermaßen leeren Kassen. Zwar versichert man sich gegenseitig regelmäßig, daß die Rüstungsausgaben um 3 % netto jährlich ansteigen sollen und müssen. Aber nur Norwegen hält sich daran, und kein Land sieht sich real in der Lage, die ehrgeizigen Rüstungsunternehmungen, die man für notwendig hält, auch zu finanzieren.

Zweitens: einer tiefsitzenden Angst v[illegible] einer „neuen Stationierungsdebatte". Die traumatische Wirkung der 83er Ereignisse auf die Planungs- und Entscheidungsträger der westlichen Militärallianz wird vielfach unterschätzt. Man muß aber bedenken, daß seit der Debatte über die Neutronenbombe 1979 *kein einziges* größeres Aufrüstungsprogramm der NATO mehr ohne gravierende öffentliche Widerstände über die Bühne gegangen ist. Keinesfalls will man einen neuen politischen Flächenbrand, wie die Massenproteste von 1983 riskieren.

Dies wäre für die NATO alles unangenehm, aber noch nicht weiter schlimm, gäbe es nicht das Phänomen Gorbatschow. Seit gut zwei Jahren treibt Gorbatschow die NATO abrüstungspolitisch vor sich her. Er zielt darauf ab, die interne Legitimation für westliche Rüstungspolitik zu erschüttern. Dazu gehören u.a. Feindbildabbau, Aufgreifen einzelner Interessendivergenzen zwischen NATO-Mitgliedsländern, flexibles Reagieren auf neue Entwicklungen, gnadenloses beim-Wort-nehmen westlicher Politiker. All dies kann man gerade bei der Null-Doppelnull-Kampagne sehr schön studieren. Bemerkenswert war hier in den Monaten nach Reykjavik, wie gerne viele westliche Politiker und Militärs von dem 1981 gegebenen Wort „Null-Lösung" wieder heruntergekommen wären. Und ihre Angst vor einem Wiederaufleben der Stationierungsdebatte trug wesentlich dazu bei, dies zu verhindern.

Nun hat diese aus friedensbewegter Sicht ausgesprochen erfreuliche Entwicklung der letzten zwei Jahre in der Bundesrepublik einen ganz eigenartigen Effekt ausgelöst. Einige Köpfe der Linken entdecken die NATO als Friedenskraft und verspüren die dringende Notwendigkeit „eine Lanze für sie zu brechen" (so Dan Diner in der letzten Nummer von links), bekunden gar die Bereitschaft „für die NATO kämpfen" zu wollen (Otto). Wollen wir uns

mit solchen Positionen auseinandersetzen, müssen wir jedesmal erst einen gewissen Unwillen überwinden. Haben sie denn wirklich alles vergessen, was sie über NATO-Militärs und ihre Rolle in Griechenland, der Türkei, was sie über die NATO-Militärdoktrin, was sie über den Grundkonsens der militärischen Abschreckung, was sie über die gegenseitige Unterstützung bei Militärinterventionen in der 3. Welt einmal gelernt haben? Wir müssen zunächst die verwirrte Frage niederkämpfen: meint ihr eigentlich wirklich, daß diese Leute plötzlich Friedensfürsten geworden sind? Und wenn ja, welches Wunder der Natur hat das vollbracht?

Dan Diner zählt in seinem Artikel vier Argumente auf, warum die NATO friedenspolitisch wichtig ist. Mit diesen werden wir uns kurz auseinandersetzen:

● Die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik schütze uns vor der Wiedervereinigung und der Gefahr eines neuen großdeutschen Machtblocks. Wir sind auch gegen die Wiedervereinigung, aber es ist uns nicht einsichtig, wieso einseitige Abrüstung in der Bundesrepublik, eine Politik, die auf Entmilitarisierung zielt, zu einem deutsch-deutschen Machtblock führen wird. Andererseits sehen wir eine sehr große Gefahr, daß der Verzicht auf einseitige Abrüstungspolitik die Bildung eines militärischen Machtblocks in Westeuropa rasch weiter voranschreiten läßt.

● Eine gut funktionierende NATO könne sehr wohl als Träger von Abrüstung dienen. Ja, zwei wohlfunktionierende Paktsysteme seien für Rüstungskontrolle sogar erforderlich. Der Gedanke, man könnte aus einer Aufrüstungs- mal so eben eine Abrüstungsorganisation machen (Hauptsache, sie funktioniert gut!) grenzt an politische Satire. Die Sachlage ist im Augenblick die, daß die NATO in gewisser Hinsicht eben nicht besonders gut funktioniert (siehe oben); Gott sei Dank!

● Durch den Abgleich der Interessen im Bündnis gebe es weniger Konflikte, darum weniger Grund für Rüstung der einzelnen Staaten gegeneinander. So gesehen, ist es natürlich eine große Katastrophe, daß die Schweiz, Österreich, Schweden oder Jugoslawien der NATO noch nicht angehören und dadurch potentielle Motivherde für militärische Aufrüstung bilden. Daß die NATO die wohlbegründete Erkenntnis der herrschenden Klassen verschiedener Länder ausdrückt, daß man besser nicht militärisch gegeneinander sondern gemeinsam gegen den Kommunismus steht, macht sie noch nicht zum friedenspolitischen Instrument. Daß wir keinen gegenseitigen Truppenaufmarsch zwischen Deutschland und Frankreich wollen, heißt doch noch lange nicht, daß wir dafür sind, daß sich Deutschland und Frankreich gegen die Sowjetunion verbünden.

● Unruhe in den Blöcken gefährde Gorbis Reformkurs. Wir räumen ein: eine ,,konfliktträchtige Auflösung'' des Warschauer Vertrages, also Ausscheren der Völker Osteuropas aus dem Bündnis mit der Sowjetunion, würde zweifelsfrei in Moskau scharfes Nachdenken darüber verursachen, ob Gorbatschows Reformkus eine gute Idee war. Wieso Gorbis Reformkurs aber davon lebt, daß wir im Westen treu zur NATO stehen, ist uns schlicht nicht einleuchtend. Abrüstung in der Bundesrepublik dürfte von der Sowjetunion wohl eher begrüßt werden.

Nichts an diesen ,,neuen'' Ideen ist neu. Neu ist nur, daß es ,,Linke'' (oder ,,Grüne'') sind, die sie sich zu eigen machen. Diese Ideologie vom konfliktregelnden und friedensstiftendenden Wert der Militärpakte bekamen wir bisher von Konservativen und, bisweilen am saubersten formuliert, von Genscher-Liberalen entgegengehalten. Was bei Genscher konsequenter Ausdruck intelligent-konservativer Politik ist, auf dem sicheren Boden des Kampfes für Frieden und Freiheit gegen den Kommunismus, ist bei den ,,linken'' NATO-Befürwortern nur ein Akt politischer Selbstaufgabe. Denken wir Dan Diners Position weiter:

Nur im gut funktionierenden Blocksystem ist Rüstungskontrolle, kontrollierte gegenseitige Abrüstung möglich, sagt er. Wir müssen also alles vermeiden, was zu ernstlichen Störungen im Funktionieren der Blöcke führt. Also: Schluß mit gesellschaftspolitischen Experimenten! Schluß mit dem Gerede von ,,systemverändernder Politik''! Jeder ernsthafte Schritt weg vom Status quo in einem oder gar mehreren NATO-Ländern führt zu Auseinandersetzungen im Bündnis mit unkalkulierbaren Weiterungen und ist daher im Interesse des funktionierenden Blocksystems zu vermeiden.

Wir wären dankbar dafür, in diesem Zusammenhang von Dan, Joschka und Otto ein klares Wort zu unserer Bundeswehr zu hören. Mitgliedschaft im militärischen ,,Verteidigungs''-Bündnis NATO bedeutet doch auch: Bundesdeutscher Wehrbeitrag. ,,Dringend erforderlich'' ist also auch ein neues, konstruktiveres, nicht durch falsche Glaubenssätze behindertes Verhältnis zum Militär. Zweifelsfrei eine ganz neue Spielart ,,linken'' politischen Denkens.

Im Grunde bedeutet schon das Prinzip der Gewaltfreiheit eine Absage an jede Form von Militarismus und damit auch an das Militärbündnis NATO. Einerseits Gewaltfreiheit zu propagieren und gleichzeitig ein ,,neues Verhältnis'' zu der vernichtendsten Form staatlicher Gewaltorganisation, dem Militär (und seiner bündnismäßigen Organisation) zu verlangen, scheint uns unvereinbar zu sein. Oder positiv gesagt: die GRÜNEN und die Friedensbewegung wollen den hochmilitarisierten Status quo verändern, einen Durchbruch zur Abrüstung erreichen. Wir wollen damit bei uns, bei ,,unseren eigenen'' Truppen anfangen. Wir wollen mit echter Abrüstung beginnen und nicht darauf warten, daß Gorbi der NATO noch ein paar Raketen abhandelt. Wenn Verhandlungen und Abrüstung zusammengehen, wenn wir durch antimilitaristische Politik dazu beitragen, daß sinnvolle Rüstungskontrollverträge zustande kommen — umso besser. Einseitige Abrüstungsschritte und Rüstungskontrolle schließen sich überhaupt nicht aus. Aber Abrüstungspolitik und NATO-Solidarität schließen sich aus. Sobald wir ernsthafte Abrüstungsschritte unternehmen, die offensivsten Waffensysteme beseitigen, den Rüstungshaushalt kürzen, die WHNS-Abkommen kündigen, wird die NATO-Frage uns von außen gestellt, von der NATO selbst. Die NATO wird einen friedenspolitischen Kurs der Bundesrepublik (und/oder anderer Mitgliedsländer) als das empfinden, was es ist: ein Bruch jener westlichen Solidarität, die auf militärischer Abschreckung und der Drohung mit Massenvernichtung beruht.

An dieser Sachlage kommt kein friedenspolitisches Konzept vorbei. Wer meint, den Weg zu einem zivilen, zivilisierten Europa zusammen mit den Libyenbombardierern und den Befehlshabern der Golfinterventionsflotte gehen zu können, dürfte irren.

(Die Autoren sind Mitglieder der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag)

Ekkehart Krippendorff

NATO-Diskussion:

Wider die realpolitische Vernunft

Die Aufforderung, mich zu Dan Diners NATO-Lanze und zur linksgrünen Außenpolitik zu äußern, erreichte mich zu spät, um einen ausgewogen-abgewogenen Beitrag zu schreiben. Doch des Grundsätzlichen wegen meine ich, mich doch zu Wort melden zu sollen. Auch liegt mir daran, voranzuschicken, daß ich — er weiß es — ein positiver Diner-Leser bin, also viel von ihm gelernt habe und das auch weiterhin gern tun werde, vom persönlichen Respekt ganz zu schweigen. Dasselbe gilt auch vom gescheiten Bruno Schoch und den anderen, die sich da zu Wort gemeldet haben. Da es aber um die Sache — oder doch eine Sache — geht, sind eine deutliche und in diesem Falle auch kompromißlos-offene Sprache und Ausdrucksweise vonnöten.

Ich halte das, was Dan Diner schreibt, für ganz und gar richtig — oder genauer: seine notwendigerweise knappen Ausführungen sind schlüssig und weitgehend überzeugend. Und doch halte ich das, was er sagt, für eine intelligente Demonstration politischer Unvernunft, gerade weil es so vernünftig klingt. Hier spricht die Logik der Realpolitik, die historisch für alle Kriegskatastrophen (der europäischen Neuzeit zumindest) verantwortlich ist, ohne es allerdings zugeben zu können (diese Kriegskatastrophen erscheinen ja immer entweder als Betriebsunfälle oder als das Werk von solchen, die die Spielregeln angeblich verletzten). Diner bewegt sich soziologisch — als Intellektueller und als Hochschullehrer — in der Tradition derer, deren staatserhaltender wissenschaftlicher Auftrag darin besteht, diese Unvernunft der Realpolitik in den Köpfen der öffentlichen Meinungsmacher und damit der Beherrschten als einzig vernunftgemäßes Nachdenken über und Erklären von Politik durchzusetzen und zu verankern; das ist bekanntlich über die Jahrzehnte — vielleicht muß man sagen: Jahrhunderte — hinweg auch gelungen, so daß jedem Versuch, aus diesen Vernunftkategorien der Realpolitik auszubrechen und andere Wirklichkeiten als möglich denkerisch zu antizipieren, das Odium des Traum- und Wunschdenkens, der Emotionalität und damit das „Türöffnen für ganz andere" (Bruno Schoch) anhaftet.

Um zu wiederholen: Diner (aber auch Schoch, der allerdings in seinem Zorn etwas weniger) hat in der Sache von Westintegration vs. deutscher Hegemonial-Nationalstaat ganz recht: Letzteren zu verhindern war und ist eines der nicht einmal ganz verborgenen Motive für die NATO. Aber ist das „die Sache", um die es geht, wenn wir über „Außenpolitik" nachdenken? Was heißt es, „über Außenpolitik" nachzudenken — und was bedeutet es, wenn wir, diese dauernd zitierte „Linke", über Außenpolitik nachdenken? Seien wir doch zunächst einmal ganz nüchtern und „realpolitisch" bescheiden: es ist doch politisch völlig belanglos, ob Dan Diner nun für oder gegen die NATO ist — und dasselbe gilt für Bruno Schoch, für Ekkehart Krippendorff, für die „links"-Redaktion und ihre Leser usw. Es wäre sogar auch „realpolitisch" belanglos, wenn die Grünen geschlossen für die NATO wären, wie es belanglos wäre, ob sie dagegen wären; im ersten Falle hätten sie sich bestenfalls einen Statistenplatz unter den Akteuren des Staatsschauspiels gesichert, im zweiten Falle blieben sie weiterhin auf den billigen Plätzen im Zuschauerraum. Um weiterhin im Bild zu bleiben: wer jedoch hat den besseren Überblick über das, was da gespielt wird, wer kann das Stück besser in seiner Gesamtheit beurteilen, kann es besser übersehen: der Statist auf der Bühne, oder der zum Gebrauch seiner kritischen Intelligenz befähigte Zuschauer (der im übrigen auch für die Show bezahlt)?

Nehmen wir doch, als Publikum, als Objekte der vor uns agierenden Staatsherren und Herrschaften, diese große Chance wahr und beobachten wir kritisch, was uns da geboten wird, ob dort oben wirklich unsere Interessen wahrgenommen, verhandelt werden — oder nicht vielmehr etwas ganz anderes? Bruno Schoch empört sich über Mechtersheimers Aussage zu Jalta, der sich „getraut" habe, die Großen Drei eines „zynischen Umgangs mit Recht, Territorien und Menschen" zu bezichtigen, daß sie „die Chancen von 1945 moralisch und politisch verspielt und die Menschheit an den Abgrund der Selbstvernichtung geführt" haben. Ja stimmt das denn nicht? Haben jene Großen Drei (was machte sie schon „groß" als die von ihnen verwalteten militärisch-ökonomischen Machtpotentiale, sicherlich keine irgendwie menschlich zu nennende Größe) denn nicht anhand von Landkarten mehr oder minder willkürlich Menschen von Menschen, Familien von Familien, Nachbarregionen von Nachbarregionen durch Grenzen getrennt, „Schach" oder „Risiko" mit ihnen gespielt, sie/uns behandelt wie Rinder- oder Schafsherden, wie eine Rangiermasse auf der Weltkarte der Machtpolitik? Gut: es ging um die Zerschlagung Hitlerdeutschlands — aber der Krieg war ihnen ja bekanntlich von unserem Führer

aufgezwungen worden, der seinerseits sehr realpolitisch (man lese dazu nur mal wieder A.J.P. Taylors Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges) ebenso Macht- und Risikopolitik gespielt, nur leider sich verkalkuliert hatte. Aber der aufgezwungene Krieg macht aus den Großen Dreien ja noch keine Antifaschisten im demokratisch-humanistischen Sinne von Antifaschismus, der, ernst genommen, ja etwas anderes bedeutet als nur ein Zentraleuropa ohne KZs. Sie hatten schließlich alle mit diesem Hitler-Regime bis zur letzten Minute ihre Geschäfte gemacht, keiner hatte 1933 ff. etwa die diplomatischen Beziehungen abgebrochen oder Exilregierungen aus deutschen Antifaschisten gebildet. Und sie alle drei haben ja doch die wirklichen, die radikalen Antifaschisten jeweils für ihre ganz und gar nicht antifaschistischen Zwecke verheizt: die Sowjetunion spätestens seit dem Spanischen Bürgerkrieg, Churchills England den griechischen Widerstand, F.D.R. et al. die italienische Resistenza. Usw. Und das darf nicht ,,zynische Machtpolitik'' genannt werden, nur weil diese Staatsinteressen ab einem gewissen Zeitpunkt ,,objektiv'' antifaschistisch gewendet wurden, d.h. den Hitler'schen Staat zerschlugen? Das alles ist ja bekannt genug, will aber erinnert sein und muß vor allem vor einem weiter auszuleuchtenden historischen Hintergrund gesehen werden:

Daß das Zentrum von Staatsgrenzen, die, an menschlichen Bedürfnissen von Zusammenarbeit, Austausch, kultureller gegenseitiger Befruchtung der Vielfalt gesellschaftlicher Selbstverständigungen gemessen immer willkürlich sind, d.h. Herrschaftsinteressen und damit Beherrschungsinteressen entspringen, das ist nun keine Erfindung der Herren von Jalta — das ist älter und geht weiter in die Staatengeschichte selbst zurück, die, ihren vielfältigen Erscheinungsformen entkleidet und auf ihr Gerippe reduziert, eine Gewalt- und damit Kriegsgeschichte ist. Es sind schon immer deren und nicht unsere Interessen gewesen, die da in den Kriegen und den diesen folgenden Friedensschlüssen verhandelt wurden. Wenn sich solche — wie im Falle Jalta — noch mit hohen moralischen Rechtfertigungen schmücken lassen, um so glücklicher so ein Umstand! Aber das sollte uns, dem Publikum, den Opfern von Krieg und Frieden, nicht den klaren Blick trüben und die Erscheinung für das Wesen nehmen lassen.

Um das Gesagte etwas zu verfremden: nach einem anderen großen Friedensschluß, dem von Frankfurt, 1871, schrieb ein politisch engagierter ,,utopisch''-revolutionärer deutscher Zeitgenosse: es hätte Bismarck, ,,dem gewaltigen Niederkämpfer des letzten Friedensstörers (Napoleon III.) doch aufgehen dürfen, daß dem freventlich heraufbeschworenen furchtbaren Kriege ein anderer Friede zu entsprechen habe als diese zu steter Kriegsbereitheit geradezu anleitende Abmachung zu Frankfurt a/M. Hier würde dagegen die Erkenntnis der Notwendigkeit und Möglichkeit einer wahrhaftigen Regeneration des der Kriegszivilisation verfallenen Menschengeschlechtes einen Friedensschluß haben eingeben können, durch welchen der Weltfrieden sehr wohl anzubahnen war: es waren demnach nicht Festungen zu erobern, sondern zu schleifen, nicht Pfänder der zukünftigen Kriegssicherheit zu nehmen, sondern Pfänder der Friedenssicherung zu geben; wogegen nun historische Rechte gegen historische Ansprüche, alle auf das Recht der Eroberung begründet, einzig abgewogen und ausschläglich verwendet wurden. Wohl scheint es, daß der Staatenlenker mit dem besten Willen nicht weiter sehen kann, als es hier gekonnt wurde. Sie phantasieren alle vom Weltfrieden; auch Napoleon III. hatte ihn im Sinne, nur sollte dieser Friede seiner Dynastie mit Frankreich zu gute kommen: denn anders können diese Gewaltigen sich ihn doch nicht vorstellen, als unter dem weithin respektierten Schutze von außerordentlich vielen Kanonen.'' Der Autor war ein politisch denkender, diese Politik zuende denkender Zeitgenosse — aber kein Politiker, schon gar kein ,,Realo''. Er hat die Logik jenes aus dem Sieg der Kanonen über den Erzfeind erstandenen Deutschen Reiches zuende gedacht, das die Realpolitiker seiner Zeit sich damals ebensowenig wieder wegdenken konnten, wie die Realpolitiker heute ihre NATOs und WVOs: er sah die Konsequenz von 1871 im Zusammenbruch dieses Regimes, als gewaltsamen Zusammenbruch staatlicher Regime überhaupt und nannte das Ganze ,,Götterdämmerung'', die zerstörerische Logik der Machtpolitik. Der Mann hieß Richard Wagner.

War er — wie Schoch triumphierend einwenden könnte — ,,objektiv'' ein ,,Türöffner für andere''? Nun, das lag und liegt an denen, die das Vernünftige eines aus der Logik realpolitischer Unvernunft von Rüstung, Drohpolitik und staatlichen Herrschaftsinteressen ausbrechenden Denkens denunzieren als Träumerei und Emotion, als ,,unrealistisch'' und ,,gefährlich'', weil es an die Grundmauern des Bestehenden, das ja nun sogar einen ersten wirklichen Abrüstungsschritt möglich macht (die Pferdefüße dieser teilweisen Raketenrüstung werden wir — buchstäblich — noch teuer bezahlen!), rüttelt. Keine Frage: da kommt auch viel — im schlechten Sinne — Gefühliges mit herauf, wird Bodensatz aufgerührt, Unfug geredet, von ,,deutscher'' und ,,nationaler'' Frage'': Schoch sieht da scharfsinnig schon ganz recht und ich stimme ihm zu. Aber das alles ist doch nur möglich, weil er und die in-

Samuel Schneelicht

Das Bayerndorf in Chile

,,Bayerndorf'' und ,,Villa Bavaria'' nennt sich jetzt das von rund 300 Bundesbürgern bewohnte Landgut in Südchile, das sich unter dem Namen colonia dignidad (dt. Kolonie Würde) einen traurigen Namen als Folterlager des chilenischen Geheimdienstes DINA gemacht hatte. Die Umbenennung der 1961 gegründeten, hermetisch von der Außenwelt abgeschlossenen Siedlung soll jetzt vergessen lassen, daß mehr als 100 chilenische politische Gefangene dort gefoltert wurden und viele von ihnen danach für immer ,,verschwanden''. Das wußte man und es hatte keine Konsequenzen. Seit aber 1985 drei Mitglieder der sektenähnlichen Gruppe flohen, wissen bundesdeutsche Behörden und der CSU-nahe ,,Freundeskreis colonia dignidad'', daß das Führungsgremium der Gruppe auch die eigenen Leute mißhandelt. Mittlerweile berichtet die chilenische und bundesdeutsche Presse, was die Behörden lange unter Verschluß hielten: Selbstjustiz, harte körperliche Strafen und Teufelsaustreibungen, die de Sade'sche Phantasien Wirklichkeit werden lassen, werden an Deutschen verübt.

Das wiegt mehr als die Mißhandlung chilenischer Gefangener. Das Auswärtige Amt arbeitet jetzt an einem Krisenplan, nach dem Paul Schäfer, der charismatischen Führer der colonia dignidad, als Alleinschuldiger zur Rechenschaft gezogen werden soll. Schäfers homosexueller Mißbrauch abhängiger Jugendlicher hatte den früheren deutschen Botschafter in Santiago, Strätling, nicht gestört, als dieser ihn 1977 nach einer Publikation von amnesty international über die dort verübten Menschenrechtsverletzungen durch die Siedlung führte. Strätlings Amtsnachfolger Horst Kullak-Ublick will Schäfer nun ,,nicht weiter Gelegenheit geben, Kinder bei sich schlafen zu lassen''. Am 14. November 1987 besuchte er das Gut. Auch er wurde von Schäfer geführt. Obwohl Botschaft und Auswärtiges Amt es dementieren, diente dieser zweite Besuch im Gegensatz zum ersten nicht der Entlastung der colonia dignidad, sondern der Inspektion. Den Bericht des Botschafters prüft das AA nun ,,vorsichtig''.

Elf Jahre lang hatte amnesty international vor dem Bonner Landgericht mit der colonia dignidad prozessiert. Kleine Zeitungen wie die ,,links" (März 1983) und die Lateinamerikanachrichten hatten über die Folterungen in der colonia dignidad und ihre exzellenten Beziehungen zur CSU und zum Bonner Waffenhändler Mertins berichtet. Diese ,,Kampagne der internationalen marxistischen Mafia" — so eine rechte chilenische Zeitung — ist nun zur Staatsaktion geworden. Ausgerechnet der würzburger Professor und Strauß-Spezi Lothar Bossle forderte Mitte November von Pinochet Schäfers Verhaftung und Auslieferung.

Vielleicht wird in naher Zukunft klarer werden, welche politischen Konstellationen die pseudochristliche Gruppe so viele Jahre gedeckt haben. Die ausgeklügelte elektronische Überwachung in und um das Gut, die ausgedehnten Wirtschaftsaktivitäten (Straßenbau, Lebensmittelhandel und ein dem münchner Olympiazelt nachgebautes Restaurant, Schürfrechte und Abbau von Gold, Uran und dem Zukunftmetall Titanium), all das kann nicht das Werk einiger Fanatiker sein. Vielleicht helfen die lebensgroßen Bilder von Strauß, die in der colonia dignidad hängen, das Geheimnis zu entschlüsseln.

Chile-Dokumentation

,,In Chile von der Todesstrafe bedroht — in der Bundesrepublik zum Sicherheitsrisiko erklärt", eine Dokumentation von medico international, FDCL und den Menschenrechtsgruppen DEUMECH und COSECH zu den 14 von der Todesstrafe bedrohten Chilenen.
35 S., Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 65

tellektuellen, akademisch trainierten Außenpolitik-Denker es nicht zulassen, oder besser: sie sich nicht darauf einlassen, politisch radikal zu denken und folglich das notwendige Nachdenken über andere Politik als die der staatlichen Machtapparate sich selbst, d.h. konkret: denen mit viel Gefühl und emotionalem Engagement überlassen, statt radikale Gefühle in solidarischer Kritik zu klären und zu läutern. Sich über die Unbeholfenheit utopischen, nicht-realpolitischen Denkens zu mokieren, ist das Einfachste auf der Welt für scharfsinnige, formulierungsbegabte Leute. Nur hat es letztlich keine anderen Prämissen als die der realexistierenden Herrschaft, ist es nur die verfeinerte Form der ideologisch reproduzierten globalen Unvernunft und fällt dann notwendigerweise in den Schlußfolgerungen auf deren politische Praxis (,,NATO und WVO müssen sein") zurück.

Was ist das auch für eine doppelte Unsinns-Alternative, vor die wir da gestellt werden: deutsch-nationaler Einheits- und Hegemonialstaat versus Stabilität durch Blockpolitik? Warum dürfen wir uns nicht den Luxus erlauben, beides als gefährlichen Unsinn beim Namen zu nennen? Das eine als potentiellen Unsinn (obwohl, realistisch gesprochen, diese Deutsche Einheit, die Neuauflage eines Deutschen Nationalstaates auch für die vorhersehbaren 2000er Jahre so wahrscheinlich ist, wie die Wiederkehr Christi), das andere als lebensgefährlichen Unsinn — und beide Varianten sind als Unvernunft historisch zur Genüge plausibel demonstriert worden.

Warum dürfen wir uns — um die Problematik noch einmal etwas zu verfremden — nicht den ,,Luxus" erlauben, im Falklandbzw. Malvinen-Krieg für keine der beiden Seiten zu optieren, weil wir doch eigentlich auch damals hätten sehen (und es aussprechen) könnnen, daß beide Seiten im Unrecht waren, d.h. an den Bedürfnissen der von ihnen ,,vertretenen" Bevölkerung kein Interesse, außer einem manipulativen hatten und weiterhin haben. Warum sollten wir, irrelevant wie unsere Meinung in Offenbach und als Leser eines offenbach-frankfurterischen Intellektuellenjournals nun (leider) schon ist, z.B. Stellung beziehen für oder gegen den Iran oder den Irak in einem massenmörderischen Konflikt, der die historische Logik politischer Unvernunft auf ihren aktuell-anschaulichen Begriff bringt? Diese Aktualität ist die sehr alte historische Aktualität von staatlicher Gewaltherrschaft und ist älter als NATO und WVO, oder der Zweite Weltkrieg, oder der Erste, oder, oder. . . usw.

Quo usque tandem — wie lange noch zerbrechen wir uns die Köpfe der Herrschenden, oder richtiger: bemühen wir uns, die Welt durch deren Augen (als Macht-Landkarte von aggregierten Machtpotentialen, Staaten, Bündnissystemen, militärischen Sicherheitsproblemen etc.) zu sehen, sie uns intellektuell anzueignen und dann denen als wissende Experten um die Ohren zu schlagen, die aus dieser Unsinns-Logik verzweifelt (und auf unsere intellektuelle Hilfestellung angewiesen) aussteigen wollen und, mangels innovativer, ,,utopischer" Paradigma auf alte, schlechte Klischees zurückfallen wie etwa die ,,deutsche Einheit". Denn recht haben sie ja doch wohl: eine Mauer, eine Grenze, quer durch ein Land gezogen, ist ein Skandal, ist ein Verbrechen an den Menschen, wo immer das sei — ob in dem von deutschsprachigen Menschen bewohnten Land oder in Afrika, ob in Asien oder im Mittleren Osten (was Dan Diner besser weiß, als die meisten von uns).

Ich wünschte mir die NATO-Außenpolitik-Diskussion nicht so oberflächlich, nicht so historisch kurzsichtig und darum pharisäerhaft, ausnutzend vielmehr die Chance des schlichten, fast gratis zu habenden Stehplatzes im Zuschauerraum des Weltpolitik-Spektakels, das uns tagtäglich und seit Jahrzehnten und länger vorgespielt wird und das wir aufgerufen sind, nicht für die einzig denkbare Wirklichkeit zu nehmen. Denkt, bitte, denn dafür seid ihr — sind wir — gesellschaftlich privilegiert, etwas grundsätzlicher, etwas radikaler, etwas weiter ausholend über diese Fragen nach. Mischet euch unter das Volk, klärt es auf über Herrschaft und Staatsraison-Staatsunvernunft, bereitet — denn das ist doch der linke Auftrag — es, das Volk, auf und für eine qualitativ andere Politik von und für morgen vor, statt es auf die erwiesene traditionelle Pathologie, die Krankhaftigkeit von ins Heute verlängerter Vorgestrigkeit wieder einzuschwören. Erfreut euch nicht an der rhetorischen Brillianz eurer analytischen Fähigkeiten, eurer Überlegenheit über die Peinlichkeiten des Gefühlvokabulars, das in der Tat ohne euch — ohne uns — die Türe für andere öffnen könnte: die Geschichte ist voll von Beispielen solcher Volksbetrüge, nicht nur die deutsche Geschichte. Denn die Geopferten sind nicht nur das Volk, oder die Völker, sondern auch ihr/wir selbst in der Illusion auf dem Tiger lieber reiten zu wollen als von ihm verschlungen zu werden.

Winnie Geipert

„Politische Partie“

Kasparov 1975

Die Schlagzeilen des Spätherbstes konstrastieren die Titel der bestimmt 30 Neuerscheinungen zur Sowjetunion ganz auffällig. Während ein strahlender oder visionärer Gorbatschow auf den Buchrücken „kein Zurück für die zweite Revolution“ zuläßt, hagelt es „Rückschläge, Schlappen und Ohrfeigen“. Statt „Frühling in Moskau“ scheint nun das Revival der „Eisriesen“ angesagt. So besorgt oder amüsiert sich die Kommentare indes heute auch geben, die linken, liberalen und rechten Leitartikler und Kolumnisten unterscheiden sich eigentlich nur darin, daß sie ein-, zwei- oder dreispaltig im Dunkeln tappen

Die Zukunft des Wandels aus dem schlichten Umstand zu ergründen, daß der Russe meist dann ein Brett vor dem Kopf hat, wenn ihm Zeit und Muße zur politischen Weitung des Geistes gegeben sind, ist eher ein veristischer als ein antikommunistischer Ansatz, der manches zu erhellen verspricht. Denn Perestrojka hin und Glasnost her, der Sowjetmensch als solcher ist zunächst einmal ein leidenschaftlicher Schachspieler, den der Rummel ums Revolutionsjubiläum und der Zwist im ZK weit weniger in Bann schlagen als der nunmehr vierte Titelkampf der Komsomolzen Kasparov und Karpov im fernen Sevilla. Und Gründe hat er, der Russe, dafür zuhauf.

So erfüllt die erneute Konfrontation der weltbesten Spieler das vaterländische Herz nicht minder als das sportliche. Faszinierender und ergreifender aber dürfte sein, daß in Sevilla innersowjetische Gegensätze in einer Weise aufeinanderprallen, die Vergleichen mit den legendären Systemduellen Fisher-Spasski, Kortschnoj-Karpov in jeder Hinsicht standhalten. Kasparov gegen Karpov ist nicht weniger als ein Stellvertreterkampf der politischen Lager. Daß die beiden Mitglieder und Repräsentanten der KPdSU sich offen feindselig begegnen, ist nicht nur ein faktisches Novum. Es birgt auch eine kulturelle Qualität, die auszuhalten keine geringe Systemfrage sein dürfte.

Die Gegensätze könnten kaum schriller sein: der jugendlich-temperamentvolle Weltmeister — der biedere, kontrollierte Herausforderer; der schwarzgelockte armenische Athlet — der glattgescheitelte Beamtentyp aus Weißrussland. Während Kasparov taktische Verwicklungen sucht, um mit intuitiven Kombinationen schnelle Entscheidungen zu erzwingen, ist das wissenschaftlich-positionelle Spiel Karpovs darauf angelegt, haarfeine Vorteile auf lange Sicht zu verwerten. Und: während der Liebling der Westmedien sich offen zur Reformpolitik Gorbatschows bekennt, gilt der Musterknabe nicht nur des Schachverbandes als mutmaßlicher Konformist, als — so Kasparov — „Symbolfigur der Breschnew-Ära“.

Wie keine zuvor entpuppt sich deshalb die laufenden Begegnung als systemische Nagelprobe, wie keine zuvor ist sie politisch besetzt. Erfolge Kasparovs sind immer auch Erfolge des Neuen Denkens, Siege Karpovs, so eindrucksvoll sie auch sein mögen, werden stets als Machtanspruch des Gestrigen registriert. Das überraschend starke, ungemein aggressive Spiel Karpovs zu Beginn der WM und im unmittelbaren Vorfeld des Parteitags läßt den Rückschluß zu, daß dieser Anspruch keineswegs auf tönernen Füßen steht. Als Gorbatschow in seiner mit Spannung erwarteten Grundsatzrede zur Eröffnung des Parteitages der KPdSU überraschend die — laut Spiegel — mildeste von drei Varianten wählte, stand es in Sevilla 3,5 zu 3,5. Mit Mühe nur hatte Kasparov gerade ein Remis halten können. Seither spielt Kasparov ganz untypisch defensiv. Dies taktische Opfer seiner Offensivpotenz, dessen politische Entsprechung in der Preisgabe des Moskauer OBs Jelzin zu orten wäre, dient dem vorrangigen Ziel, standzuhalten. Der Vorteil der Titelträger besteht darin, daß ihnen ein Remis genügt.

Die Karriere Kasparovs als untrügliches Indiz der sowjetischen Reformpolitik zu werten, ist keineswegs überzogen. Der kometenhafte Aufstieg des Wunderknaben aus Baku verlief nur solange geradlinig, bis er an die Pforte des Schach-Krösus Karpov selber klopfte. Bis der jüngste Großmeister, der jüngste Auswahlspieler auch der jüngste Weltmeister aller Zeiten wurde, hatte er eine Reihe von Problemen zu lösen, die wenig mit Schach zu tun hatten. Anatoli Karpov, Träger des Leninordens, Vorsitzender des Sowjetischen Friedensfonds und nicht zuletzt ausgezeichnet mit dem Roten Banner der Arbeit war das Aushängeschild des Sowjetsports, an dessen Demontierung schlicht kein Interesse bestand. Erst der Druck einiger Politgrößen aus dem Reformlager ermöglichte den nun schon legendären ersten Titelkampf im Moskauer Gewerkschaftspalast.

Nachdem Kasparov — in schier aussichtlosem Rückstand — mit einer sensationellen Aufholjagd Karpovs Thron ins Wanken brachte, wurde mit fadenscheinigen Begründungen der Wettkampf abgebrochen. Die tumultuarische Szenerie in der Arena krönte der lauthals protestierende Kasparov; das erregte Publikum erlebte die Geburtsstunde des politischen Schachstreiters — dieweil unweit im Kreml Generalsekretär Tschernenko sich ans Sterben machte. Erst unter Gorbatschow konnte Garri Kasparow auch Weltmeister werden.

Kasparows Triumph ist zweifellos auch ein Triumpf der Perestrojka. Was er als begehrter Interviewpartner etwa des Spiegel schon vor seinem erfolgreichen Titelkampf zum Besten gab, hat in weit harmloserer Form früheren Sportskollegen wie Kortschnoj glatt die Staatsbürgerschaft gekostet. Sein (im Westen) just zur WM erschienenes Buch „Politische Partie“ setzt gerade in dieser Hinsicht neue Zeichen, wiewohl etwa die anrüchige Adaption eines Kampfes gegen Breschnjews „Reich des Bösen“ die „politische Unreife“ eines „Eiferers und Ungeduldigen“ demonstriert haben könnte. Daß solches in der Sowjetunion heute erlaubt sein könnte, verunsichert indes nun gar jene, die andernorts Kasparovs Kritik vorbehaltlos unterstützen würden. Ludek Pachmann etwa, Ex-Kader des Prager Frühlings und Vorsitzender der Konservativen Aktion, scheint um sein Weltbild zu bangen, wenn er in einer Fachzeitschrift nunmehr mit Karpov sympathisiert. Der Kreis derer, die „unsern guten, alten Breschnjew“ wiederhaben wollen, beschränkt sich keineswegs auf den Osten.

Anatolij P. Butenko (Moskau)

Die Revolution, die die Sache des Oktober weiterführt

Die zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution in der ,,links'' geführte Debatte über den sowjetischen Systemwandel wurde bisher von west- und ostmitteleuropäischen Autoren bestritten. Die Öffnung des wissenschaftlichen und kulturellen Diskurses in der UdSSR macht es nun möglich, auch sowjetische Autoren zu beteiligen.

Anatolij Pavlovitsch Butenko, der der ,,links'' den folgenden Originalbeitrag zur Verfügung stellte, ist Doktor der Philosophie und Professor sowie Abteilungsleiter am Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften in Moskau. Butenko (Jahrgang 1923) gehörte schon in den 50er und 60er Jahren zu einem Kreis von Reformkommunisten (mit Georgij Arbatov, Aleksandr Bovin, Fedor Burlackij, Georgij Schachnasarov u.a.), deren Wirken wiederholt von den gesellschaftlichen und politischen Erstarrungen blockiert und wohl teilweise auch aufgesogen wurde.

Anfang der 80er Jahre hat sich der Philosoph an einer der ersten öffentlichen Diskussionen beteiligt, die das Aufbrechen des engen sowjetischen Diskursrahmens ahnen ließen. In zwei Beiträgen für die Zeitschrift ,,Fragen der Philosophie'' (1982 und 1984) plädierte Butenko auch auf dem Hintergrund der polnischen Krise für einen erweiterten Konfliktbegriff, der Widersprüche im Sozialismus nicht mehr leugnete oder zu Nebensächlichkeiten erklärte (vgl. dazu R. Ahlberg, Konfliktheorie und Konfliktерfahrung in der UdSSR, in OSTEUROPA, 1985, 4, 233—255). Diese und einige andere ähnliche Beiträge lösten damals noch eine ideologische und z.T. auch administrative Gegenreaktion aus (vergleichbar den Schwierigkeiten, die die heute ebenfalls hoch geschätzte Soziologin Tat'jana Ivanovna Zaslavskaja nach der Westpublikation ihres sogenannten ,,Novosibirsker Papiers'' erfuhr).

Inzwischen steht Butenko für eine der wichtigsten Strömungen unter den überzeugten und aktiven Vordenkern umfassender politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Reformen in der UdSSR. Wie aus dem in einer marxistischen, heute auch in der ,,links'' beinahe exotisch wirkenden Terminologie abgefaßten Text hervorgeht, plädiert der Philosoph für eine Rückkehr zu den Inhalten und Diskursformen der vorstalinschen Sozialismusdebatte. Dabei geht es ihm jedoch nicht um eine Übernahme damaliger Modelle, sondern um eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Sozialismus- und des Revolutionsbegriffs, die sich sowohl von Konvergenzkonzeptionen wie von einer mechanischen Evolutionsdogmatik unterscheiden (s. dazu Ahlberg, Die sowjetische Gesellschaftstheorie in der Mitte der achtziger Jahre, in: OSTREUROPA, 1986, 5, 339—355).

Seit 1985 wendet sich Anatolij Butenko in seinen Veröffentlichungen immer wieder gegen ,,Dogmatismus'' und ,,Bürokratismus'', gegen den ,,Beharrungsmechanismus'', der der Perestrojka im Wege steht, und gegen schönfärberische Darstellungen der sowjetischen Geschichte zwischen den dreißiger und siebziger Jahren (s. z.B. seine Artikel ,,Umrisse des Bürokratismus'', in Sovetskaja kul'tura, 23.6.1987; ,,Die Dogmen aufgeben, die Widersprüche studieren'', in EKO, 1987, 4; ,,Theoretische Probleme der Vervollkommnung der neuen Ordnung: über die sozial-ökonomische Natur des Sozialismus'', in: Voprosy filosofii, 1987, 2; ,,Gibt es Grenzen der Öffentlichkeit?'', in: Novoe vremja, 1987, 40; ,,Beharrungsmechanismus: was das ist und wie mit ihm zu kämpfen ist'', in: Moskovskie Novosti, 1987, 43).

Zur Übersetzung des folgenden Beitrags: bei der Übertragung wurde versucht, möglichst wortgetreu zu übersetzen. Das russische Perestrojka wurde durchgängig als Umbau wiedergegeben. Die Quellenverweise auf Marx und Engels konnten aus Zeitgründen nicht mehr auf MEW zurückgeführt werden.

Klaus Segbers

Obgleich seit dem April-Plenum des ZK der KPdSU (1985) gerade etwas über zweieinhalb Jahre und seit den Beschlüssen des XXVII. Parteitags über die Konzeption der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes etwa eineinhalb Jahre vergangen sind, und obwohl die weitreichenden Folgen der Verwirklichung des neuen politischen Kurses der Partei noch nicht in vollem Maße und nicht allen sichtbar sind, ist das gegenwärtige Leben der sowjetischen Gesellschaft ein unwiderlegbares Zeugnis dafür, daß die sozialistische Oktoberrevolution weitergeführt wird, daß der sich in der Sowjetunion entwickelnde Umbau ein wahrhaft tiefer revolutionärer Prozeß ist, die Forsetzung der Sache des Oktobers auf einer neuen modernen Entwicklungsstufe der menschlichen Zivilisation und des Sozialismus. Jede Generation der sowjetischen Menschen hat ihren Beitrag zur Entwicklung, zur Stärkung und zum Schutz der Errungenschaften des Oktober geleistet. ,,In der gegenwärtigen Etappe setzen das sowjetische Volk, die Partei, angeleitet von der Leninschen Lehre und sie schöpferisch entwickelnd, die Sache der Revolution durch den Umbau fort, durch die Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens" (Materialien des Juni-Plenums des ZK, 25. - 26.6.1987).

In welchem Sinne kann man den Umbau (perestrojka, K.S.) eine Revolution nennen?

Während einer bestimmten Zeit zeigte es sich, daß die Identifizierung von Umbau und Revolution eine schöne und inhaltsreiche Vorstellung war, die es erlaubte, klarer und überzeugender die ganze Kompliziertheit und Gewichtigkeit jener Veränderungen aufzudecken, die es in der sowjetischen Gesellschaft zu verwirklichen galt und gilt. Später jedoch, als die wirkliche Tiefe und Vielschichtigkeit der bevorstehenden Veränderungen klar zutage trat, begann man anzuerkennen, daß der Umbau eine Revolution schon im Sinne einer qualitativen Umgestaltung der Gesellschaft ist. Natürlich nicht in dem Sinne, daß sie, wie es bei einer sozialen Revolution, bei sozial-politischen und sozialökonomischen Umwälzungen der Fall ist, sowohl die politische Macht wie auch die sozialökonomische Ordnung ändert. Jedoch ist es schon heute offensichtlich, daß auch eine solche Einschränkung nicht in allem gerechtfertigt ist, und bei weitem nicht in jeder Beziehung einen Vergleich mit dem Leben besteht. Wenn wir den Umbau mit immer größerer Gewißheit eine Revolution nennen, und durchaus nicht im metaphorischen Sinn, verstehen wir heute darunter mindestens drei miteinander verbundene, aber dennoch voneinander unterschiedliche Eigenschaften der sich entwickelnden und bevorstehenden Veränderungen.

Erstens, der Umbau tritt als Revolution auf, da er tatsächlich eine qualitative Veränderung oder Umgestaltung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens bedeutet — von der materiell-technischen Basis bis zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Bewußtseins: es steht ein entschiedener, radikaler Umbau der materiell-technischen Basis der Gesellschaft bevor, in ihr müssen alle Errungenschaften der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution verkörpert sein, und es müssen alle Folgen dieser Verkörperung für die sozialökonomischen und sozial-politischen Sphären verwirklicht werden, ebenso für die Sphäre des Bewußtseins, wo ein neues philosophisches und gesellschaftlich-politisches Denken unerläßlich ist.

Natürlich ist keine Rede davon, in irgendeiner Weise die tatsächlichen Errungenschaften der siebzig Jahre nach dem Oktober herabzusetzen, sondern davon, dem schon Geleisteten eine zeitgemäße Gestalt zu geben, die den Realitäten des späten 20. Jahrhunderts entspricht.

Zweitens, der Umbau bedeutet eine Revolution nicht nur und nicht so sehr in dem Sinne, in dem jeder Übergang zu einer qualitativ neuen Entwicklungsstufe von wesentlichen Veränderungen begleitet wird (etwa vom im wesentlichen errichteten Sozialismus zum entwickelten Sozialismus), sondern in einem anderen, sehr viel tieferen, *grundlegenden* Sinn. Geht es heute doch nicht darum, den gegenwärtigen Sozialismus mit seinem historisch entwickelten Wesen auf eine neue Stufe seiner eigenen Entwicklung zu heben, sondern darum, das Wesen des Sozialismus selbst zu ändern und umzubauen, seine gegenwärtige Grundlage zu entwickeln und umzugestalten.

Mit anderen Worten, es geht um den Übergang zu einem Sozialismus mit einem veränderten und (weiter) entwickelten Gehalt, gestützt natürlich auf das schon Erreichte und Errungene. Um diesen Übergang zu erreichen, und um den Sozialismus mit einem neu entwickelten Gehalt zu befestigen, genügt es nicht, den Sozialismus von den Entstellungen und Deformationen der jüngeren Vergangenheit zu säubern. Vielmehr muß in Theorie und Praxis seine neue Struktur aufgezeigt werden, sein erneuertes Wesen, das in vielem früher nicht vorausgesehen wurde, das jedoch alle fortgeschrittenen Errungenschaften der Gegenwart in sich verkörpert. Das ist die Schlüsselfrage für das Verständnis des Umbaus als Revolution.

Drittens, der Umbau tritt als revolutionärer Prozeß auf, da er nur als Ergebnis eines sozialen Kampfes verwirklicht werden kann, als zu verwirklichende Umgestaltung nicht nur ,,von oben", sondern auch

Neue Enzyklopädie über die Revolution

Zum Erscheinen der Enzyklopädie der Oktoberrevolution brachte die ,,Prawda" vom 28. September ein Interview mit I.I. Minz, dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates der Akademie der Wissenschaften für die komplexen Probleme der Geschichte der Oktoberrevolution. Auf die Frage, wie in der Enzyklopädie die Führer der Revolution präsentiert worden sind, antwortet Minz: ,,Insgesamt enthält diese Ausgabe 2.155 Artikel, davon 720 Biographien. Es gibt 650 Informationen über aktive Teilnehmer der Revolution. Dabei gibt es 22 neue biographische Artikel von solchen Führern, die 1917 eine größere Rolle gespielt haben wie I.N. Bucharin, G.E. Sinowjew, L.B. Kamenjew, A.I. Rykow, L.D. Trotzki, A.G. Schljapnikow und anderen. Mit Personennamen wurden fast alle Artikel ergänzt. . . Überhaupt wird in der Enzyklopädie an mehrere tausend Teilnehmer der historischen Ereignisse des Großen Oktober erinnert."

In einem Artikel der ,,Moskauer Nachrichten" wird kritisiert, daß zwar Namen, die lange nicht genannt wurden, wieder erscheinen, daß aber diese Persönlichkeiten als ,,politische Exponenten" bezeichnet werden, während alle anderen, die den führenden Körperschaften der Partei und des Staates angehört hatten, unter dem Titel ,,Teilnehmer an der Oktoberrevolution" erscheinen. Es bleibt völlig unverständlich, wieso diese Männer, die ,,auf Vorschlag Lenins" in das Zentralkomitee der Partei entsandt wurden, Schlüsselstellen in der Regierung eingenommen haben. Und vor allem: kein Wort wird darüber gesagt, wie ein großer Teil der Protagonisten unserer Geschichte ihr Leben beendet hat.

(aus: ips, Nr. 757, 1.10.87)

Realsatire, 2. Teil

In der September-,,links'' war von einem unerbetenen Staatsschutzbesuch in den Hamburger VoBo/SB-Räumen zu lesen — der kürzliche Besuch derselben Herren am 4. November war dagegen erbeten. Das Amtsgericht Hamburg stellte zuvor kurz und bündig fest: ,,Der Beschluß vom 15.6.87 (Beschlagnahmung des Info-Materials) ist aufgehoben'' und machte die Bahn frei für die schnellen Jungs vom Staatsschutz, damit sie eigenhändig den VoBo-Initiativen das beschlagnahmte Material zurückgeben konnten. Seitdem lagert das Papier wieder in den Räumen in der Altonaer Straße.

Was das ganze soll, wird sich manche(r) fragen. Wurden geheime Kommandoerklärungen gesucht? Mußten neue Leute in der Fachdirektion 721 ihr Praktikum absolvieren? Oder glaubte das Statistische Landesamt, einmal an echte Zahlen heranzukommen, weil ihm z.Zt. der rechte Überblick fehlt, welche Haushalte sich ordnungsgemäß verhalten haben, welche Haushalte zwar einen Bogen bekommen, aber nicht zurückgeschickt und welche Haushalte zwar keinen Bogen erhalten, ihn aber trotzdem zurückgeschickt. . . Auch Stapel beschädigter Volkszählungsbögen gelangten damit wieder in kompetentere Hände.

Der Ordnung halber sei aber am Schluß doch noch kurz und bündig festgestellt: ,,Die Behauptung, staatlichen Stellen sei das Papier ausgegangen, wird hiermit aufgehoben.''

,,von unten''. Er ist eine Wende, die von der Führung initiiert wurde und die von ihr geleitet wird, die aber von den Werktätigen selbst verwirklicht wird, und die ohne ihre selbständigen Handlungen undenkbar ist, eine Wende, die den Widerstand alles Überlebten bricht, die den Beharrungsmechanismus beseitigt, und die den Widerstand der Kräfte der Beharrung und Deformation und all jener überwindet, die die Veränderungen nicht wollen und den Umbau behindern.

Es versteht sich, daß es nicht richtig wäre, den sozialen Kampf um den Umbau — dafür und dagegen — als Klassenkampf aufzufassen: in der sowjetischen Gesellschaft gibt es keine politische Opposition gegen den Umbau, und in diesem Sinn sind alle auf einer Seite der Barrikade. Aber man darf nicht übersehen — der Bürokratismus und die Bürokratie, der Konservatismus und die Konservativen, der Dogmatismus und die Dogmatiker, die Betrüger und Veruntreuer, die Verteidiger von Protektion und Gleichmacherei, die Leute mit klar ausgedrückten persönlichen Ambitionen — all dies sind reale soziale Kräfte, die gegen den Umbau und für die Bewahrung der alten Ordnung auftreten.

Wenn es für das Verständnis des Umbaus als Revolution entscheidend ist, die Unerläßlichkeit des Übergangs zum Sozialismus mit einem neuen, entwickelten Gehalt zu begreifen, wenn es dazu erforderlich ist, in Theorie und Praxis dieses erneuerte Wesen des Sozialismus aufzuzeigen, wollen wir diese Frage ausführlicher behandeln.

Ziel ist die Befreiung der Arbeit

Niemand wird bestreiten, daß die soziale Revolution des Proletariats eine sehr tiefe gesellschaftliche Umwälzung ist, die die Befreiung der Arbeit zum Inhalt hat. Seinerzeit hat Karl Marx, als er über die ursprünglichen Ziele der Arbeiterklasse und ihren programmatischen Ausdruck in verschiedenen Ländern unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedingungen sprach, folgendes über das Gothaer Programm geschrieben: ,,Viele Punkte des Programms haben außerhalb Deutschlands keine Bedeutung. Spanien, Rußland, England und Amerika haben ihre Programme, die die besonderen Schwierigkeiten in jedem dieser Länder berücksichtigen. Die einzige Übereinstimmung dieser Programme besteht in der Gemeinsamtkeit ihres Endziels. (. . .) Dieses Ziel ist die *Befreiung der Arbeit*.''

Kann man aber sagen, daß die Befreiung der Arbeit als allgemeingültiger, internationaler Inhalt der gesellschaftlichen Umwälzung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gleichbedeutend ist oder, wie oft behauptet wird, reduziert werden kann auf die Eroberung politischer Macht durch die Arbeiterklasse und auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit der Hilfe des Staates? Keineswegs! Im Gegensatz zu den Vereinfachungen der Stalin-Periode und danach hat die umfassende Formel — Befreiung der Arbeit — , wie sie von Karl Marx vorgeschlagen wurde, für Marxisten-Leninisten eine ganze Reihe von Aspekten: sozial-ökonomische, gesellschaftlich-politische und geistig-moralische.

Bei der Analyse der Evolution der kapitalistischen Produktion im ,,Kapital'' hat Marx gezeigt, daß die wirkliche Befreiung der Arbeit als Inhalt der sozialen Revolution der Arbeiterklasse wenigstens zwei qualitative Umwälzungen voraussetzt. Erstens, die Überwindung der Entfremdung der Arbeit vom Eigentum, d.h. eine solche Verbindung des unmittelbaren Produzenten mit den Produktionsmitteln, die ihn selbst zu ihrem Miteigentümer macht. Zweitens, die Überwindung der Absonderung des Eigentums von seiner Verwaltung, was die Vereinigung nicht nur des Eigentümers und des unmittelbaren Produzenten, sondern auch des die Produktion Leitenden in einer Person voraussetzt. Die Aufgabe einer neuen Ordnung sei es, so Marx, ,,jedem Mitglied der Gesellschaft die Möglichkeit zur Teilnahme nicht nur an der Produktion, sondern auch an der Verteilung und Verwaltung des gesellschaftlichen Reichtums'' zu geben (MEW 19, russ., 113). Dabei befindet sich, gemäß dem Marxismus, die Aneignung des Eigentums durch die Werktätigen in direkter Abhängigkeit davon, inwieweit sie selbst ihn leiten, verteilen, was offensichtlich nicht in eins gesetzt werden kann mit der Konfiszierung und Nationalisierung, und was auch nicht in kurzer Zeit verwirklicht werden kann.

Es geht jedoch nicht nur darum. Marx und Engels meinten, daß die soziale Revolution der Arbeiterklasse sich nicht nur als gründliche sozial-ökonomische Umwälzung darstellt, sondern als tiefgehende Umformung der sozialen Klassenstruktur der Gesellschaft und der Formen ihrer Organisation. Im Verlauf einer solchen Umwandlung in diesem Bereich entfalten sich drei miteinander verbundene Prozesse: Erstens, der Übergang von einer Gesellschaft, die aus Klassenantagonismen gewebt ist, zu einer Gesellschaft, die keine Klassen und Politik kennt; zweitens, der Übergang von einer staatspolitischen Struktur zu einer staatslosen, von der staatlichen Macht zur staatslosen Lenkung; drittens, der Übergang von der Realisierung allgemeiner Funktionen der Lenkung gesellschaftlicher Angelegenheiten durch spezielle Leitende zu ihrer Umsetzung ohne Leitende, durch die Werktätigen selbst, durch das Volk. In einem Auf-

ruf an die Kommunisten, diesen Prozeß zu fördern, schrieb Marx: „Jener Zustand, in dem das Volk lenkt, soll *Selbstlenkung des Volkes* genannt werden."

Es ist weiter wichtig, daß die Befreiung der Arbeit unbedingt von einer Revolution im Bewußtsein begleitet wird, von der Durchsetzung eines neuen philosophischen und gesellschaftlich-politischen Denkens, einer neuen Sittlichkeit in den Beziehungen zwischen Staaten, Völkern, sozialen Gruppen und Individuen.

Ein solches, dem Marxismus adäquates und später von Lenin entwickeltes Verständnis der sozialen Revolution der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten muß gerade auch im Prozeß des Umbaus verwirklicht werden.

Das setzt vor allem einen Umbau des Bewußtseins voraus, d.h. die Überwindung vereinfachter Auffassungen von den der sozialen Revolution der Arbeiterklasse, und auch ein Verständnis der ganzen Begrenztheit und gelegentlich auch Fehlerhaftigkeit der Versuche zur praktischen Verwirklichung jener sozialökonomischen, sozial-politischen und geistig-sittlichen Umwandlungen, die sich in der Vergangenheit als Wesen der sozialen (sozialistischen) Umwälzung widergespiegelt haben, obgleich sie es entweder nicht waren, oder nur der Beginn zu ihr waren.

Deshalb tritt der Umbau schon jetzt in zwei Aspekten als Revolution hervor.

Erstens ist er berufen, revolutionäre Umwandlungen zu vollbringen, die die sowjetische Gesellschaft von jenen negativen Ablagerungen reinigen, die als Folge der Entstellung des Inhalts der Revolution entstanden sind, und die zur Befestigung von Formen, Ausstattungen, Strukturen geführt haben, die nicht den Sozialismus charakterisieren, sondern die sich unter seinem Aushängeschild eingebürgert haben, und die zu dem realen Beharrungsmechanismus geworden sind — das hat die sowjetische Gesellschaft letzten Endes in einen vorkrisenhaften Zustand eingesperrt. Michail Gorbacev wies auf diesen Aspekt des revolutionären Charakters des Umbaus hin, indem er auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU 1987 sagte: „Das Hinausführen unserer Wirtschaft aus dem vorkrisenhaften Zustand, in dem sie sich befand, bedingt die Unumgänglichkeit tiefer, tatsächlich revolutionärer Umwandlungen. Mit diesem Ziel haben wir die ganze ökonomische Strategie erarbeitet, und so beginnen wir ihre Verwirklichung." (Materialien des ZK-Plenums vom 25. - 26.6.1987).

Zweitens ist der Umbau nicht nur ein revolutionärer Reinigungsprozeß, der die sowjetische Gesellschaft vom Beharrungsmechanismus und von anderen negativen Erscheinungen befreit, sondern auch ein schöpferischer revolutionärer Prozeß, der unsere jetzige Konzeption der Befreiung der Arbeit, unser modernes sozialistisches Ideal bestätigen soll, das grundlegende Charakteristika hat, die nicht mit denen identisch sind, die noch bis vor kurzem angenommen und behauptet wurden. Wenden wir uns dieser Frage zu.

Veränderungen des sozialistischen Ideals

Indem sie die Bedingungen und Mittel der Erreichung des Endziels der sozialen Revolution — der Befreiung der Arbeit — konkretisiert, hat die revolutionäre Arbeiterbewegung unter dem Banner des Marxismus-Leninismus jenes sozialistische Ideal ausgearbeitet, dessen Realisierung das Erreichen des nächsten Ziels der sozialen Revolution sichern sollte. Ist dieses Ideal stets ein und dasselbe geblieben? Wie erscheint es uns heute?

Die Antwort auf diese Frage stößt auf ein sehr wichtiges Problem — das Problem des Charakters eines wissenschaftlich erarbeiteten sozialistischen Ideals. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß noch immer ein dogmatisches Verständnis dieses Ideals weit verbreitet ist, im Sinne einer ein für allemal vom Marxismus geschaffenen logischen Konstruktion, wobei ihr ganzes folgendes theoretisches Leben darin besteht, es in der praktischen Verwirklichung allseitig zu konkretisieren. Bei einem solchen Verständnis geht die Entwicklung des Ideals selbst verloren, weil auf diese Weise der Eindruck ensteht, als ändere sich hinsichtlich der Bedingungen nur seine Form. Jedoch widerspricht ein solcher Zugang der Dialektik, die davon ausgeht, daß sich alles bewegt und entwickelt, darunter auch das sozialistische Ideal, sein Wesensgehalt (suscnost'); unbeweglich ist nur die Abstraktion der Bewegung, wie Marx schrieb.

Dabei ist es wichtig zu unterstreichen, daß sich das Wesen des sozialistischen Gehalts selbst unter dem Einfluß zweier nicht gleichwertiger Faktoren verändert hat und weiter verändert: kraft der *objektiven* Veränderung der von dem Ideal widergespiegelten Wirklichkeit und durch die Gründe, die den *subjektiven* Erkenntnisprozeß und die Formierung des sozialistischen Ideals steuern und bewegen. Deshalb hat der Gehalt des sozialistischen Ideals verschiedenartige Veränderungen erfahren. Während anfangs, unter den Bedingungen des Kapitalismus, das sozialistische Ideal in seinen grundlegenden Charakteristika tatsächlich durch Voraussicht oder durch das „vorauseilende Bewußtsein" von Marx und Engels auf der Grundlage einer Verlängerung der Tendenzen und Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft gewonnen wurde, so wurden danach die wesentlichen Charakteristika des sozialistischen Ideals von Lenin unter Berücksichtigung der neuen Bedingungen abgeändert, d.h. hinsichtlich der Epoche des Imperialismus und des beginnenden praktischen Übergangs zu einer neuen Ordnung. Eine dritte und sehr wesentliche Modifikation der Wesenszüge des sozialistischen Ideals wurde von Stalin vorgenommen, der den Marxismus nicht nur äußerst vereinfachte und sogar verfälschte, sondern der Theorie und Praxis des Sozialismus entstellte und theoretische und praktische Formen einführte, die dem Sozialismus zutiefst fremd sind. Dem XX. und dem XXII. Parteitag gelang es nicht, die Tendenzen, die sich damals entwickelt hatten, und die sie stützenden Kräfte und Erfahrungen vollständig auszumerzen. Das Leben hat gezeigt, daß die Fehler und Entstellungen der Vergangenheit nicht zusammen mit Stalin gestorben sind. Gerade unter solchen Bedingungen muß jetzt noch ein Schritt getan werden: durch die Befreiung von den Ablagerungen der Vergangenheit die vierte Entwicklung der Wesenszüge des sozialistischen Ideals sichern.

Worin besteht der Hauptinhalt dieser Aufgabe? „Die Hauptfrage in Theorie und Praxis des Sozialismus ist", so Gorbacev auf dem letzten ZK-Plenum, „wie auf der sozialistischen Grundlage stärkere Stimuli des wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Fortschritts als im Kapitalismus geschaffen werden können, wie die geplante Steuerung mit den Interessen des einzelnen und des Kollektivs am effektivsten verbunden werden können. Das ist die allerschwierigste Frage, deren Antwort der sozialistische Gedanke und die gesellschaftliche Praxis suchten und suchen. In der gegenwärtigen Etappe des Sozialismus wächst die Bedeutung dieser Frage unermeßlich." (Materialien des ZK-Plenums, 25. - 26.6.1987).

Diese Fragen müssen wir im Denken und in der Praxis des Umbaus lösen, wenn wir die Revolution, die vor 70 Jahren begann, wirklich weiterführen wollen.

Klaus Segbers

Oktoberrevolution: Abschied oder zweiter Atem?

Siebzig Jahre nach der Oktoberrevolution, sechzig Jahre nach der endgültigen Reduktion ihrer Bedeutung auf die Existenz des Sowjetstaats, vierzig Jahre nach dessen Überleben im Kampf gegen den Faschismus, drei Jahrzehnte nach dem ersten, dann gescheiterten Neuansatz des Tauwetters, zwanzig Jahre nach der kurzlebigen Wirtschaftsreform geht es wieder um eine entscheidende Weichenstellung. Auf der Tagesordnung steht die Frage nach der Überlebensfähigkeit der UdSSR als zweiter Weltmacht, nach dem politischen und gesellschaftlichen Profil des wichtigsten Systems sowjetischen Typs, nach der wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit einer bislang und vorerst nicht marktregulierten Ökonomie. Schließlich geht es nicht zuletzt auch darum, auf welche Weise die Antworten darauf auch diejenigen im Westen betreffen, die sich ihren Dissens dort vom Zeitgeist nicht haben abschmeicheln lassen.

Die gegenwärtige Phase der Grundrenovierung und Transformation des Sowjetsystems hat ihre Vorläufer schon in einzelnen Debatten der siebziger Jahre. Die neue Revolution von oben hat nicht einfach mit dem Tod eines alten Generalsekretärs und mit der Wahl eines dynamischen Nachfolgers begonnen. Der Führungswechsel selbst war Ausdruck der tiefgreifenden Krise (und nicht von ,,vorkrisenhaften Erscheinungen'', wie es jetzt offiziell heißt), in die Wirtschaft, Gesellschaft und internationale Stellung der Sowjetunion am Wechsel zum gegenwärtigen Jahrzehnt geraten waren. Die allgemeine Stagnation, die bereits zur Regression überging, konnte durch kosmetische ,,Vervollkommnungen'' nicht mehr aufgehalten, geschweige denn überwunden werden. Insofern unterschied sich die Situation der SU damals wesentlich von früheren Problemlagen, die durch vorübergehenden Aktivismus, durch Kampagnen und halbherzige Reformen geglättet und weitergeschoben werden konnten. Diesen Ausweg gab es zu Beginn der achtziger-Jahre nicht mehr. Der dadurch erzeugte Zwang zur Lernfähigkeit übersetzte sich in eine weitgehenden Austausch der Macht- und Funktionseliten, in keineswegs integrierte, aber zumeist tiefgreifende Reformprogramme und vor allem in ein radikal verändertes Klima des öffentlichen Diskurses. Tausend Tage, die die Welt erschüttern?

Daß die durchgreifende Modernisierung und Umgestaltung eines Riesenstaates sich nicht nach dreißig Monaten mißt, daß Druck von oben oder unten Gegendruck erzeugt, daß die Klammer von Kontinuität und Bruch auch im Wandel zusammenhält, daß also Widersprüche, gegenläufige Bewegungen, Euphorie und Resignation, Geschäftsmäßigkeit und Pathos auf längere Zeit notwendig nebeneinander auftreten, miteinander ringen, sich aber auch anregen — all das ist in historischer Perspektive so gewöhnlich, daß das Erfordernis, gerade darüber immer wieder zu reden, ein Licht auf diejenigen wirft, die einen grandiosen Erfolg oder ein tragisches Scheitern nach kaum drei Jahren herbeireden wollen. So hurtig geht das nicht, und wer's nicht glaubt, möge sich übungshalber in die Geschichte des vorrevolutionären Rußland oder der Industrialisierung Westeuropas versenken.

Noch vor jeder Bewertung hängt [illegible] von den Kriterien ab, die wir anlegen, um Veränderungen zu erfassen. Wer denn, der Autor eingeschlossen, hätte 1982, noch 1985 für möglich gehalten, was heute in Moskau vorgeht? Wer auch in Moskau hätte es vorausgesehen? Daran gemessen, können die klimatischen und faktischen Neuerungen den Atem verschlagen. Die einzelnen Elemente des Wandels sind auch in der ,,links'' immer wieder beschrieben worden — um nur die neue Geschichtsaneignung, die Jugendkultur, die Bandbreite der Medien, die neuen Wirtschaftsnormen und die Initiativen zur Rüstungskontrolle zu nennen.

Andererseits — so viel all das ist, und so aufregend es ist, diesen Aufbruch am Ort und von von Ferne zu erleben — es ist erst so wenig, ein Anfang, gemessen an den Problemen und Ungewißheiten, die noch bevorstehen. Niemand sieht das deutlicher als die entschiedenen Reformer selbst. Die Prüfsteine werden die Dauer des klimatischen Frühlings, die Umsetzung der Reformbeschlüsse, die Kräfteverhältnisse und Stimmungen auf allen Ebenen von Partei, Staat und Gesellschaft sein. Es geht hier nicht nur um bislang verbotene Themen und Namen, um die Verbesserung von Organisation, Leistungen und Ergebnissen — es geht auch um Einstellungen, Mentalitäten, die sich in Jahrhunderten herausgebildet haben, und die in den grauen dreißiger Jahren wieder und weiter befestigt wurden. Es geht auch um die Strukturprobleme eines multinationalen Staates, dessen Ethnien ihre Identität bewahren wollen — und sie tun dies zunehmend — der sich jedoch nicht selbst wird demontieren können. Es geht, auch davon muß gesprochen werden, um ein internationales Umfeld, das eine erfolgreiche sowjetische Reformpolitik, ob sie sich nun dem Weltmarkt einpaßt oder nicht, ausnutzen und behindern wird.

Wir, die wir diesen Versuch einer ge-

steuerten Revolution beobachten, müssen auch unsere eigenen Maßstäbe reflektieren. Dabei werden wir feststellen, daß sie sich parallel zum Fortgang des Wandels im Osten ebenfalls verschoben haben. Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen stellen sich ein. Nach manchen Bildern, die verschüttet waren, wird nun in Rußland geistig mitgegraben, und aus Enttäuschung, aus dem Verlust positiver Utopien geborene Arrangements geraten allmählich in Unordnung. So werden in der Westlinken drei Argumentationslinien verfolgt: erstens, es hat alles keinen Zweck (gemeint auch: Sinn). Die Grundstrukturen des autoritären (modisch wieder: totalitären) Sowjetsystems seien nicht verrückbar. Argumentation: im Grunde hat sich ja kaum etwas geändert im Osten. Beruhigende Wirkung: das Weltbild kann stabil bleiben. Zweitens, der Umbau ist beängstigend. Was immer bislang an der SU zu kritisieren war, sie blieb dennoch ein potentieller Gegenentwurf zum Kapitalismus. Mit der Einführung von Marktmechanismen und mit dem Übergang zu einer kooperativen Außenpolitik steht dort ein Abschleifen des grundsätzlich anderen, wenn nicht der Übergang zum Kapitalismus bevor. Argumentation: es ändert sich zuviel in die falsche Richtung. Beunruhigende Wirkung: Orientierungsverlust. Drittens, der Umbau ist befreiend. Was immer bisher an positiven Elementen in der sowjetischen Geschichte enthalten war, es war durch Entstellungen und Rückschläge entwertet. Nun, nach sechzig Jahren, erleben wir den Aufbruch zu einem akzeptablen, vieleicht wahren Sozialismus, einem Gesellschaftsmodell, das uns selbst Anregung und Vorbild sein kann. Argumentation: es ändert sich alles in die richtige Richtung. Beruhigene Wirkung: Orientierungsgewinn.

Die Tendenzen sind zur Kenntlichkeit verdichtet. An allen, übrigens, könnte etwas sein. Und keine ist für sich eine angemessene Interpretation des sowjetischen Systemwandels. Wenn wir darüber handeln und nicht über die eigenen Wunden, bedarf es der geduldigen Beobachtung, der Fähigkeit und der Bereitschaft, Unentschiedenes als unentschieden hinzunehmen, Widersprüche Widersprüche zu nennen, und gegenläufige Tendenzen zu charakterisieren. So oder so wird aus der sowjetischen Entwicklung zu lernen sein.

Damit übrigens beginnt der wache Konservatismus. Die FAZ, deren UdSSR-Berichterstattung in letzter Zeit merklich an Rationalität gewonnen hat, kommentiert die Frage der Reformchancen unter dem Titel (und in dem Duktus) ,,Gorbatschow muß nicht scheitern'' (21.9.). Manches wird dort erwogen. Dahinter muß die Linke keineswegs zurückbleiben. Vielmehr bedenken: was wäre denn Scheitern, was Erfolg?

Der in diesem Heft abgedruckte Aufsatz des Reformphilosophen Butenko zeigt, daß die eben skizzierten Tendenzen sich so oder ähnlich auch in der sowjetischen Diskussion wiederfinden lassen. Allerdings spielen theoretische, wer will: ideologische Erörterungen eine insgesamt bescheidene Rolle. Die großen Schlachten werden im (scheinbar) Kleinen geschlagen, an den Fronten des Leistungslohns und der Preisbildung, der informellen Gruppierungen, der geschichtlichen Neubewertung. Und sie haben soziale Brisanz. Die Reformdebatte verläuft erstaunlich pragmatisch, interessengebunden, sachorientiert — jedenfalls an der Oberfläche. Das ist kein Mangel. Es werden kaum Gespensterschlachten geschlagen. Ein Beispiel: diskutiert wird weniger das Wertgesetz an und für sich. Gestritten wird über die Ausformung der Betriebsautonomie, über Preise und Subventionen, und, wie mir scheint zuwenig, über die Kompensation der sozialen Folgen von Rentabilitätsprinzip und Leistungslohn. Man kann einwenden: das ist nicht Sozialismus sondern Sozialpolitik. Aber wann hatten wir dort Sozialismus? Waren Mangelwirtschaft und Korruption, Protektion und Doppeldenken, die Bettgenossen der ,,dritten Weiterentwicklung des Sozialismusbegriffs'' (Butenko), dem Ideal näher?

Gehandelt wird auch kaum mehr das Modell der ,,zweieinhalb Klassen'' (Arbeiter, Bauern, Intelligenz). Debattiert wird ein Schichten- und Funktionsmodell von 75 Gruppen und Einheiten, entwickelt von einer Gruppe um Adademiemitglied Zslavskaja, mit dessen Hilfe erst soziale Interessen genauer erfaßt und gesteuert werden können. Dies erinnert an Durchrationalisierung und an Kontrolle? Ja, auch, aber was gab das alte Grobmodell den zweieinhalb Klassen? Es ist alles nicht so einfach, so klar, wie wir es (wahrscheinlich schon immer zu unrecht) gewohnt waren.

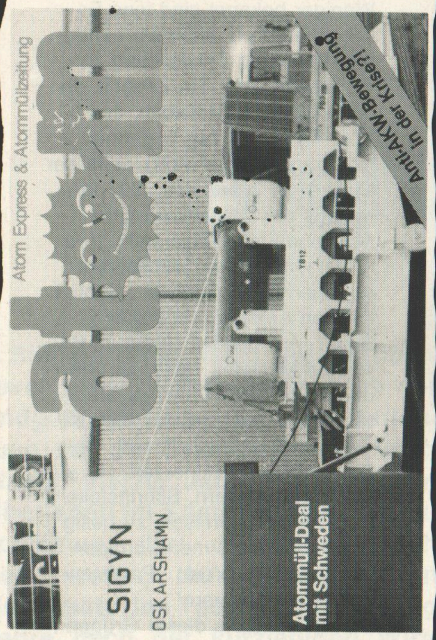
Es gibt nirgends in Moskau, Leningrad oder Novosibirsk einen kräftigen und plausiblen Zukunftsentwurf. Wir suchen nach ihm an Ort und Stelle, studieren Gutachten und Dokumente, befragen die Mitwirkenden, jagen durch Zeitungen und Bücher, sogar Filme: nichts. Suchen wir nach dem Richtigen! Wir stoßen hier auf eine der schwierigsten Probleme des sowjetischen Umbaus. Revolutionen geschehen, sie lassen sich nicht oder kaum steuern. Sie führen oft zu Ergebnissen, die den Intentionen wichtiger Beteiligter fern oder gar entgegengesetzt sind. Ein kontrollierter Systemwandel dagegen, z.B. als Modernisierung, kann in Grenzen durchaus ,,von oben'' ins Werk gesetzt werden. Der sowjetische Wandel seit 1985 enhält Momente von beiden Varianten. Zweifellos handelt es sich, auf dem Hintergrund von objektiven Erfordernissen und Voraussetzungen, um Reformanstöße von oben.

Xenophob

Über die Demokratisierung in der Sowjetunion wird viel geredet. Weniger bekannt sind jene Erscheinungen in unserem Leben, die der neuen Entwicklung zu verdanken sind. Ein Zeugnis darüber: Moskau, Mittwoch, den 6. Mai. An jenem Tag begannen sich gegen 6 Uhr morgens in der Mitte des Platzes des ,,50. Jahrestags der Oktoberrevolution'' Menschen zu versammeln. Ihre auf einem großen Transparent getragene Losung hieß: ,,Schluß mit den Arbeiten am Poklony-Berg''. Auf diesem Hügel im Südwesten Moskaus sollte ein überdimensioniertes Denkmal errichtet werden, das an den Sieg im Zweiten Weltkrieg erinnert. Der Entwurf wurde seinerzeit, vor allem von Künstlern, Schriftstellern u.a., als zu ,,heroisch, zu riesig'' usw. abgelehnt, merkwürdigerweise auch von den ,,Patrioten und Rückbesinnern''.
Die bekannteste dieser Gruppen trägt den Namen ,,Pamjat''. Offiziell setzen sich inre Mitglieder für die Erhaltung russischer Kulturdenkmäeler ein. Ihre eigentliche Ideologie ist jedoch Judenhaß und Xenophobie.
Für die Patrioten von ,,Pamjat'' ist die Zeit vor 1917 ein einziger weißer Fleck, auf dem sich als eigentliche Kultfigur die Gestalt Pjotr Stolypins, des ehemaligen Ministerpräsidenten unter Nikolaus II., abhebt. Dessen Pläne für eine umfassende Agrarreform entbehren nicht der Aktualität. Doch mit seinem Namen verbindet sich auch massiver großrussischer Chauvinismus, eine Politik der rücksichtslosen Russifizierung auf Kosten der nationalen Minderheiten und ein schauerliche Blüten treibender Antisemitismus. 1911 wurde er von einem jüdischen Sozialrevolutionär erschossen. (Ist es Zufall, daß Stolypin auch für Solschenizyn in der erweiterten Fassung von ,,August 14'' zur eigentlichen Schlüsselfigur der russischen Geschichte am Vorabend der Revolution geworden ist, dessen tief in der russischen Erde wurzelnden Patriotismus Solchenizyn dem heimatlichen Kosmopolitismus seines jüdischen Mörders entgegenhält?)

(aus: Moskowskije Novosty vom 17.5.87)

ATOM Nr. 17



Aus dem Inhalt:

- ★ **Atommüll-Transporte nach Schweden**
- ★ **Herbstaktionen in Wackersdorf**
- ★ **Beiträge zur Krise der Anti-AKW-Bewegung**
- ★ **außerdem:**

Berichte aus dem In- und Ausland: aus Polen, Schweiz, Gorleben, Mülheim-Kärlich, Hamm, Emsland etc.

atom ist eine Gemeinschaftsproduktion von AtomExpress und Atommüllzeitung. Sie erscheint fünfmal jährlich und kostet einzeln 4 DM, im Jahresabo 25 DM.

Bestellungen an:
Atom, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7700158

Atom Express & Atommüllzeitung
atom

Ebenso gewiß heterogenisieren sich im Verlauf der neuen Zeit die sozialen und politischen Interessen und Akteure, oder vielleicht genauer: schon lange vorhandene Konstellationen und Gegensätze werden „öffentlich", so wie sich Öffentlichkeit herausbildet und einübt, und neue Interessen und Gruppierungen entstehen dazu. Sie entwickeln eigene Verkehrsformen und eine weiterdrängende Dynamik. Das macht die Steuerung des Wandels immer schwieriger.

So ist die Suche nach einem konzisen Zukunfts- und Gesellschaftsmodell (nicht aber das ständige Bemühen um Abfrage und Interpretation) wahrscheinlich zunächst sinnlos. Wäre es da, so könnte es kaum exekutiert werden, und obgleich es fehlt, nimmt der Wandel seinen letztlich gerichteten Lauf. Praktischer gesehen — und hier können wir zu leichte Fehler vermeiden — : der Ruf nach dem Modell ist schnell auch der Ruf nach der Zentrale und nach umfassenden Regelungen. Ist Entwicklung aus einem Lernen heraus, das sich auch in sozialen und nationalen Konflikten formt, vielleicht praktikabler, zukunftstüchtiger und — „idealer"? Wer nun auf die Differenzen in der Machtelite starrt und sie beklagt, der verkennt wohl die Spezifika der neuen Politik. Man kann nicht die Reformen und die gesellschaftliche Öffnung hoch schätzen und zugleich Kasernenstil für die politische Führung fordern (übrigens auch nicht die Autonomisierungen in Ostmitteleuropa begrüßen, aber nur, wenn sie in die richtige Richtung geht, und sonst nach Moskaus starker Reformhand rufen. . .).

Allerdings stimmt es auch, daß die Nervosität in der politischen Führung zunimmt. Friktionen sind unverkennbar. Die Vorgänge um das jüngste ZK-Plenum am 21. Oktober und die Gorbatschow-Rede zur Revolutionsfeier sowie die Ablösung des Moskauer Parteichefs Jelzin machen das ebenso deutlich wie Auseinandersetzungen und gegenläufige Weisungen zu einzelnen Presseveröffentlichungen. Doch auch hier gilt, daß die unterschiedlichen Interessen, da sie gegeben sind, sich aneinander reiben müssen. Wohl wäre eine abgewogene und konsequente Durchsteuerung der Reformpolitik effektiver, aber die gesellschaftliche Entwicklung ist darüber wohl schon hinweggegangen. Verbindliche Sprachregelungen treten hinter Positionsdifferenzen und Nuancen zurück.

Die wesentlichen Konfliktfelder sind die Grenzen der veröffentlichten Meinungsvielfalt, die Rolle der Parteikonferenz im nächsten Sommer, die Konzeption der letzten Bausteine der Wirtschaftsreform (s. links, Nr. 210) und die Neuinterpretation der Geschichte. Vor allem der letzte Punkt ist von bis vor einem Jahr unvermuteter Brisanz (s. dazu auch den Artikel von Michal Reiman, links, Nr. 211). Im Juni 1986 hatte der Generalsekretär vor Schriftstellern noch davor gewarnt, den Blick in die Vergangenheit zu richten — man müsse nach vorne sehen. Inzwischen äußert er sich selbst zur sowjetischen Geschichte. Über die Zeit des „Personenkults" erfahren wir, daß „Verbrechen" geschehen seien, die „niemals vergessen werden dürfen". In seinem neuen Buch findet sich gar folgende, die traditionelle sowjetische Geschichtsschreibung beiseite schiebende Passage: „Stalin und seine engen Vertrauten sind dafür veranwortlich, daß das Land mit solchen Methoden regiert wurde. Alle Versuche, diesen Zustand der Rechtlosigkeit mit einer politischen Notwendigkeit, internationalen Spannungen oder einer angeblichen Zuspitzung des Klassenkampfs im Land zu rechtfertigen, sind falsch." Daran gemessen war Gorbatschows Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution enttäuschend. Sie trug ausgesprochenen Kompromißcharakter. Wer die inzwischen entbrannte fachliche, publizistische und künstlerische Debatte über eigentlich alle Phasen und Aspekte der UdSSR nach 1917 und die oft spannenden Darlegungen des „Chefreformers" unter den Historikern, Jurij Afanas'ev, und anderer „Revisionisten" kannte, hätte auch das offenere Erwägen von Entwicklungsalternativen in den zwanziger Jahren (Bucharin) und parteioffiziöse Worte des Mitgefühls für die Opfer von Kollektivierung und forcierter Industrialisierung erwartet, ferner Vermutungen über die Ursachen von Säuberungen und Terror, auch Verständnis für die Betroffenen und Gegner der Nichtangriffs- und Freundschaftsverträge mit Deutschland 1939, und dergleichen mehr. Martin Walker, Moskauer Korrespondent des Guardian, hat in einem bemerkenswerten Aufsatz für die Moskovskie Novosti (18.10.), das Avantgardeblatt der perestrojka, eine ebenso deutliche wie differenzierte Auseinandersetzung mit der Stalinzeit angedeutet und dabei darauf hingewiesen, daß jedes Volk diese Aufgabe selbst lösen muß — eine Bemerkung übrigens, die aus deutschem Munde heute entweder dreist oder makaber wirken würde.

Es fällt auch auf, daß mit dem Ansprechen und Wägen der „weißen Flecke" der sowjetischen Historiographie einige neue Legenden geschaffen werden. Die nun so vorbildhaft hochgepriesene „Neue ökonomische Politik" (NEP) zwischen 1921 und 1927 führte ihrerseits ebenfalls an eine Entwicklungschranke. Auch wurde sie bei ihrer Einführung von vielen, auch in der damaligen politischen Führung, keineswegs als strategischer Fortschritt, sondern eher als Erholungspause nach Bürgerkrieg und „Kriegskommunismus", wenn nicht gar als erzwungener Rückzug inter-

pretiert. Nichts ist aufschlußreicher, als Lenins dramtisch werbende Reden aus jener Zeit nachzulesen:

„Rußland ist aus dem Krieg in einem solchen Zustand hervorgegangen, daß sein Befinden am ehesten dem eines Menschen gleicht, den man halbtot geprügelt hat: sieben Jahre lang wurde auf das Land eingedroschen, da gebe Gott, daß es sich wenigstens auf Krücken fortbewege! (. . .) Zu glauben, daß wir uns ohne Krücken heraushelfen können, heißt nichts begreifen! Solange es in anderen Ländern keine Revolution gibt, werden wir Jahrzehnte brauchen, um uns herauszuwinden, und da ist es um hunderte Millionen, ja sogar Milliarden nicht schade, die wir aus unseren unermeßlichen Reichtümern, aus unseren reichen Rohstoffquellen hergeben, nur um die Hilfe des fortgeschrittenen Großkapitalismus zu erhalten. . . Und deshalb entweder dieser Typus wirtschaftlicher Beziehungen oder nichts." (Referat auf dem X. Parteitag der RKP(b), Lenin Werke 32, 226 - 7).

Der neue Wirtschaftsmechanismus, ist er ein Ensemble orthopädischen Hilfsgeräts, d.h. der einzig gangbare Ausweg aus einem „solchen Zustand" tiefer Malaise, oder ein strategischer Schritt, der die Revolution weiterführt (Gorbatschow) und neu belebt (Butenko)? Immerhin, die Revolutionsneigung in den anderen Ländern hat sich in Grenzen gehalten, und vielleicht muß man wieder und weiter in Jahrzehnten denken, oder aber, so dächte Trotzki, den Versuch abschreiben, nachdem es „immerhin versucht" worden war (Rosa Luxemburg). Oder aber doch das „Projekt der perestrojka" weiter mit „Aufmerksamkeit und Sympathie" buchstäblich verfolgen, „weil es. . . zur Entwicklung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Gestaltungsformen und Handlungsregulative führen kann, die in höherem Maße als Kapitalismus oder Staatssozialismus vernunftbegründete soziale Beziehungen und Verhältnisse ermöglichen. . ." (Hansgeorg Conert, links, Nr. 211).

Pragmatismus und Kompromißsuche werden den weiteren Weg der Wirtschaftsreformen begleiten. Die Unterschiede zu früheren, gescheiterten Reformansätzen (vor allem zu 1965) werden häufig, und zu Recht, herausgestellt. Wesentliche Fragen, wenn nicht nach dem Zielmodell der Veränderungen, so doch nach Absichten und nach positiven Zukunftsbildern, oder nach subjektiven und objektiven Reformgrenzen, bleiben jedoch ausgeblendet. Diesseits einer formalen Reprivatisierung der industriellen Produktionsmittel und des Bodens sowie einer größeren offenen Arbeitslosigkeit bewegt sich die Diskussion ohne Tabus — aber auch zuweilen richtungslos. Sicher ist, daß sich die maßgeblichen Reformer in Wissenschaft und Politik am „Weltniveau" orientieren, das in der Regel neutral gefaßt wird. Wenn nicht alles täuscht, ist das aber noch immer Ergebnis der Funktionsmechanismen kapitalistischer Systeme, deren innere Verfaßtheit ausdrücklich nicht importiert werden soll. Der Sekretär der Akademie der Wissenschaften für Ökonomie und wichtige Politikberater Abel Aganbegjan spricht allerdings wie andere davon, daß der Rubel nach einer Anpassungszeit konvertibel sein soll, und daß „in fünfzehn bis zwanzig Jahren" der „Anschluß an die kapitalistischen Länder" hergestellt werden könne. Andere wesentliche Fragen des Wirtschaftsmechanismus, dessen neue Struktur seit Juni in den Grundzügen vorliegt, und der Strukturpolitik werden noch in der Praxis zu klären sein — vor allem Preisbildung, Finanzregime, Betriebsautonomie sowie Funktion und Verhalten der unmittelbaren Produzenten.

Auf diesen Feldern wird die Hauptenergie der Reformkräfte und ihrer Gegner in den nächsten Jahren aufgewendet werden müssen. Demgegenüber kommt der Außen- und Sicherheitspolitik nur eine abgeleitete Rolle zu — die inneren Entwicklungsblockaden müssen gelöst werden, unabhängig von der internationalen Konstellation. Aganbegjan hat das so formuliert: „Wir werden die Umgestaltung auch vollziehen, wenn es keine Abrüstung gibt." Dies entwertet keineswegs das neue Denken über die internationalen Beziehungen, den gewandelten Blick auf die Welt und die sicherheitspolitischen Initiativen. Aber: die Vorrangstellung der inneren Reformpolitik auf der politischen Tagesordnung in Moskau ist und bleibt eindeutig.

Das scheint gerechtfertigt. Politisch wäre es unklug, das Reformprojekt von den Stimmungen und Interessen der NATO-Regierungen abhängig zu machen. Darüber hinaus, und das ist wesentlicher, gibt es kaum Anzeichen dafür, daß die Faktoren, die die „Entspannungspolitik" der 60er und 70er Jahre immer weiter eingeengt haben, nicht mehr gelten. Das betrifft die Lage in der „Dritten Welt" — Regionalkonflikte, Verschuldungskrise und instabile terms of trade, „Chaos — Macht" (Dieter Senghaas); die Versuche der USA, ihre erodierende Hegemonialposition politisch und militärisch wieder zu befestigen, auch über SDI mit seinen zivilen und rüstungsrelevanten Technologieschüben; und die Auflockerung der bipolaren Weltstruktur sowie der Kohäsion der Blöcke. Lediglich die politische Regression der UdSSR und ihrer Verbündeten, der vierte Faktor, wird zur Zeit „bearbeitet", mit auch noch ungewissem Ausgang. So scheint es im Moskauer Kalkül sinnvoll, diese Arbeit nicht autistisch, aber mit starkem Eigengewicht und hoher Priorität fortzuführen. Wenn diese oder jene Waffenkategorien sich gleichsam nebenbei aus dem Verkehr ziehen lassen, die eine oder andere Verwicklung und Belastung durch den Großmachtstatus sich abbauen läßt, umso besser. Aber, das alles bleibt letztlich Kleingeld, wenn die Reorganisation der Weltmachtbasis, d.h. von Wirtschaftsmechanismus und Gesellschaftsstruktur, nicht gelänge.

Erst wenn der „Imperialismus" wirklich schon friedensfähig wäre — was Gorbatschow in seiner Jubiläumsrede noch vorsichtig fragt, SPD und SED neulich jedoch schon beschlossen haben — würde das „neue Denken" in Moskau auf den Prüfstand kommen. Dann könnte es wirklich um die Herausbildung und Ausgestaltung „zivilisierter Beziehungen" und die Begrenzung systemneutraler Bedrohungen (Ökologie, Verschuldung, Hunger, AIDS, Chemie, Challenger & Tschernobyl usw.) gehen. Wie also steht es mit der „Westdimension" gegenwärtiger Friedenspolitik?

Wir sollten das alles übrigens doch nicht nur beobachten. Zdenek Mlynar hat neulich darauf hingewiesen, daß die länder- und blockübergreifende Orientierung osteuropäischer Akteure sich nach wie vor auf Institutionen und auf den offiziellen Diskurs beschränkt. Doch läßt sich dem, in Grenzen, auch beikommen. Manche Grüne haben mit einem gewissen Erfolg ihre Überlegungen dort antragen können. Die Westlinke braucht sich da nicht vornehm zurückzuhalten. Eigene Initiativen und Beiträge, die die Gründe für Dissens mit dem „Weltniveau" und seinen Produktionsbedingungen unaufgeregt darlegen, können dazu beitragen, Architekten, Ingenieuren, Handwerkern und dem Publikum die Dialektik des Umbaus bewußter zu machen.

György Dalos

Ungarn in der Ära Gorbatschow

Die Volksrepublik Ungarn befindet sich in einer Krise, deren Ausmaß und Tiefe sich mit den Erschütterungen nach Stalins Tod durchaus vergleichen läßt. Es handelt sich keineswegs um eine rein ökonomische Krisensituation, wie schwer auch die wirtschaftliche Lage des Landes sein mag. Sämtliche Grundwerte der Gesellschaft — Sozialismus, Demokratie und nationale Identität — stehen auf dem Spiel. Diese Behauptung mag vielleicht etwas moralisierend klingen. Wenn man jedoch Moral nicht als Gesamtheit von Urteilen über Gutes und Böses, sondern als Konsistenz einer Gesellschaft begreift, dann gewinnt es eine hochpolitische Bedeutung.

Natürlich ist die ungarische Krise ökonomisch fundiert. Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stagniert die Wirtschaft, die Außenverschuldung des Landes (etwa acht Milliarden Dollar) ist pro Kopf der Bevölkerung gemessen höher als die polnische, die inneren Ressourcen der Volkswirtschaft scheinen erschöpft zu sein, in absehbarer Zeit erwarten nicht einmal die optimistischsten Ökonomen ein Wachstum.

Diese desolate Lage zeigt plötzlich alle Schwachstellen des Sozialismus am Donau-Ufer auf. Die Restriktionen der letzten Jahrzehnte vertieften die strukturelle Armut, die Zahl der von offiziellen Behörden euphemistisch als „sozial benachteiligt" bezeichneten Staatsbürger nähert sich der Zwei-Millionen-Grenze bei einer Bevölkerung von 10,5 Millionen. Ganze Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Romas und eines Großteils der Rentner, gehören dieser Kategorie an, andere, vor allem Jugendliche, werden von chronischen Problemen wie Wohnungsmangel bedroht. Neuerdings ist durch die angekündigten Wirtschaftsreformen eine mehr oder weniger massenhafte Arbeitslosigkeit in Aussicht gestellt — ein Phänomen, das die offizielle Ideologie bis jetzt als mit dem Begriff des Sozialismus unvereinbar immer abgelehnt hatte.

Die Tatsache der Krise wird auch offiziellerseits nicht mehr geleugnet, und eine entsprechende Stimmung ist da. Die drastischen Preiserhöhungen im Sommer 1987 sowie die Ankündigung einer Steuerreform ab Anfang des nächsten Jahres lösen gereizte bis panische Reaktionen aus. Die parteikonformen Gewerkschaften werden von der Basis her einem wachsenden Druck ausgesetzt, wobei sie durch ihre vierzigjährige Praxis alles andere mehr gewöhnt sind, als Arbeiterforderungen durchzusetzen.

Politische Dimensionen gewinnt diese Situation dadurch, daß sie an die Substanz eines stillschweigenden historischen Kompromisses geht, der sich zwischen Partei und Gesellschaft in den sechziger Jahren angebahnt hatte. Die grundsätzliche Loyalität der letzteren gegenüber dem System wurde durch kleine Freiheiten und Konsummöglichkeiten belohnt, die in anderen Staaten des Warschauer Vertrages mit Recht beneidet werden. Die Freiheiten bedeuteten keineswegs eine Demokratie, nicht einmal eine innerparteiliche, sie beinhalteten vielmehr nie scharf umrissene liberale Praktiken, eine relative Offenheit, in der besonders seit Ende der siebziger Jahre vage Ansätze eines politischen Pluralismus erschienen. Andererseits ließen diese bereits erwähnten Praktiken mehr Spielraum für die Privatsphäre und teilweise für private Initiativen zu, und diese Spielräume wurden als Gewohnheitsrecht verankert. Ungarn war und ist also keine Demokratie, sondern eine Diktatur, in der man immer über Demokratie sprechen konnte.

Solange ökonomisches Wachstum die soziale Stabilität zu garantieren schien und das Kádársche Modell als unanfechtbar galt, gab es keine Notwendigkeit, jenen Kompromiß anzusprechen oder gar zur Diskussion zu stellen. Aber am Anfang der achtziger Jahre — bereits zu Krisenzeiten — erschien im offiziellen Sprachgebrauch der Terminus „nationaler Konsens", das heißt ein bestimmtes Minimaleinverständnis zwischen Staat und Gesellschaft über grundsätzliche Probleme und Lösungsmethoden. Seitens der Bevölkerung bedeutete dies vor allem, gewisse Opfer zu bringen, Restriktionen ruhig zu akzeptieren, und sich mit den kleinen Freiräumen zufrieden zu zeigen. Seitens der Regierung beinhaltete dieser Konsens die natürliche Verpflichtung, der wachsenden Krise ein klares Auswegsprogramm gegenüberzustellen und dafür zu sorgen, daß die Situation zumindest nicht noch schlechter wird.

Was nun die Bevölkerung angeht, erfüllte sie diese Forderungen mit erstaunlicher Ruhe und einem Fleiß, den noch vor zehn Jahren bei den Ungarn niemand vermutet hätte. Im alltäglichen Kampf um die Existenz arbeiten heute die meisten Ungarn durchschnittlich mehr als zehn Stunden, einfach weil ein Job nicht mehr ausreicht, um sich und die Familie zu ernähren. Zwar zeigten sich Anzeichen der Unzufrieden-

heit besonders bei Preiserhöhungen oder Lohnstops, jedoch ist bis heute der soziale Frieden weitgehend gewährleistet.
Eine vergleichbare Leistung seitens der führenden Elite des Landes ist bis heute nicht zu bemerken. Dieselbe Regierungsmannschaft, die 1968 die erste, ökonomisch durchaus begründete Reform ankündigt, und dann im Jahr 1972 gestoppt hat, zögert bis heute, aus dem Fiasko von damals die Konsequenzen zu ziehen und entschieden zu handeln. Freilich ist die Situation von heute nicht mit der von 1968 zu vergleichen und nicht allein, dies muß man zugeben, Schuld des ungarischen Systems. Die Reform von 1968 hätte unter günstigen internationalen Bedingungen, fast ohne Auslandsschulden, eine strukturelle Verbesserung der ökonomischen Entwicklung bedeutet. Dazwischen kam jedoch die internationale Rohstoffkrise, zur Verschuldung Ungarns, ähnlich wie in anderen osteuropäischen Ländern, beigetragen hat. Westliche Finanzinstitutionen, wie der IWF, haben dabei durch ihre Kreditpolitik eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Diese Tatsache entlastet jedoch keineswegs die politische Führung Ungarns von der Verantwortung, das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht zu haben.

Ende der siebziger Jahre, als die Diskussion um eine Erneuerung der Wirtschaftsreform offiziell erlaubt wurde, argumentierten manche Funktionäre damit, daß das Einfrieren der bescheidenen ökonomischen Maßnahmen von 1968 auf Druck von außen, das heißt auf sowjetischen Druck hin geschah. Diese Erklärung für mancherlei Beschränkungen auf dem Gebiet der berühmten ,,kleinen Freiheiten'', vor allem der kulturellen oder der Reisefreiheit, wurde jedoch nie öffentlich, sondern nur hinter vorgehaltener Hand gehandelt. Das gehörte zu den Spielregeln des unausgesprochenen Konsens, dessen unausgesprochener und ebenso unwiderlegbarer Inhalt sich in fünf Wörtern zusammenfassen läßt: ,,Wir sind ein kleines Land''. Obwohl die ständige Berufung auf die politische Abhängigkeit des Landes oft nur als Vorwand diente, den eigenen Konservativismus zu überspielen, ist es nicht zu leugnen, daß die Paralyse der Breschnew-Zeit auf sämtliche Bewegungen im osteuropäischen Raum hemmend wirkte.

Deshalb hätte die ungarische Machtelite im Frühjahr 1985, als Gorbatschow seine Reformen ankündigte, eigentlich aufatmen müssen. ,,Glasnost'' und ,,perestrojka'' sind ein Programm, das die ungarische Partei seit zwei Jahrzehnten praktisch verwirklicht, ohne es lautstark beim Namen zu nennen. Wenn es in Osteuropa einen natürlichen Verbündeten des Moskauer Reformators überhaupt gibt, dann ist es nicht die dogmatisch-ideologische DDR oder die offen reformfeindliche CSSR, sondern das Modell-Land Ungarn.
Und doch wird im Laufe der Zeit immer klarer, daß die Gorbatschowschen Reformen die ungarische Führung nicht ermuntert, sondern eher verunsichert haben. Zumindest zwei Befürchtungen stehen einer emphatischen Übernahme der sowjetischen Initiative im Wege. Die erste ist auf einen früheren Schock zurückzuführen: Der Mann, der für die Stabilisierungspolitik von Kádár nach 1956 eine hervorragende Rolle spielte, Nikita Chruschtschew, war im Oktober 1964 von einem Tag auf den anderen abgesetzt worden. Die sowjetische Führung führte diese Wachablösung auf einem geheimen Plenum durch, dessen Beschlüsse die Verbündeten vom Warschauer Vertrag geradezu überrumpelt hatten. Nun befürchten ungarische Funktionärskreise, daß es dem mit seinem Apparat kämpfenden Gorbatschow ebenso gehen könnte.

Die andere Befürchtung ist subtilerer Natur: Was ist, wenn es Gorbatschow gelingt, seine Reformen tatsächlich durchzuführen und die sowjetische Gesellschaft zu modernisieren? Auf kurze Sicht — und ungarische Staatsmänner denken zumeist in kurzer Sicht — würde dies bedeuten, daß die Anziehungskraft des ungarischen Modells sich in Luft auflöst. Teilweise ist dies schon jetzt der Fall, denn obwohl von dem sowjetischen Reformprodukt eher Worte als Taten sichtbar sind, besitzt diese Bewegung bereits eine Dynamik, die die westliche Öffentlichkeit zusehends fasziniert. Dagegen ist das ungarische Reformwerk, seinen Ergebnissen nach dem sowjetischen weit überlegen, bei seinem zweiten Anlauf schon am Anfang müde und ängstlich, und es besteht die Gefahr, daß ihm zu früh die Luft ausgehen wird. Und überhaupt wird alles, was in der Sowjetunion geschieht, schon wegen der Größe und Bedeutung des Landes stärker gewichtet, während wir mit stolzer Bescheidenheit von uns behaupten können, ein kleines Land zu sein. Das erklärt die Vorsichtigkeit, mit der das offizielle Ungarn und teilweise auch die Presse ,,perestrojka'' und ,,glasnost'' in der Sowjetunion aufnehmen.

Natürlich gibt es auch Politiker, die weit über den engen Rahmen des heutigen Tages und der aktuellen ungarischen Sorgen hinausschauen. So meint Imre Pozsgay, Vorsitzender der ,,Nationalen Front'' und ein Vertreter von radikalen Reformbestrebungen innerhalb der Machtelite, daß die neuen Moskauer Reformen die letzte historische Chance für den Sozialismus in Osteuropa darstellen. Ebenso eindeutige perestrojka-Anhänger sind die Ökonomen und Soziolgen, die kürzlich ein Memorandum unter dem Titel ,,Wende und Reform'' beim Zentralkomitee eingereicht haben, in dem sie die Auffassung vertreten, die zweite Wirtschaftsreform brauche parallele politische Veränderungen in der ganzen Struktur der ungarischen Gesellschaft, vor allem in Richtung Offenheit und Mitbestimmung auf allen Ebenen. Dieser Initiative schlossen sich mehrere Mitarbeiter der Presse und Massenkommunikation an, die eine eindeutige Erweiterung der Informationsfreiheit fordern. Auch in der sogenannten zweiten Öffentlichkeit, im Bereich der demokratischen Opposition, gibt es Stimmen, die eine Politik im Sinne der Moskauer Reformen in Ungarn befürworten. So entsteht ein massiver Druck, der die Parteiführung immer wieder in Zugzwang bringt, wozu die inneren Kämpfe um die Nachfolge Kádárs sicherlich auch beitragen.

Sowjetfreundlichkeit als oppositionelle Ideologie in Ungarn? Das klingt recht paradox, um nicht zu sagen pervers. Ich glaube nicht, daß jemand in Ungarn die sowjetischen Erfahrungen wirklich kopieren will. Vielmehr geht es darum, die jetzige Beweglichkeit der sowjetischen Politik als Chance zu nutzen, um die eigenen Probleme besser lösen zu können. Und davon gibt es genug. In einem Sozialismus, der nicht einmal imstande ist, sozial zu sein, kann es auch keine demokratischen Veränderungen geben. Denn jede Freiheit, die ökonomisch und sozial nicht verankert ist, kann nur als Gesellschaftsspiel der Intellektuellen bestehen und auch das nur zeitweilig. Glasnost kann man genießen, aber nicht essen!
Und dazu kommt die nationale Dimension. Ungarn war und ist beim Alkoholismus ebenso ein Weltspitzenreiter wie bei den Selbstmorden und den Scheidungen und hat die niedrigste Geburtenrate in Europa. Das alles sind Zeichen einer höchst gefährlichen Entwicklung. Nimmt man hinzu, daß in den letzten Jahren Drogensucht und Kriminalität vorwiegend unter Jugendlichen rapide angestiegen sind, dann deutet dies zumindest auf Perspektivlosigkeit bei der neuen Generation hin. Nach der Auffassung von Sozialwissenschaftlern hängt das auch mit unbewältigten historischen Problemen zusammen, mit den beiden Weltkriegen, in denen Ungarn immer auf Verliererseite beteiligt war, mit dem Schock der Niederlage des Aufstandes vom Oktober 1956 und der darauffolgenden Terrorwelle. Zu einem Knotenpunkt des nationalen Traumas ist in den letzten Jahren die Sorge um das Schicksal der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten geworden, vor allem im Rumänien des Despoten Ceaucescu. Darin liegt ein außergewöhniches innenpolitisches Gefahrpotential, weil in akuten Situationen immer nationalistische Stimmungen hochkommen können.

Ungarn hat also mehr als genug Sorgen und Ängste. Die sowjetischen Verände-

rungen können natürlich als günstiger Ausgangspunkt für ihre Lösung dienen. Wenn jedoch jetzt Staat und Gesellschaft, Arbeiter und Intellektuelle, Parteifunktionäre und Reformer nicht gemeinsam einen Weg finden, Ungarn mit Hilfe demokratischer Veränderungen und sozialer Verbesserungen über die tiefste Krise seit 1956 zu bringen, dann nützen uns weder Gorbatschow noch der Westen. Dann kann uns nicht einmal der liebe Gott helfen.

Leopold Spira

Die Geschichte ist hartnäckig

Die Zeitgeschichte ist in Österreich zu einem hochpolitischen Thema geworden. Allerdings: ,,Nicht wie verhalte ich mich zur Geschichte meines Landes, sondern: Wie läßt sich diese Geschichte in ein der gegenwärtigen Ästhetik entsprechendes Bidl verwandeln.''*

Da die erste Hälfte dieses Jahrhunderts angefüllt war mit schwerwiegenden Ereignissen, häufen sich jetzt die runden Jahrestage. Der wichtigste ist natürlich der 50. Jahrestag des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht in Österreich im März 1938, weshalb, so heißt es offiziell, sogar die Wiener Landtagswahlen vorverlegt wurden.

In einer Hörfunksendung über die Vorbereitungen für diesen Jahrestag diskutierten SP-Sekretär Keller und VP-Sekretär Graff; letzterer meinte, er sei froh, ,,daß jetzt Sie mir nicht den Kardinal Innitzer und ich Ihnen Karl Renner um die Ohren haue, die im 38er Jahr den Anschluß begrüßt haben''. In diesem Sinne will die Koalition die Erinnerung an die Vergangenheit von jeder ,,Schuldzuweisung'' freihalten. Was wäre gewesen, geht einem da durch den Kopf, wenn die Große Koalition schon 1984 bestanden hätte, als der 50. Jahrestag des 12. Februar 1934 eine kontroversielle Würdigung erfuhr, oder was wäre, wenn die Kleine Koalition auch 1988 noch bestehen würde?

Vor ein paar Monaten hielt Professor Karl Kindermann, er steht der ÖVP nahe, in Zürich einen Vortrag über ,,Hitlers Niederlage in Österreich — Realitäten des österreichischen Staatswiderstandes''. Dazu bemerkte die ,,Neue Zürcher Zeitung'': ,,Daß Österreich im Juli 1934 (Niederschlagung des Naziputsches) Europa zu einer Atempause verhalf (wie Kindermann erklärt hatte), läßt sich im besten Fall in Tagen, nicht in Jahren zählen . . . Die Ausführungen von Professor Kindermann machten sehr deutlich, wie notwendig die Beschäftigung mit der österreichischen Vergangenheit bleibt . . . Die Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte hat erst begonnen.'' Es ist ist zu befürchten, daß das offizielle Österreich aus Koalitionsgründen über die Anfänge kaum hinauskommen wird.

Von Sindbad dem Seefahrer wird erzählt, er sei einmal als Schiffbrüchiger auf einer Insel gelandet. An einem Wasserlauf stieß er auf einen Mann, der ihm mit Zeichen die Bitte übermittelte, ihn auf die andere Seite zu tragen. Sindbad nahm ihn auf die Schultern, doch der Alte klammerte sich, als er absteigen sollte, am Halse Sindbads fest und zwang ihn tagelang mit Schlägen und Würgen als Reittier zu dienen. Sindbad geriet in große Bedrängnis.

Österreich trägt heute auf seinen Schultern nicht nur einen alten Mann, sondern mehrere, ob sie nun Waldheim, Hödl oder anders heißen. Und man weiß nicht recht, wie man sie wieder herunterholen kann. Die Lösung, die Sindbad fand, ist nicht anwendbar: er füllte Traubensaft in einen ausgehöhlten Kürbis und ließ das Ganze in der Sonne gären. Gierig trank dann der Alte das verlockende Getränk und als er betrunken war, konnte ihn Sindbad abschütteln. Diese Methode ist für Österreich schon deshalb nicht zielführend, weil es ja in Wirklichkeit nicht bloß alte Männer, sondern die eigene Vergangenheit mit sich herumschleppt.

Da war der peinliche Zwischenfall mit der umstrittenen Tabori-Inszenierung in Salzburg. Daß sich der Salzburger Erzbischof querlegte, war auch für George Tabori selbst nicht unverständlich. Anders aber war es mit den politischen Begleiterscheinungen. Da kam die Bedürfnisanstalt-Bemerkung des ÖVP-Sekretärs und Innenminister Blecha sah sich aus gutem Grund genötigt, vor antisemitischen Ausfällen zu warnen. Das wieder ließ Staberl (,,Krone'' vom 5. August) nicht ruhen: ,,Blechas Fleißaufgabe war höchst entbehrlich. Wenn er meinen sollte, daß man einen Theatermenschen dann nicht kritisieren dürfe, wenn er zufälligerweise Jude ist, dann müßte er sich ja wieder für die Kenntlichmachung der Juden einsetzen — damit man weiß, wen man nach Charly Blechas Auffassung kritiseren dürfe, und wen nicht.''

In der Ersten Republik war man da noch offenherziger. Als die Uraufführung von Schnitzlers ,,Reigen'' in Wien zu Zwi-

schenfällen führte, erklärte der christlichsoziale Abgeordnete und spätere Bundeskanzler Ignaz Seipel bei einer Versammlung des Katholischen Volksbundes („Reichspost", 14. Januar 1921): „Das sittliche Empfinden unseres bodenständigen christlichen Volkes wird fortgesetzt aufs schwerste verletzt durch die Aufführung eines Schmutzstückes aus der Feder eines jüdischen Autors. (Entrüstung.) Vor wenigen Tagen hat dieser Umstand sogar eine widerliche Sturmszene in unserem obersten Vertretungskörper, im Nationalrat, ausgelöst. Es ist als Anwalt dieses Stückes der Präsident Seitz aufgetreten . . . Es ist ganz offen jetzt zutage getreten, was wir früher ohnedies wußten, daß die Sozialdemokratie auftreten und stürmische Szenen machen muß, wenn es sich um die Verteidigung irgendeiner jüdischen Machenschaft handelt. Ich rede hier von dem üblen Judentum, das als notwendige Gegenwehr immer wieder den Antisemitismus hervorrufen muß, von denjenigen, die sich anmaßen, an der Spitze des deutschen Volkes zu stehen und von deutscher Kunst zu reden, ohne zu wissen, welch hohe Würde der deutschen Kunst zukommt. . . Sie sehen also, wie notwendig es ist, daß unser bodenständiges christliches Volk sich nicht nur in den Kirchen und nicht nur zu flüchtigem Beisammensein zusammenfindet, sondern daß es sich so fest und stark organisiert, daß man es nicht mehr so behandeln kann." Die Folgen bekam in Österreich aber auch die Kirche zu spüren.

Kehren wir in die Gegenwart zurück. Ende August trat der neuernannte Wiener Weihbischof Kurt Krenn in mehrere Fettnäpfchen. Eines davon hatte folgenden Inhalt: „Die Kirche hat sicher zur Zeit das größte Problem darin, daß sie sich im Inneren politisiert, ohne daß das eigentlich eine bewußte Ausrichtig ist nach bestehenden Parteien." Der „Kurier"-Kommentar (28. August) dazu lautete: „Das Vorleben Krenns ist ein Indiz, daß er damit vor allem die ÖVP hofiert. ‚Wenn die ÖVP unsere Anliegen in der Politik vertritt, sorgen wir für den nötigen Wählernachschub.' Ähnlich denken in der Volkspartei Leute wie der Chef der ‚Politischen Akademie', Andreas Kohl. In der Bischofskonferenz dürfte es für diesen Kurs derzeit keine Mehrheit geben. Deshalb sind die Nachfolgeentscheidungen für die Bischofssitze in Bregenz und Salzburg und die Ernennung weiterer Weihbischöfe auch in diesem Licht zu sehen.

Weihbischof Krenn hat auch in der ÖVP Widerstand ausgelöst. Marilies Flemming, Frauenchefin der ÖVP und Familienministerin, will, wie der „Kurier" (13. September) berichtete, „ihre Partei dazu bringen, klar festzustellen, daß die ÖVP in keiner ihrer Gliederungen einem womöglich angestrebten neuen ‚Politik-Katholizismus' in Österreich nachgibt oder gar nähertritt". Aber es gibt in der ÖVP auch andere Tendenzen.

Zur Abwechslung einen kurzen Blick in die politisch-historische Grottenbahn. Da bat die „Kronen Zeitung" den „Sohn des letzten Kaisers und Europaparlamentarier" Dr. Otto Habsburg um eine Stellungnahme zum bevorstehenden 50. Jahrestag. Der „Zeitzeuge" gab bekannt, er habe unmittelbar vor der Annexion den damaligen Bundeskanzler Schuschnigg aufgefordert, „ihm die Regierungsgeschäfte zu übertragen". Er habe nicht die Monarchie wiederherstellen, sondern einem deutschen Einmarsch Widerstand leisten wollen, meinte der heutige CSU-Abgeordnete. Die „Vorurteile" der Arbeiterschaft gegen die Monarchie wären, so Otto, zu überwinden gewesen. Was man fünfzig Jahre nachher den „Krone"-Lesern nicht alles vorsetzen kann!

Mitte August wurde der 100. Geburtstag von Kaiser Karl gefeiert. Die im Frühjahr 1917 unternommenen Friedensbemühungen des Kaisers seien, „wie dann auch im Oktober 1921 der zweite Restaurationsversuch in Ungarn, mit erstaunlichem Dilettantismus ausgeführt worden", erinnerte „Die Presse". Mag sein, daß das ein zusätzliches Argument dafür ist, daß der neue Wiener Erzbischof Hermann Groer bei einer Gedenkmesse für den letzten Kaiser in Klosterneuburg dem Wunsch Ausdruck verlieh, der 1922 in Madeira Verstorbene möge seliggesprochen werden.

Doch wieder hinauf in das Licht der Gegenwart. Zu den Initiatoren einer Kampagne des Kameradschaftsbundes, sich aus Solidarität mit Waldheim freiwillig auf die amerikanische Watch-List setzen zu lassen, zählte auch Theodor Piffl-Percevic. Am 21. August begündete er im Fernsehen seine Haltung. Als Deutsche hätten die Österreicher ihre Pflicht erfüllen müssen. „Es war ein Angriffskrieg, aber ich war nicht tätig vor meinem Gewissen für einen Angriffskrieg, sondern für den bereits verlorenen Angriffskrieg als Verteidigungskrieg. Daß das Unheil nun nicht mehr auf Österreich hereinbricht."

Nun ist Piffl-Percevic aus mehreren Gründen ein bemerkenswerter Fall. Er war Heimwehrführer, der nach dem „Anschluß" kurz inhaftiert wurde. Dann hat ihn die Gestapo nochmals geholt, aber er kam 1940 frei und rückte ein. Der Mann war sieben Jahre lang ÖVP-Unterrichtsminister.

Ähnlich wie Piffl-Percevic argumentierten seinerzeit die steirischen ÖVP-Abgeordneten Hermann Kröll, Richard Kanduth, Hubert Schwab und Hermann Lussmann in einem Wahlaufruf für Waldheim: „Hätten nicht Millionen Soldaten bis zum 8. Mai 1945 ihre Pflicht erfüllt, wäre Mitteleuropa, wenn nicht der ganze Kontinent, und damit auch Österreich, einen anderen Weg gegangen." Man war zwar an der Brandstiftung beteiligt, fühlt sich heute aber als mißverstandener Feuerwehrmann.

Es soll nochmals die vornehme „Neuer Zürcher Zeitung" (20. August) zitiert werden: „Die Solidaritätsaktion wird dem Bundespräsident Waldheim nichts nützen, aber dazu führen, daß man sich im Ausland über den Stand des politischen Bewußtseins in Österreich und vor allem in der großen bürgerlichen Partei, der ÖVP, weiterhin Fragen stellt." Nicht nur im Ausland.

„Die Frage: ‚Was haben wir falsch gemacht?' kann nicht länger verdrängt werden." Mit diesen Worten beginnt ein Artikel „Nazivergangenheit und Gegenwart" von Josef Hindels in der SP-Monatsschrift „Zukunft" (September 1987). Dieses „Wir" kann sicherlich nicht nur auf die ÖVP bezogen werden. Wenn eine rezente Gallup-Umfrage ergab, daß die Mehrheit der Jungen in Österreich mit dem Datum März 1938 nichts Genaues assoziieren kann, dann wird man nicht daran vorbeigehen können, daß die SPÖ seit 1970 den Unterrichtsminister stellt. Hindels beendet seinen Artikel mit dem Aufruf: „Es gilt in Österreich ein antifaschistisches Klima zu schaffen, von dem wir heute noch weit entfernt sind." Diese Aufgabe ist nicht weniger wichtig als die Verringerung des Budget-Defizits. Aber vielleicht wäre es gut, den Anti-Begriff mit einigen Pro-Begriffen zu ergänzen wie weltoffen und vorurteilsfrei — die Liste kann verlängert werden.

(aus: Wiener Tagebuch, Nr. 10, Oktober 1987)

** Josef Haslinger: Politik der Gefühle — Ein Essay über Österreich, Sammlung Luchterhand, Neuwied 1987, 143 Seiten.*

Helmut Seifried

Die Gewerkschaftsbewegung — „dritte Kraft" in El Salvador?

El Salvador: Die Todesschwadronen wieder aktiv

Bertrand De La Grange berichtet aus San Salvador über das Wiederauftauchen der Todesschwadronen und zitiert einen führenden Mann der Kommission für Menschenrechte (von der Regierung unabhängig): „Man findet Leichen, die bisweilen nackt und oft ohne Identitätspapiere am Straßenrand liegen. Im allgemeinen waren die Opfer anderswo erschlagen worden und die Mörder warfen sie auf die Straßen, um all jene zu terrorisieren, die versucht sein könnten, sich zu organisieren, um die verheerende Wirtschaftspolitik der Regierung Duarte aufzuzeigen."
Ähnlich wie seinerzeit in Argentinien demonstrieren die Mütter der „Verschwundenen". In der Kathedrale der Hauptstadt liegen sie am Boden vor dem Grab des ehemaligen Erzbischofs von San Salvador, Monsignore Romero, der 1980 ermordet wurde. Sie sagen: „Sobald man auf die Ungerechtigkeit hinweist, wird man als Subversiver und Terrorist behandelt." Die Zahl der Mütter von Salvador beträgt erst ein Dutzend, in der Mehrzahl Frauen des Volkes, die zu allem bereit sind — so sagen sie —, um „diese falsche Demokratie, die die Menschen Hungers sterben, sie entführen und ermorden läßt", zu entlarven.

(aus: Le Monde 21.7.87/ips)

Nach dem Amtsantritt Ronald Reagans wurden neue politische Konzepte für ganz Mittel- und Südamerika im Schnellverfahren erarbeitet. Lumpen ließen sich die USA dabei nicht: runde zwei Milliarden Dollar pumpten sie seither allein in das „Projekt El Salvador", um den Christdemokraten Duarte aufzubauen und an der Regierung zu halten. 60.000 Tote und 1,5 Millionen Flüchtlinge sind die erschreckende „Bilanz" seines blutigen Regimes, das sich hinter scheindemokratischen „Reformen" verschanzt.

Um das Projekt El Salvador zu forcieren, auch als Reputation der Weltöffentlichkeit gegenüber, gründeten die US-Botschaft und das nordamerikanische „Institut für freie Gewerkschaftsentwicklung" („American Institute for Free Labor Development", AIFLD) im September 1980 ein christdemokratisches Stützkorsett, die Gewerkschaft „Unidad Popular Democratica" (UPD, „Demokratische Volksunion"). Diese Gewerkschaft umfaßte christdemokratische Organisationen von Industrie- und staatlichen Arbeitern und Campesinos. Dienen sollte die UPD als soziale Basis und Grundlage für die Wahlen der Abgeordneten für die verfassungsgebende Versammlung. 1980 - 84 war die UPD die größte Organisation mit der höchsten Mitgliederzahl des Landes. Jede AKtion, Initiative und Planung war mit der Reagan-Administration und den salvadorianischen Behörden bis in das Detail abgestimmt — auch finanziell. Vor den Wahlen 1984 unterschrieben UPD und Christdemokraten einen sog. Sozialpakt, der beinhaltete, daß die UPD die Christdemokraten bei den Wahlen unterstützt, wenn die UPD im Falle eines Wahlsieges der Christdemokraten „effektive Mitbestimmung und Mitbeteiligung an der Regierung erhält, die Fortführung der Agrarreform gewährleistet, Gewerkschaftsfreiheit garantiert, auf die Respektierung der Menschenrechte geachtet und und der Dialog mit der FMLN eingeleitet wird". Einzelne UPD-Funktionäre haben für den Verdienst, die gesamte Gewerkschaftsbewegung in das nordamerikanische Konzept eingegliedert zu haben, nach eigenen Aussagen zwischen 60.000 und 100.000 Dollar erhalten. Beteiligt wurden nach den Wahlen UPD-Funktionäre in der Regierung lediglich an der Peripherie, wo keinerlei Einflußmöglichkeiten auf politische Weichenstellungen bestanden. Diese Vertragsbrüchigkeit seitens der Regierung zog Konsequenzen nach sich, die bis heute Auswirkungen zeitigen. Die Basis der UPD rumorte, Kritik an der Führung wurde laut, Austritte und Fraktionierungen innerhalb der Basis und der UPD-Kader fanden statt. Die Kritik an den USA wegen ihrer Korruptionspolitik verstärkte sich laufend, was schließlich von AIFLD zum Anlaß genommen wurde, im Dezember 1985 die Gewerkschaft „Central de los Trabajadores Demokraticos (CTD)" mit erheblichem finanziellen Aufwand zu gründen.

Aufgabe der CTD sollte es sein, durch Abspaltungen, Bestechung und Korruption die UPD unter Kontrolle zu bringen, was nichts anderes beinhaltet, als die regierungskonformen Teile aus der UPD in der CTD zu integrieren, die UPD zu isolieren und weitere Parallelgewerkschaften zu gründen. Trotz anscheinender Stärke dank ökonomischer und politischer Hilfe der USA, blieb der Einfluß der CTD auf die salvadorianische Gesellschaft gering und weit hinter den Erwartungen der Geldgeber zurück. Massaker an der Zivilbevölkerung, Luftbombardements der Landbevölkerung, Leichenfunde an den Ausfallstraßen San Salvadors, Korruption und Bestechung verhinderten die Integration der Bevölkerung und erregten immer mehr Mißtrauen innerhalb der salvadoranischen Beölkerung gegenüber dem von den USA installierten christdemokratischen Regierungsmodell. Wer sich regte, den/die fanden Mitglieder von Menschenrechtsgruppen am Straßenrand, angeschwemmt an den Ufern des Sees Jllopango, mit gebundenen Händen lebend aus einem Hubschrauber abgeworfen oder mit zerfetztem Körper auf den Geröllhalden des Bergs mit bezeichnendem Namen „Teufelstor", 20 Kilometer außerhalb der Hauptstadt.

Und trotzdem hat sich ganz langsam, vorsichtig aber effektiv, neben der FMLN

die sog. ,,Dritte Kraft'', die Gewerkschaftsbewegung wieder reorganisieren können. Fünf der größeren linken Gewerkschaftsgruppen hatten die grausame Repression der Jahre 80 - 83 überlebt: vier Industriegewerkschaften und die Lehrergewerkschaft ANDES.

Die Angestellten des öffentlichen Dienstes, Bank- und Postangestellte und Beschäftigte des Erziehungsministeriums, alles christdemokratische Domänen, riefen 1984 zum ersten Mal wieder zwecks Lohnerhöhungen zum Streik auf. Solche Aktionen stellten die Regierung Duarte vor große Probleme, waren doch der größte Teil dieser Streikenden und Gewerkschaftsführer christdemokratische Parteigänger. Der Sozialpakt war nun mal abgeschlossen und gegen die eigenen Parteigänger konnte auch kein Militär eingesetzt werden. Ausgelöst wurden die jetzigen Streiks durch wirtschaftlich bedingte Nöte der Arbeitnehmer im Gegensatz zu der Gewerkschaftsaura der Jahre 1979 - 80, als die Gewerkschaften die Veränderung der bestehenden Besitz- und Herrschaftsverhältnisse forderten und aus politischen Motiven agierten.

In allen gesellschaftlichen Bereichen organisierten sich langsam wieder oppositionelle Bewegungen, vor allem gegen die Wirtschafts- und Kriegspolitik Duartes. Diese Entwicklung läßt sich am sprunghaften Anwachsen von Streiks ablesen. Bereits 1985 wurden von 200.000 Bauern und 160.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes 120 Streiks im öffentlichen und 56 Streiks im Privatsektor organisiert. Über eine halbe Million Arbeitnehmer beteiligten sich an diesen Arbeitsniederlegungen, die zunehmend politischen Charakter annahmen.

Am 8. Februar 1986 fand die Gründungsversammlung der Union Nacional de los Trabajadores Salvadorenos (U.N.T.S) in San Salvador statt. Zu Beginn ihrer Aktivitäten konnte die U.N.T.S. bereits auf 150 Einzelgewerkschaften bzw. Betriebsgewerkschaften mit 400.000 Mitgliedern anwachsen. Dieser Gewerkschaftsverband versteht sich als Koordinierungsstelle und -zusammenschluß für alle linken, unabhängigen und regierungskritischen Gewerkschaften, als einen Verbund von Industrie- und Landarbeitern, Beamten, Indios, Menschenrechtsorganisationen und Vertriebenen.

Als wesentliche Ziele ihrer Politik formulierte die U.N.T.S. folgende Programmpunkte:

- einen Beitrag zur politischen Verhandlungslösung des Konflikts in El Salvador zu leisten, dem sie als Ursache die ungleiche Verteilung des Reichtums und die Marginalisierung von Teilen der Bevölkerung zugrundelegt.
- für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einzutreten, wie die Eröffnung neuer Betriebe unter Arbeitermitbestimmung und die Wiedereröffnung der geschlossenen Betriebe.
- für die Organisationsfreiheit der Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Kooperativen einzutreten.
- die Durchführung der in der Verfassung garantierten Landreform zu fordern, die das Problem des fehlenden Landes für Bauern, Landarbeiter und Indianer löst.
- für die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung des salvadorianischen Volkes zu kämpfen.

Trotz der für viele Mitglieder christdemokratischer Gewerkschaften ideologisch radikalen Positionen koalierte die UPD ein dreiviertel Jahr mit der U.N.T.S. Selbst vom Verband der städtischen Kleinbetriebe, in welchem bis zu 80 % der hier Beschäftigten organisiert sind, wurde dieses Programm akzeptiert.

Bereits im selben Jahr konnte die U.N.T.S. über 100.000 Teilnehmer zur 1. Mai-Kundgebung mobilisieren, trotz größter Behinderungen durch die Sicherheitskräfte. Am 17.1.87 organisierte sie die größte Demonstration in San Salvador seit Ausbruch des Krieges. Über 100.000 Demonstranten formierten sich gegen die Wirtschafts- und Kriegspolitik Duartes. Transparente mit den Forderungen wie ,,Dialogo Si — Guerra No'' und ,,Die Erde denen, die sie bebauen'' füllten für einen Tag die Straßen der Hauptstadt. Dies war quasi der Auftakt zu einer Streikwelle, wie sie in El Salvador noch nie erlebt wurde: am 16.5. befanden sich 8.600 Angestellte des Landwirtschaftsministeriums, 5.000 Angestellte des Instituts für Sozialversicherung, 9.000 Lehrer und 7.000 Angestellte des Finanzministeriums im Streik. Sie forderten Lohnerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen, die Wiedereinstellung von Entlassenen usw.

Aber nicht nur die Arbeitnehmer der Opposition, Unternehmer und Oligarchie sehen langsam ihre Macht schwinden, da sich Duarte in ihren Augen als völlig unfähig erweist mit den ,,Subversivos'' fertigzuwerden. Als Duarte ihnen per Gesetz im Dezember sogar noch eine Kriegssteuer aufbrummen wollte, um das Loch im Staatssäckel zu füllen, welches durch den Krieg immer größer wird, bliesen sie gegen Duarte zum Angriff. Seit dem 6. Januar bestreiken sie das Parlament, am 22. Februar legten sie durch einen Generalstreik 90 % des Landes lahm. Arbeiter und Angestellte erhielten zu diesem Anlaß einen halben Tag frei, damit das Ganze auch funktioniert. Inzwischen hat ein dieser Oligarchie geneigter Richter die Kriegssteuer für verfassungswidrig erklärt. In Militärkreisen wird schon wieder über einen Putsch nachgedacht. Aber die USA formulierten mehrfach deutlich, daß sie ihren mühsam aufgebauten Mann Duarte nicht fallenlassen, da der sich ganz auf das Mittelamerikakonzept Ronald Reagans eingeschworen hat.

Als Faktum kann jedenfalls konstatiert werden, daß der ,,zivile Aspekt des in Washington konzipierten Aufstandsbekämpfungsmodells, soziale Befriedung durch Scheindemokratie mit sozialen Reformen, gescheitert ist.'' Ein militärischer Sieg ist jedoch im Moment für keine der zwei Seiten, weder die FMLN noch die Duarte-Armee wahrscheinlich. Ob sich unter diesen Voraussetzungen die U.N.T.S. zur ,,Dritten Kraft'' entwickelt, die die Regierung Duarte in ernstzunehmende Schwierigkeiten bringen kann, hängt nicht zuletzt von ihrer eigenen Geschlossenheit und Stabilität ab. Auf dem Wege dahin befindet sie sich jedenfalls.

Spendenaufruf

In San Jose de las Flores hat die salvadorianische Lehrergewerkschaft ANDES eine Schule aufgebaut, die dringend notwendig ist, da von den Einwohnern nur ein Bruchteil lesen und schreiben kann, Hygieneunterricht erteilt werden muß, psychische Probleme, bedingt durch den 7jährigen Krieg, aufgearbeitet werden müssen, politische Bildung unterrichtet werden muß usw.

Der Unterhalt einer solchen Schule für ein Jahr kostet alles in allem ca. 25.000,— DM. Der Fortbestand und der Aufbau weiterer solcher Schulen ist für den Demokratisierungsprozeß in El Salvador von größter Bedeutung. Konkrete Solidarität in Form einer Partnerschaft für diese Schule ist gefragt. Bitte diskutiert diesen Vorschlag in Euren Kreisverbänden!!! Jede Mark ist für die Fortsetzung dieser Projekte notwendig!!!

Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft München, GEW-Oberbayern, Schwanthalerstraße 64, 8 München 2, Konto-Nr. 170 20 98 500 Stichwort ,,El Salvador — ANDE''

Otto Kallscheuer, Michael Sontheimer

Der klammheimliche Ausnahmezustand

Der Spiegel, noch nie zimperlich, spricht heute von der „Kleinen Lage“ als einer „Mischung aus Notstandsgremium und Führerbunker“, die 1977 Polizei- und Regierungsgewalt übernommen hat und flächendeckend Ausnahmeregelungen und -maßnahmen durchsetzte. Von der Nachrichtensperre bis zu gesetzwidrigen Abhör- und Kontrollmaßnahmen gegenüber dem vermuteten „Umfeld“.

Für die von Generalbundesanwalt Rebmann geforderte „totale Isolierung“ der Gefangenen durch die Kontaktsperre fehlt im September 1977 jede gesetzliche Grundlage. Bis „für diese Maßnahme so schnell wie möglich eine eindeutige gesetzliche Regelung geschaffen“ (Justizminister Vogel vor dem Bundestag), d.h. einen Monat später im Eilverfahren nachgeschoben wird, operieren die Behörden auf der Basis des dubiosen § 34 des Strafgesetzbuches (Abwehr übergesetzlichen Notstandes). Mit dieser — wie der heutige Bundesverfassungsrichter Böckenförde kritisiert — „offenen Generalermächtigung“ werden aber nicht nur gegenüber den RAF-Gefangenen verfassungsmäßig garantierte Grundrechte aufgehoben. Der Lauschangriff auf den Atomphysiker Traube, der im Januar 1977 aufgeflogen war, ist nur die Spitze des Eisbergs verfassungswidriger Überwachungsmaßnahmen gegenüber dem „Sicherheitsrisiko Bürger“, die das BKA seit dieser Zeit durchführt. Die Telefonüberwachung des Schweizer Anwalts Denis Payot — des Vermittlers zwischen RAF und Bundesregierung während der Schleyer-Entführung — durch den Bundesnachrichtendienst hätte gar von Rechts wegen „die Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik“ zur Voraussetzung gehabt, also den äußeren Verteidigungsfall. Die Grenzen des Rechtsstaats werden im Deutschen Herbst in mehr als einem Bereich überschritten; die Gewaltenteilung wird verletzt; durch Generalvollmacht eingeführte Maßnahmen heben Grundrechte auf; die gesetzliche „Verrechtlichung der Entrechtung“ (Cobler) ist erst die Folge der Maßnahme. All diese Staatshandlungen entsprechen juristisch der Definition einer „kommissarischen Diktatur“ zur Beseitigung eines Ausnahmezustands, wie sie Carl Schmitt, Staatsrechtler der deutschen Rechten (und später der NS-Diktatur), 1921 in seinem Buch „Die Diktatur“ formulierte: „Was der Aktion ihren präzisen Inhalt gibt, (ist) nämlich die Vorstellung eines konkreten Gegners, dessen Beseitigung das nächste Ziel der Aktion sein muß. . . Die kommissarische Diktatur hebt die Verfassung in concreto auf, um diese Verfassung in ihrem konkreten Bestand zu schützen.“ Helmut Schmidt wird 1979 den deutschen Juristen dafür „danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben.“

. . .

Doch der „verdrängte Ausnahmezustand“ (Böckenförde), den die informelle Notstandsregierung des Deutschen Herbstes aus Kanzleramt, Innen-, Justiz- und Außenministern, BKA-Chef und Generalbundesanwalt mit ihren Maßnahmen praktiziert, darf nicht erklärt werden — er muß klammheimlich bleiben. Dies schon aus Gründen psychologischer Kriegsführung — die Anerkennung als kriegsführender Gegner war ja gerade das erste Kriegsziel der RAF geworden. Herbert Wehner im Großen Krisenstab zur Schleyer-Entführung am 11. September 1977: „Wer das Wort Krieg reinbringt, hilft den Terroristen.“ Aber auch aus prinzipiellen Gründen müssen die „exotischen Lösungen“ im kleinen Kreise verbleiben. Ein offenes Aufkündigen rechtsstaatlicher Garantien — Hans Jochen Vogel: „Standgerichte gibt es nur im Krieg“ — würde ja gerade die Rechtsgüter preisgeben, deretwegen die Demokratie im öffentlichen Bewußtsein endlich streitbar werden soll. Als die Legitimation bliebe dann dem Staat nur mehr der „menschlich verständliche“ (Vogel) Volkszorn, die „Stimmung in der Bevölkerung“ (Franke) und ihre Stimmen von BILD bis FAZ: eine plebiszitäre Ausrufung des Ausnahmezustands. Das Rechtsinstitut „einer ausdrücklichen formalisierten Feststellung“ des Ausnahmezustands, die allein nach Bundesverfassungsrichter Böckenförde dem „Vorgang der Entgrenzung“ rechtsstaatlicher Schranken für staatliches Handeln das Odium des Freibriefs für die Exekutive nehmen könnte, fehlt im Grundgesetz — nach den Erfahrungen mit dem Weimarer Ermächtungsparagraphen 48, der legalen „Diktatur des Reichspräsidenten“ (Carl Schmitt) aus gutem Grunde. Daß trotzdem seit dem Deutschen Herbst Ausnahmeregelungen praktiziert werden — und zwar mit breiter, nur noch plebiszitär zu nennender Unterstützung durch eine Öffentlichkeit, deren Scharfmacher nur noch

Prima Klima

Erinnerung an die 60er Jahre, die APO und den SDS sollte der Kongreß PRIMA KLIMA aufrufen, der 1986 in Frankfurt stattfand. Es trafen sich fast alle Strömungen, die gemeinhin der Linken zugerechnet werden, und die früher einmal gemeinsam gelebt, gearbeitet und gekämpft haben. Die Protokolle der „ersten gnadenlosen Generaldebatte wider den Zeitgeist“ liegen jetzt vor:

Helmut Schauer (Hrsg.)
Prima Klima
Wider den Zeitgeist:
Erste gnadenlose Generaldebatte zur entgültigen Klärung aller unzeitgemäßen Fragen
Protokolle
ca. 240 Seiten, DM 24,80
VSA-Verlag, Hamburg

weitere Entgrenzung fordern — war eine Niederlage des demokratischen Rechtsstaates. Die Verantwortung dafür trägt eine sozial-liberale Koalition. Doch nicht die RAF war der Sieger. Gesiegt hat eine militärische Logik, ,,der Zwang zur unangemessenen Gegenreaktion: Die Guerilla kann den Staat zwingen, auf ‚Nadelstiche' oder gar bloße Drohungen in einer Weise zu antworten, welche ihn auf Dauer bei den eigenen Bürgern, zu deren Schutz er ja auftritt, in Mißkredit bringt'' (Bernd Guggenberger). Aber die RAF konnte die Regierung nur zu Maßnahmen zwingen, die diese selbst verantworten wollte.

(. . .)

Dieser unser Staat

Nach dem Begräbnis Hanns-Martin Schleyers und der Stammheimer Toten eröffnet Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel im Bundestag die erste Lesung der neuen Sicherheits- und Antiterrorismusgesetze. Nachdem er an ,,das Spezifikum des Terrors'' erinnert hat — ,,der frontale Angriff gegen unseren Staat'' — und das ,,Zerbrechen des Grundkonsenses'' der Werteordnung in Staat und Gesellschaft als die eigentliche Gefahr bestimmt hat, ruft er dazu auf, den Weg des Rechtsstaats nicht zu verlassen (sondern die Antiterrorgesetze zu verabschieden) und auch die Opposition ,,jetzt in das große Bündnis gegen den Terrorismus mit einzubeziehen''. Vorgezeichnet sieht er dieses Bündnis im neuen Verhältnis der Bürger zum Staat, der jetzt im Bewußtsein der Bürger ,,Opfer verlangen'' kann. ,,Diesem unseren Staat'', fährt der Bundesjustizminister fort, ,,ist in den letzten Wochen ein Mehr an Autorität und Sympathie seiner Bürger zugewachsen''. Heute kann man in den vom Bundesministerium des Inneren herausgegebenen und vom derzeitigen Ressortchef Zimmermann mit einem distanzierenden Vorwort versehenen Studien von Fritz Sack, Heinz Steinert und anderen lesen, wie dieses Mehr an Autorität und Sympathie zustandekam. Hubert Treiber analysiert die ,,geistig-politische Auseinandersetzung'', in der der Staat sich als ,,streitbare Demokratie'' bewährt und bewehrt, als eine Inszenierung ,,symbolischer Kreuzzüge''. Durch Techniken der Moralisierung, Skandalisierung, Heroisierung, durch Verdichtung von Schlagworten (,,Sympathisanten'') wird eine Grenzziehung zwischen Freund und Feind in Gang gesetzt, die sich vor allem in politischen Ritualen äußert: von Begräbnisfeierlichkeiten, staatstragenden Reden bis hin zur Jagd auf ,,Sympathisanten'' und polizeilichen Durchsuchungen, die über ihren effektiven Maßnahmeerfolg hinaus das gesamte politische Feld erlaubten Handelns, Denkens und Fühlens neu strukturieren. Nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback im April 1977 kommt es zur ,,Mescalero''-Affäre, in der eine mit ,,klammheimlicher Sympathie'' formulierte politische Kritik an der RAF zur Strafverfolgung gegen den Göttinger AStA führt. Peter Brückner wird von seinem Lehrstuhl suspendiert, weil er sich weigert, eine ,,politische Treueerklärung'' zu unterschreiben, die der Gefühlswelt von Beamten Vorschriften macht (,,mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung''). In Berlin kommt es zu einem Strafverfahren gegen 14 Hochschullehrer, die mit Kollegen den inkriminierten Buback-Nachruf des Göttinger ,,Mescalero'' in einer Dokumentation herausgegeben haben. Das Verfahren endet mit Freispruch.

(. . .)

Ulrich K. Preuß hat die Besonderheit der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung darin gesehen, daß in ihr der Rechtsstaat ,,nicht mehr wesentlich ein System schützender Formen zur Limitierung der Staatsgewalt'' darstellt, sondern als ,,freiheitlich-demokratische Grundordnung'' zu einer ethischen Wertordnung ,,substantialisiert'' wird. Diese ,,Ethisierung der Verfassung'' zur Staatsraison ermöglicht Zwangsmaßnahmen, ,,die es in einer liberal-repräsentativen Verfassung nicht geben kann: nämlich die Unterdrückung eines legalen, wenn auch im Sinne der Rechtsordnung unerwünschten Verhaltens''. Noch prägnanter pointiert Rüdiger Altmann, Carl Schmitt-Schüler und in den 60er Jahren geistiger Vater der ,,formierten Gesellschaft'', diesen bundesdeutschen Sonderweg: ,,Als erste rechtsstaatliche Demokratie bedroht die Bundesrepublik die Feinde ihrer Verfassung mit der Illegalisierung, das heißt mit dem Verlust des Rechts auf Öffentlichkeit.'' Die ,,terroristische Gefahr'' hat im Deutschen Herbst dem Feind Gestalt gegeben. Sie hat der bundesdeutschen Staatsraison endlich wieder eine Unterscheidung zwischen Freund und Feind erlaubt, die ,,innerstaatlich'' ist — die Kommunisten konnte man ja noch als fünfte Kolonne einer äußeren Macht verstehen. Diese Unterscheidung von Freund und Feind steht für einen ,,Begriff des Politischen'', der anderes sein will als Freiheitsgarantie. Carl Schmitt, sein wichtigster Theoretiker, verankert ihn im ,,existentiellen Teilhaben und Teilnehmen'', im ,,äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung und Trennung''. Die Unterscheidung von Freund und Feind stiftet nicht ,,Gesellschaft'', sondern ,,Gemeinschaft'' — auf neudeutsch: Identität. Und er zitiert Emil Lederer, der zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs schrieb, ,,daß sich am Tag der Mobilisierung die Gesellschaft, die bis dahin bestand, in eine Gemeinschaft umformte''. Die westdeutsche Suche nach der verlorenen ,,positiven'' deutschen Identität begann nicht erst mit dem Deutschen Herbst. Und — wir wissen es seit der Historikerdebatte — sie sollte mit ihm nicht enden. Sie wurde aber durch den ,,symbolischen Kreuzzug'' gegen den Feind der ,,terroristischen Gefahr'' zum ersten Mal wieder eine Staatsaufgabe, die Eingang finden soll in die Seelen der Bürger, in Herz und Gefühl. Ernst Nolte, einer, der sich auf positiven Nationalismus versteht, drückte diesen Wunsch so aus: ,,Während der Entführungszeit Hanns-Martin Schleyers und aus Anlaß seiner Ermordung war die Bundesrepublik zum ersten Mal ein Staat im Vollsinn des Wortes, weil die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung Tag um Tag und Stunde um Stunde mit ihrer Führung bangte und hoffte und schließlich trauerte.

(. . .)

Der Kampf geht weiter?

Heute, zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst, hat die RAF bei weitem nicht mehr jene Bedeutung, die sie in den siebziger Jahren hatte — was nicht ausschließt, daß ihre Genickschußstrategie immer brutaler wird. Die Bewegung ,,2. Juni'' hat sich schon offiziell aufgelöst. Wesentlich aktiver und für die Terroristenfahnder schwerer zu fassen sind die Revolutionären Zellen, die Rote Zora, autonome Tierschützer oder andere ,,Feierabendterroristen'' bis hin zum Kommando ,,Hau weg den Scheiß''. Sie wollen keine Armee aufbauen, sondern sind der Devise Mao Tse Tungs für den Guerillakrieg ,,wie ein Fisch im Wasser'' gefolgt und führen eine legale Existenz. Bei Nacht und Nebel verüben sie Brand- und Bombenanschläge auf Konzerne, die Atomanlagen bauen oder Waffen exportieren. Firmen, die Arbeiter in Südafrika oder Südkorea ausbeuten. Sie versuchen Sabotage gegen genbiologische Labors, Tierversuchsanstalten, Ausländerbehörden oder Strommasten in der Nähe von Atomreaktoren. Tag für Tag füllen solche Anschläge die Kurzmeldungsspalten der Zeitungen. Man hat sich an sie gewöhnt. Diese Gruppen des autonomen Milieus agieren dezentral, sie bedürfen keines aufwendigen logistischen Apparates, mit dem militärisch-zentralistischen Konzept und dem Marxismus-Leninismus der RAF haben sie wenig gemein. Sie beschränken sich — von Ausnahmen abgesehen — auf Gewalt gegen Sachen. Die RAF erscheint neben ihnen wie ein antiquierter Traditionsverein — sie ist die Truppe, die an der alten Kriegsführung ohne Wenn und Aber festhält. Die RAF-Anschläge der Jahre 1985/86, die Morde an den Industriellen Zimmermann und

Beckurts und am Ministerialbeamten von Braunmühl, werden indes von den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP dazu genutzt, um den § 129 a des Strafgesetzbuches — terroristische Vereinigung — zu verschärfen und seinen Anwendungsbereich auch auf ,,Gewalt gegen Sachen (wie Störaktionen gegen Munitionstransporte oder Schienenblockaden, Absägen von Strommasten, Brandanschläge auf Bau- oder Polizeifahrzeuge) auszudehnen, so daß neue Gruppen aus der Szene der militanten Atomgegner oder Friedensdemonstranten unter den Feindbegriff Terrorismus fallen können. Auch der § 130 a — Anleitung zu Straftaten — der ,,der Gefährdung der Allgemeinheit durch das Entstehen eines psychischen Klimas, in dem schwere sozialschädliche Gewalttaten gedeihen können'', entgegenwirken soll, wird jetzt in schärferer Version wieder eingeführt. Die sozialliberale Koalition hatte ihn zwischenzeitlich wieder abgeschafft. Die klammheimliche Sondergerichtsbarkeit in der politischen Justiz (Gössner), die im Gefolge der Antiterrorismusgesetzgebung durch die Erstzuständigkeit von Generalbundesanwaltschaft bei Ermittlung und Anklageerhebung entstanden war, wird jetzt auch auf diese erweiterte Definition terroristischer Vereinigungen ausgedehnt. Bei dieser Allgegenwart von Terroristen darf bald auch die Anti-Terror-Einheit von Mogadischu auf Demonstrationen nicht mehr fehlen. Dem Vorschlag des Bundesbildungsministers Möllemann (FDP!), die Bundesgrenzschutzeinheit GSG 9 künftig auch bei Demonstrationen einzusetzen, hat das Ministerium Zimmermann am 24. Juli 1987 ,,ernsthafte Prüfung'' zugesagt.

Der oben stehende Text ist ein gekürzter Vorabdruck aus dem Beitrag ,,Kriegsbericht'', den Otto Kallscheuer und Michael Sontheimer für die von ihnen herausgegebene Sammlung ,,Einschüsse. Besichtigugn eines Frontverlaufs. Zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst'', Rotbuch Verlag 1987, geschrieben haben.

Hartwig Hansen

Das info

Briefe von Gefangenen aus der RAF

,,. . .das info war die einzige möglichkeit überhaupt von isolierten gefangenen zu sozialer interaktion, zu politischer diskussion, politischer information und zur orientierung natürlich.'' beschreibt Brigitte Mohnhaupt 1976 im Stammheimer Prozeß die Bedeutung jener Briefe, die die staatlich verordnete Isolation der RAF-Gefangenen durchbrechen sollten. Zehn Jahre nach der Zerschlagung dieses Kommunikationssystems war dem Generalbundesanwalt die reine Dokumentation dieser Texte immer noch zu gefährlich. Er setzte im September 1987 die Beschlagnahme von 3.000 Exemplaren des im Neuen Malik Verlag erschienenen Sammelbandes durch und ließ Setzerei, Druckerei, Verlagsauslieferung und mit Hilfe der beschlagnahmten Verlagsbuchführung an die 400 Buchhandlungen im gesamten Bundesgebiet heimsuchen. Begründung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof: ,,Die Herausgabe der Texte zielt auf die Gewinnung von Sympathisanten, wenn nicht sogar von unmittelbaren Anhängern der Vereinigung aus einem anzusprechenden revolutionären Unruhepotential.''

Soll man sich in diesen Zeiten darüber freuen, daß der Bundesgerichtshof hierzulande ein revolutionäres Unruhepotential ausgemacht hat? Oder wird mit diesem Versuch, erstmalig ein Buch mit Hilfe des § 129 a von der Bildfläche verschwinden zu lassen, nicht eher ein Mythos warmgehalten, der staatliche Rundumschläge rechtfertigen könnte?

Fest steht für mich zumindest eins: allein durch die Lektüre dieses Buches wird sicher kein Sympathisant gewonnen, der nicht schon einer ist.

Worum geht es?

,,das einzige was zählt ist der kampf.'' schreibt Holger Meins in seinem letzten Brief. So kreist die Diskussion permanent um die ,,line'', die Linie bis zum Sieg. Das geht so weit, daß die körperlichen und psychischen Folgen der Isolation, die in den Texten schlicht nicht auftauchen, auch zu einer Frage der richtigen Geisteshaltung erklärt werden: ,,die kreislaufgeschichten sind eben auch ne frage des bewusstseins.''

Vielleicht liegt der Grund für die Ausklammerung in der Auswahl der Briefe, die von den Gefangenen aus Hamburg und Stammheim 1976/1977 zusammengestellt wurde: ,,einige briefe sind gekürzt; einzelheiten über die persönliche geschichte, familie, anwälte oder auch diejenigen, die nicht mehr zur gruppe gehören, haben wir rausgenommen.'' Stattdessen: ,,wir haben die briefe genommen, die für uns selber in dem prozess wichtig waren. . .'' Der Herausgeber, der ehemalige RAF-Verteidiger und ,,Stammheim''-Autor Pieter Bakker Schut, enthält sich bewußt jeder Kommentierung. So bleibt diese Textzusammenstellung das, was der Titel verspricht: Dokumente. Sie gewährt endlich einen authentischen Einblick in die damaligen Diskussionen einer Gruppe, die nie aufgab, ihren Ansprüchen gerecht zu werden. Ob sie ihrer Mao-Devise: ,,in den reihen der revolution liebevoll füreinander sorgen'' (Ulrike Meinhof, 20.5.73) in der Härte der Auseinandersetzung immer gerecht wurde, wage ich nach der Lektüre dieses Buches zu bezweifeln.

Damit wieder mehr mehr wissen über die wahren Auseinandersetzungen der isolierten Gefangenen, damit die Erledigung des Themas durch Vergessen erschwert wird — dafür ist dieses Buch gemacht worden. In einer Zeit, in der die meisten Publikationen über die Gefangenen schreiben, ist das Zurverfügungstellen von Texten von den Gefangenen das Minimum der Publikations- und Informationsfreiheit. Daß die Verfolgungsbehörden durch ihre Beschlagnahme- und Durchsuchungsaktionen dem ,,info''-Sammelband zu einer erhöhten Publizität

verholfen haben, widersprach wohl eher ihrem Auftrag.

1.200 Vorbestellungen lagen bis Anfang November allein beim Malik-Verlag vor. Nachdem das schleswig-holsteinische Oberlandesgericht den Beschlagnahmebeschluß eines Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof am 3. November aufgehoben hatte, mußten Beamte der Kieler Kriminalpolizei die amtlichen Siegel an den nicht ausgelieferten Büchern, den Druckplatten und Satzfahnen jedoch wieder entfernen. So wurde aus der beabsichtigten Zensurmaßnahme eine erneute ,,Aktion Wasserschlag''.

Anzumerken bleibt, daß von den vierzig Personen, die im Namensregister des Buches aufgeführt sind, elf nicht mehr leben. Wenn man weiß, wie sie zu Tode kamen, bot sich ein weiterer Grund, warum dieses Buch nicht totgeschwiegen werden durfte.

das info — briefe von gefangenen aus der raf aus der diskussion 1973 - 1977, Dokumente herausgegeben von Pieter Bakker Schut, Neuer Malik Verlag, Kiel, 1987, 336 Seiten, 28,— DM

Hartwig Hansen

Nachruf zum Tode von Hans Sobetzko

,,Die ‚Eiswüste der Abstraktion' hat mir oft die Orientierung und Außenwahrnehmung genommen'', bemängelte Hans Sobetzko seine Situation im Vorwort seiner die Veränderung der Sprache im Medienzeitalter thematisierenden Dissertation (,,Sprache ohne Herrschaft?'', Campus-Verlag 1984). Ganz unzeitgemäß verwurschtelte der im bayrischen Törwang geborene Sprachwissenschaftler diese (Ein-)Sicht jedoch nicht in der Manier einer subjektivistischen Emigration zur ,,neuen Innerlichkeit''. Die Umsetzung der aus intensiv geführten Diskussionen gewonnenen Erkenntnisse in gesellschaftsveränderndes politisches Handeln war stets die Triebfeder seines langjährigen und schier unermüdlichen politischen Engagements.

Links-Leser kennen Hans Sobetzko durch seine Kritik der neuen Informationstechnologien und ihrer sozialen und kulturellen Auswirkungen. Sein Wissen zur Medienpolitik und der aus der Verkabelung herrührenden Gefahren machten den SB-Genossen zu einem bundesweit häufig eingeladenen Referenten und Diskutanten. Wer an einem der Bloch-Tage in Tübingen teilnahm, wird sich an Hans Sobetzko erinnern — wegen seiner inhaltlichen Beiträge, aber auch wegen seines eindrucksvollen bajuwarischen Erscheinungsbilds und Auftretens.

Die Maxime ,,nicht nach den Köpfen, nach Interessen organisieren'' verkam dem undogmatischen Marxisten nie zur Bekenntnishülse. Die Ausweitung und Begründung der Arbeitsfelder der Tübinger SB-Gruppe über den vormals stark universitätszentrierten Rahmen hinaus sind nicht unwesentlich mit der Person Hans Sobetzkos verbunden. Bereits Anfang der 70er Jahre, als für Linke noch hochschulinterne Linienkämpfe im Vordergrund standen, stezte er sich für eine stärkere Berücksichtigung der Kommunalpolitik ein. Hier sah er den Bereich, ,,in dem politische Entscheidungen und Bürgerwille nicht notwendigerweise auseinanderfallen müssen. Wo sich in dezentralen Strukturen in zäher Kleinarbeit noch am ehesten Wünsche, Utopien und Sehnsüchte verwirklichen lassen.''

Seine Mitarbeit in zahlreichen örtlichen Initiativen machte Hans Sobetzko in Tübingen weit über die ,,linke Szene'' hinaus populär. Im Anschluß an die via Bürgerentscheid zu Fall gebrachte Nordtangenten-Straßenkonzeption wurde er 1984 als einer von sieben Vertretern der neu gegründeten Alternativen und Grünen Liste mit großem Stimmenanteil in den Tübinger Gemeinderat gewählt, für welchen er absprachegemäß nach einer Periode, trotz sicherer Wiederwahl, nicht erneut kandidierte.

Daß er Krebs hatte und nicht mehr lange leben würde, erfuhr er im Frühsommer diesen Jahres. Am 14. Oktober starb er in Tübingen, 39jährig, nach schmerzhaftem Ringen an den Folgen dieser Krankheit.

Wolfgang Knapp/Winfried Thaa

Revolution und Reklame

Von wegen neue Unübersichtlichkeit! Revolution ist angesagt. Und wieder sprang der Funke aus Frankreich zu uns über. Seit Monaten klärt uns Citroen von allen Plakatwänden herab auf: Revolutionär, das ist französisches Auto plus Chinatourismus. Inzwischen tauchen auch deutsche Umsturzparolen auf, natürlich speziell aufbereitet fürs heimische Gemüt, und das mags nun mal nicht so exotisch. Revolution bei uns fängt im Kleinen an — mit Kartoffelauflauf aus der Tiefkühltruhe. Knödelproduzent Pfanni — wer wäre geeigneter gewesen, in Deutschland die Revolution auszurufen! — kleidet seine subversive Botschaft in einen schlichten, aber Großes erwarten lassenden Satz: **„Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf"**, heißt es auf seinen Plakaten.

Woran Revolutionstechniker aller Konfessionen und Epochen sich vergebens abmühten, Pfanni machts möglich: Revolution nach Rezept, wann immer die unruhige Seele danach begehrt. Ein Griff ins Gefrierfach, 30 Minuten bei mittlerer Hitze in den Backofen und schon ist sie auf dem Tisch. Barrikadenkampf und Generalstreik sind antiquiert, Organisations- und Gewaltfrage passé. Es lebe der Instant-Umsturz! Vorbei die blutigen Zeiten, wo die Reaktion Revolutionäre massakrieren ließ oder siegreiche Revolutionen ihre Kinder fraßen. Heute können die Kinder ihre Revolution fressen, und aufs Spiel setzen sie dabei allein den guten Geschmack.

Sie schrecken vor nichts zurück, die Werbetexter. Warum sollten sie auch? Sieht es doch ganz so aus, als ob die Reklame recht behielte und uns einzig Umwälzungen von der Art noch erwarteten, daß Neckermann nach China fliegt, der neue Citroen nur sechs Liter braucht und eine Knödelfirma jetzt Tiefkühlkost herstellt.

Ulrich Bröckling

Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen

Unter diesem Titel findet seit April '87 aus Anlaß des 80. Geburtstags Leo Koflers an der Ruhruniversität Bochum eine Vortragsreihe mit „Beiträgen zur marxistischen Theorie heute" statt.

Die nächsten Termine (jeweils donnerstags 19 Uhr in H-GB 20):
10.12. Ursel Schmiederer (Osnabrück): Rosa Luxenburg — Dialektik von Spontaneität und Organisation
14.01. Oskar Negt (Hannover): Kritik als Kopf der Leidenschaft
28.01. Frank Benseler (Paderborn): Kritik der Avantarde — Zur ästhetischen Theorie bei Kofler und Lukács
11.02. Frigga Haug (Hamburg): Feminismus und Marxismus

Marxistische Arbeitsgemeinschaft/Rote Studis Bochum, c/o Christian Illian, Dorstener Str. 176, 4630 Bochum, Tel. 0234/ 52 39 85

Parade der Postmoderne oder neuer kultureller Klassenglanz?

Wochenendseminar zu soziologischen und politischen Fragen angesichts der „Kulturwende"

Geplantes Programm:
„Distinktion und feine Unterschiede — Pierre Bourdieus Untersuchungen zur Dynamik und Wirkung von Kunst und Kultur in einer entwickelten kapitalistischen Klassengesellschaft" (Lutz Raphael)
„Kulturboom — Was steckt dahinter?" (Kalle Macke, Lutz Raphael, Paul Ciupke, N.N.)
„Modernisierung sozialer Milieus und der soziale Raum" (Michael Vester)
„Politik der Lebensstile" (Helmuth Berking)
Termin: 15. - 17.1.88
Ort: Haus Villigst/Schwerte
Anmeldungen bitte schriftlich beim Bildungswerk der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen, Tel. 227 98 25. Teilnehmerbeitrag 50,— DM (für Unterkunft und Verpflegung)

Winterschule des SB Angst und Politik

Mit Angst wird jede/r in unterschiedlicher Intensität und Qualität konfrontiert. Angesichts aktueller und zukünftiger, die Existenzgrundlage gefährdender, gesellschaftlicher und ökologischer Probleme (Tschernobyl, Atomkrieg, Waldsterben, Massenarbeitslosigkeit usw.) sowie der zunehmend repressiv eingeschränkten politischen Handlungsmöglichkeiten kann diese Angst lähmend wirken — aber auch aggressiv oder kopflos machen.

Welche angstverarbeitenden Muster dominieren mit welcher Wirkung in konservativen Kreisen; welche im alternativ-grünen, undogmatisch-linken Spektrum? Welche politische Reichweite hat Angstabwehr und Beschwichtigung? Kann und soll mit Angsterzeugung als Erlebnismuster der Information Widerstand geleistet werden?

Dies sind Fragen, die wir auf der Winterschule besprechen möchten.
Termin: 24.12.87 bis 3.1.88
Ort: Tagungshaus im Solling (Südniedersachsen)
Kosten: ca. 200,— DM
Anmeldung: Sommerschule des SB, c/o Sonja Tesh, Heilholtkamp 54, 2000 Hamburg 60, Tel. 040/51 58 69

Essen aktiv

Im Zentrum der Aktivitäten des „Republikanischen Clubs in spe" soll weiterhin die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus stehen. Die nächsten Termine stehen bereits fest:

Am 10. Dezember wird Andreas Hess versuchen, den Streit zwischen „Intentionalisten" und „Funktionalisten" unter den Historikern, in Anlehnung an einen Vortrag von Saul Friedländer, darzustellen. Am 14. Januar wollen wir gemeinsam die Diner/Brumlik-Kontroverse diskutieren. Um den 20. Januar (genauer Termin erst nach Rücksprache) wollen wir mit Dan Diner intern bzw. halböffentlich diskutieren.

Das Arbeitsprogramm der folgenden Sitzungen im Februar und März soll den Herbst '77, die RAF und die Amnestiedebatte zum Schwerpunkt haben. Vereinbart wurde auch, eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema zu machen. Nicht zuletzt wollen wir auch noch einmal auf das Angebot von Willi Scheerer zurückkommen und die Frage der Gewerkschaften, bzw. deren Geschichte aufwerfen. Wie das genau in unser oben beschriebenes Vorgehen einzubauen ist, ist noch ungeklärt.

Republikanischer Club in spe, Essen

Kontakt: Andreas Hess, Liebigstr. 55, 4300 Essen, Tel: 0201/74 20 00

Das Geschenk, das ein Jahr hält

Wer jetzt abonniert, erhält die letzten Ausgaben des Jahres 1987 geschenkt

☐ ,,links'' ab Januar 1988 zum Bezugspreis von DM 54,— (einschl. Versandkosten). Die ,,links''-Ausgaben Oktober bis Dezember 1987 und die ,,links''-Sondernummer ,,Aufmarschgebiet Hessen'' gibt es **kostenlos** dazu.

☐ ,,Widersprüche''-Abonnement 1988 (Heft 26 bis 29) zum Bezugspreis von DM 54,— (einschl. Versandkosten), Heft 22 (Geschlechterverhältnis) und Heft 23 (Angestellte) gibt es **kostenlos** dazu.

☐ ,,express'' ab Januar 1988 zum Bezugspreis von DM 48,— (einschl. Versandkosten). Die ,,express''-Ausgaben Oktober bis Dezember 1987 gibt es **kostenlos** dazu.

Schickt die Rechnung an:

Vor- und Zuname _____ Straße _____ Wohnort _____

Das Geschenkabonnement erhält:

Vor- und Zuname _____ Straße _____ Wohnort _____

Der/die neue Leser/in erhält noch in diesem jahr die kostenlos angebotenen Zeitschriften mit einer hübschen Karte, die den Namen des Schenkenden enthält.

Das Geschenkabonnement gilt nur für 1988 und wird nicht automatisch verlängert.

1. _____ Datum/Bestell-Unterschrift

2. _____ Datum/Bestätigungs-Unterschrift

Erfüllungsort: Offenbach. Ich bestätige mit meiner 2. Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann.

Verlag 2000, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

N12

1

[redacted]

D 2800 Bremen 01

Karin Böllert KT-Verlag · Bielefeld

Lieferbares Programm

Hans-Uwe Otto / Heinz Sünker (Hg.)

Soziale Arbeit und Faschismus

Volkspflege und Pädagogik im Nationalsozialismus

Bielefeld 1986, Kritische Texte
ISBN 3-925515-01-1
537 Seiten, kart., DM 35,—

Siegfried Müller / Hans-Uwe Otto (Hg.)

Damit Erziehung nicht zur Strafe wird

Sozialarbeit als Konfliktschlichtung

Bielfeld 1986, Kritische Texte
ISBN 3-925515-03-8
272 Seiten, kart., DM 28,—

Burkhard Müller / Christian Niemeyer / Hilmar Peter

Sozialpädagogische Kasuistik

Analysen und Arbeitsmaterial zu einem Fall

Bielefeld 1986, Kritische Texte
ISBN 3-925515-02-X
195 Seiten, kart., DM 23,—

Thomas Jung / Klaus-Dieter Scheer / Werner Schreiber (Hg.)

Vom Weiterlesen der Moderne

Beiträge zur aktuellen Aufklärungsdebatte

Bielefeld 1986, Kritische Texte Materialien
ISBN 3-925515-04-6
189 Seiten, kart., DM 18,—

Walter Specht (Hg.)

Die gefährliche Straße

Jugendkonflikte und Stadtteilarbeit

Bielefeld 1987, Kritische Texte
ISBN 3-925515-05-4
280 Seiten, kart., DM 29,—

Rainer Treptow

Raub der Utopie

Zukunftskonzepte bei Schütz und Bloch
Kritik der Alltagspädagogik

Bielefeld 1985, Kritische Texte Diskurs
ISBN 3-925515-00-3
237 Seiten, kart., DM 23,—

Thomas Rauschenbach / Hans Thiersch (Hg.)

Die herausgeforderte Moral

Lebensbewältigung in Erziehung und sozialer Arbeit

Bielefeld 1987, Kritische Texte
ISBN 3-925515-07-0
145 Seiten, kart., DM 17,—

Hans-Jürgen Eberle (Hg.)

Machtspiele

Sozialdienste in geschlossenen Einrichtungen

Bielefeld 1987, Kritische Texte
ISBN 3-925515-09-7
ca. 230 Seiten, kart., ca. DM 19,—

Elisabeth Siegel

Erfahrung als Entwurf

Erlebte Geschichte der Sozialpädagogik

Bielefeld 1987, Kritische Texte Materialien
ISBN 3-925515-10-0
ca. 170 Seiten, kart., ca. DM 18,—

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE LITERATUR RUNDSCHAU

Sozialarbeit — Sozialpädagogik — Sozialarbeit — Soziale Probleme

- **unverzichtbar** für Ausbildung, Forschung und Praxis
- **vielfältig** in der Kommentierung
- **kompetent** in der Kritik
- **aktuell** in der Titelauswahl

Die SLR ist die einzige Rezensionszeitschrift in Ihrem Fachgebiet. Sie erscheint mit jährlich 2 Heften zum Abonnementspreis von 30,— DM zzgl. Versandkosten. Ein verbilligtes Probeheft (DM 10,—) liegt für Sie bereit.

Karin Böllert KT-Verlag, Postfach 1406, 4800 Bielefeld 1